M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 107 Februar 1983 DM 5,00

impressum blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfang Beyer, Gerhard Braun, Ulrich Braun, Florence Buchmann, Iris Cramer, Georg Cremer, Benedikt Fehr, Walter Hättig, Horst Hüncker, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Winfried Koch, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Elisabeth Lauck, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228/282619
Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/5127

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,– DM).

Schweiz: SFR 40,– (bzw. 30,–)
Österreich: ÖS 300,– (bzw. 230,–)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,– (bzw. 42,–)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,– (bzw. 66,–)

Einzelpreis: DM 5,–/SFR 5,–//ÖS 37,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe: 15. März 1983



Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



IKA 12: Ars Arabica-arabische Malerei in der BRD · Gespräch mit dem Maler Burhan Karkutli · Palästina in Literatur und Film · **IKA 14:** Gespräch mit dem palästinensischen Schriftsteller Samieh al-Qassem „. . . im Zustand der kulturellen Belagerung“ · **IKA 15:** Palästinenser im Ghetto (Fotobericht) · Romanauszug „An der Brücke“ von Sahar Khalifa · „Weil wir die Erde lieben“ Kurzgeschichte von Muhamed Naffa · **IKA 16:** Das arabische politische Lied · **IKA 17:** IKA Interview mit der Schriftstellerin Sahar Khalifa · Berichte über eine Frauenorganisation in den besetzten Gebieten, eine Stickereigenossenschaft und eine Frauenfachschule · Gespräch mit dem Grafiker Suleiman Mansour · **IKA 18:** Zur Bildungssituation der Araber in Israel · **IKA 21:** Perspektiven in Palästina – eine fotografische Reise durch Israel, die besetzten Gebiete und den Libanon · Lyrik in Marokko und Ägypten ·

Die IKA ist ein kulturpolitisches Magazin, Herausgeber sind Mitglieder von „Dritte Welt“-Gruppen, Journalisten, ehemalige und aktive Entwicklungshelfer.
Mit den Mitteln der engagierten Fotografie, Literatur und politischen Dokumentation berichten wir über Entwicklungen in der „Dritten Welt“ und die Situation der Arbeitsemigranten in der Bundesrepublik. In der IKA kommen zur Wort: Kulturschaffende aus der „Dritten Welt“ und solche, die sich hier mit dem Problem der Befreiung von kultureller, politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit beschäftigen. Die IKA versteht sich als notwendige Ergänzung zu der vorhandenen länder-bzw. themenorientierten „Dritte-Welt“-Presse in der BRD, denn: „Es gibt keine Veränderungsprozesse, die nicht auch durch einen kulturellen Kampf gefördert würden“ (Daniel Vigletti, Sänger aus Uruguay). Die IKA-Redaktion arbeitet ehrenamtlich, unabhängig von staatlicher oder institutioneller Förderung; ein unabhängiges Magazin braucht aber: Mitarbeiter, Abonennten und Förderer.
Die Zeitschrift kostet im Abonnement DM 20,- (für 4 Hefte, incl. Porto und Versand), als Förderabonnement DM 30,-.
Informationen über den Herausgeberverein, Einladungen zur Redaktionskonferenz und Inhaltsverzeichnisse bisher erschienener Hefte gibt es bei der Redaktion:
IKA Lerchenstr. 84, D 7 Stuttgart 1
Abo-Vertrieb: CON Westerdeich 38, D 28 Bremen

IN EIGENER SACHE

Wir behalten den Kopf oben – weil das Wasser uns zum Hals steht

Sie haben Ende Januar die Rechnung für Ihr Abonnement für 1983 erhalten. Möglicherweise waren Sie erstaunt über diese Abonnementpreiserhöhung. Sie ist für uns bitter nötig; dennoch haben wir uns sehr kurzfristig zu ihr entschlossen. Eine unvollständige Kalkulation hatte eine Zeitlang bei uns die Hoffnung genährt, wir könnten es noch ein weiteres Jahr mit dem alten Preis schaffen (Deshalb war auch noch in der Dezember-Ausgabe unserer Zeitschrift der alte Preis angegeben.) Aber es geht nicht mehr ohne Preiserhöhung.

Ohne Abonnementpreiserhöhung: DM 60.000,– Defizit

Drei Jahre war der Preis für die „blätter des iz3w" jetzt konstant. In dieser Zeit hat die Post die Portogebühren drastisch angehoben, sowohl für Briefe, Büchersendungen, Drucksachen als auch für den Zeitschriftenversand; letzeres belastet uns natürlich besonders. Die Gehälter der sechs Hauptamtlichen unserer Gruppe mußten jährlich der Inflation angepaßt werden; sie sind keineswegs üppig (derzeit monatlich DM 1000,– netto für eine 40 Stunden-Woche).
In den vergangenen Jahren haben wir zur Deckung unserer Personalkosten Unterstützung aus Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen durch das Arbeitsamt erhalten.
1983 müssen wir unsere Personalkosten ohne Zuwendungen bestreiten. Natürlich sind auch die Satz- und Druckkosten in den letzten drei Jahren gestiegen. Der Mietvertrag für unser Büro lief Anfang dieses Jahres aus, die Verlängerung erfordert 25 % mehr Miete. Ob wir auch 1983 wieder eine Zuwendung vom BMZ erhalten (1982: DM 4.800,–) ist nach dem Regierungswechsel fraglich.

Ohne Abonnementpreiserhöhung hätten wir 1983 einen Defizit von etwa DM 60.000,–. Bei einem so hohen Defizit wäre unsere Zeitschrift ernsthaft gefährdet. Die politischen Aktivitäten, die wir neben der Herausgabe der Zeitschrift machen – Veranstaltungen, Unterhalt eines Archivs, Beantwortung von Anfragen aus der Schule und Jugendarbeit – wären nicht mehr möglich Durch die Abonnementpreiserhöhung von DM 5,– können wir – wir haben etwa 6000 zahlende Abonnenten – etwa 30.000,– DM des Defizits decken. Die andere Hälfte des Defizits hoffen wir durch erhöhten Verkauf unserer Zeitschrift und unserer Broschüren, durch Spenden und auch durch einige Einsparungen aufbringen zu können. Für Einsparungen gibt es allerdings kein üppiges Polster; sehr rasch geht es an die inhaltliche Substanz, wenn wir z.B. wichtige Zeitungen und Zeitschriften aus Kostengründen abbestellen müßten.
Wir bitten Sie also um Verständnis für die Abonnementpreiserhöhung.

Viele kleine Spenden sichern unser Überleben

Die „blätter des iz3w" erscheinen mittlerweile seit 12 Jahren. Für eine in starkem Maße von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragene Aktionsgruppe, die ohne potente Geldgeber auskommen muß, ist diese Kontinuität keine Selbstverständlichkeit. Zu unserem bisherigen Überleben haben viele Leser der „blätter des iz3w" beigetragen. Zahlreiche Leser haben uns bei Bezahlung der Abonnementrechnung gleichzeitig eine Spende überwiesen. Von großer Bedeutung für uns sind auch die regelmäßigen Spenden, die wir im Rahmen des „Förderkreises" erhalten, da wir mit diesen Einnahmen kalkulieren können. Wir danken allen, die uns geholfen haben. Wir bitten jeden Leser, der dazu finanziell in der Lage ist, sich zu überlegen, ob er unsere Arbeit durch einen Dauerauftrag (ab DM 5,– monatlich oder DM 15,– vierteljährlich) unterstützen kann. Ein Formular für einen Dauerauftrag finden Sie auf der letzten Seite dieser Ausgabe.

Ermäßigter Preis oder voller Preis?

Eine weitere Bitte: Wir haben seit vielen Jahren einen ermäßigten Abonnementpreis, um finanziell schwächeren Lesergruppen (Schüler, Studenten, Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose, Rentner) den Bezug unserer Zeitschrift zu erleichtern. Der ermäßigte Preis deckt die durchschnittlichen Kosten, die uns entstehen, bei weitem nicht. Wir bitten Sie deshalb, diesen ermäßigten Preis wirklich nur in Anspruch zu nehmen, wenn Sie zu einer der berechtigten einkommensschwachen Gruppen gehören.

Liegt Ihre Rechnung noch auf dem Stapel „Unerledigtes"?

Zudem bitten wir Sie: Falls Sie Ihre Rechnung, die wir Ihnen neulich zugeschickt haben, noch nicht bezahlt haben, zahlen Sie bitte bald. Sehr leicht ist eine Rechnung im Stapel „Unerledigtes" verschwunden. Mahnungen belasten uns nicht nur finanziell, sondern auch arbeitsmäßig sehr stark. Dies geht zwangsläufig auf Kosten unserer inhaltlichen Arbeit.
Wir wünschen allen Lesern der „blätter des iz2w" und natürlich auch uns ein politisch nicht allzu finsteres und ein friedvolles Jahr 1983.
Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
des Informationszentrums Dritte Welt



NACHRICHTEN UND BERICHTE



Lesotho/Südafrika

Angriffsziel Lesotho: Die Hintergründe des südafrikanischen Überfalls

Der Überfall

Die Stadtgrenze Maserus, der Hauptstadt Lesothos, liegt nur hundert Meter von südafrikanischem Territorium entfernt.
In der Nacht des 8. Dezember 1982 fallen Spezialeinheiten der südafrikanischen Armee in die verschlafene Stadt ein. Die etwa einhundert schwerbewaffneten Kommandotruppen verfolgen einen genauen Plan; sie scheinen ihre Angriffsziele gut zu kennen. Insgesamt werden ein Dutzend Wohnhäuser angegriffen und teilweise zerstört. Die Angriffsziele befinden sich in verschiedenen Stadtteilen. Mit Flammenwerfern und Maschinenpistolen greifen die Elitetruppen aus der Apartheidrepublik ihre wehrlosen, z.T. schlafenden Opfer an. Nennenswerter Widerstand bleibt aus. Die 20.000 Mann-Armee des Bergkönigreiches greift die südafrikanischen Truppe nicht an.
Die „Nacht-und-Nebel-Aktion" dauert nur wenige Stunden: Noch vor Tagesanbruch kehrt wieder Ruhe in Maseru ein, der grauenvolle Spuk ist zu Ende. Die Angreifer ziehen sich über die nahe Grenze nach Südafrika zurück.
42 Tote bleiben zurück. Nach offiziellen Angaben sind 30 der Opfer Flüchtlinge aus Südafrika, viele sind Mitglieder des ANC.

Unbewaffnete Flüchtlinge

Nur ihnen – so die vordergründige Erklärung des Chefs der südafrikanischen Streitkräfte – habe der Angriff gegolten: Ein „Präventivschlag gegen geplante Terroraktionen des ANC" in Südafrika. Daß dabei auch Bürger Lesothos ums Leben kamen, wird in der südafrikanischen Erklärung bedauert. Fünf Frauen und zwei Kinder seien ins „Kreuzfeuer" geraten...[1]
Dieser brutale Angriff war alles andere als eine Gegenspionage-Aktion, das Ziel nicht militärischer sondern primär politischer Natur. Denn die Opfer des Überfalls waren vornehmlich wehrlose, unbewaffnete Flüchtlinge, die nach Lesotho geflohen waren, um dem direkten Zugriff der südafrikanischen Polizei zu entkommen. Die südafrikanische Version, daß es sich bei den Exilanten um bewaffnete Untergrundkämpfer, bei ihren Wohnungen um militärische Quartiere und Unterschlupfe gehandelt habe, ist eine plumpe Propagandalüge und für jeden, der die Verhältnisse in Lesotho kennt, wenig glaubwürdig. Denn Lesotho – der Enklaven-Staat im Zentrum der Republik Südafrika – ist wie kein anderes Nachbarland ökonomisch und politisch von Pretoria abhängig und daher unschwer erpreßbar. Die Regierung in Maseru hat wiederholt versichert, daß das Land kein Ausgangspunkt für Gewaltaktionen gegen das Apartheid-Regime sein werde.
Südafrikanische Geheimdienstler wachen seit Jahren mit pedantischer Akribie über die Einhaltung dieserLinie. Lesotho ist ähnlich wie Botswana und Swasiland ein Tummelplatz für südafrikanische Geheimagenten: Wiederholt



wurden in den zurückliegenden Jahren südafrikanische Regimegegner in Lesotho drangsaliert. Von Pretoria gesteuerte Bombenanschläge, Briefbomben und Entführungen verhinderten eine Formierung der Apartheid-Gegner und verbreiteten Angst und Schrecken in der Exilanten-Gemeinde Lesothos.

Eskalation mit politischen Zielen

„Operation Blanket", wie das nächtliche Kommandounternehmen nachträglich tituliert wurde, signalisiert eine weitere Eskalation der südafrikanischen Interventionspolitik gegen die unabhängigen Staaten des südlichen Afrika: zum ersten Mal kommt es zu einem konventionell geführten Militäreinsatz der „South African Devence Force" (SADF) gegen das Königreich Lesotho. Erneut sind wehrlose Flüchtlinge die Opfer. Und erneut verfolgt die Aktion primär politische Ziele. Der jüngste Überfall ist Bestandteil einer massiven Einschüchterungsstrategie mit erhoffter Langzeitwirkung. Die eigentlichen „Adressaten" der südafrikanischen Gewaltaktion sind nicht die wehrlosen Opfer von Maseru, sondern andere. Estens: Apartheid-Gegner in der Republik Südafrika, für die Lesotho traditionell eine potentielle Fluchtburg war und die nach diesem Überfall zweimal überlegen werden, ob ihnen die Flucht auf das „Dach Afrikas" tatsächlich Schutz vor dem Zugriff der Südafrikaner bietet. Und zweitens: Die Regierung Lesothos, die gegen den Willen Pretorias und trotz ungünstiger geographischer und ökonomischer Voraussetzungen seit mehreren Jahren ernsthaft versucht, sich sowohl außenpolitisch als auch wirtschaftlich vom mächtigen Nachbarn Südafrika zu lösen. Mit „Operation Blanket" wollte das Botha-Regime erneut ein Zeichen setzen und an den uneingeschränkten Machtanspruch Pretorias in der Region erinnern. In dieser rücksichtslosen Vorwärtsstrategie der südafrikanischen Regierung, der im vergangenen Jahr auch Angola, Zimbabwe und Mosambik zum Opfer gefallen sind, spielen internationale Grenzen und das Leben unbeteiligter Zivilisten seit langem keine besondere Rolle mehr.

Innenpolitischer Konflikt in Lesotho

Der Angriff vom Dezember ist das letzte Glied in einer langen Kette südafrikanischer Einmischungen in die internen Angelegenheiten Lesothos. Die gespannte innenpolitische Lage im Königreich begünstigt die Interventionsstrategie Pretorias. Denn seit Mitte der siebziger Jahre wütet in Lesotho ein z.T. gewaltsam ausgetragener Konflikt zwischen der jetzigen Regierungspartei Basutoland National Party (BNP), angeführt von Premierminister Leabua Jonathan auf der einen Seite und der Basutoland Congress Party (BCP) und ihres militärischen Armes, der „Lesotho Liberation Army" (LLA) auf der anderen. Die Auseinandersetzung zwischen National Party und Congress Party geht auf das Jahr 1970 zurück, als Jonathan in letzter Minute Parlamentswahlen annulierte, die der BCP den sicheren Sieg gebracht hätten. Auf Anraten der ihm seinerzeit noch wohlgesinnten Südafrikaner suspendierte Jonathan die Verfassung und erklärte den Ausnahmezustand.[2]
Nach einem erfolglosen Guerillakampf der um den Sieg betrogenen BCP, flüchtete die Parteiführung im Jahre 1974 nach Botswana. Dort gründete BCP-Chef Ntshy Mokhele die „Lesotho Liberation Army", die in den letzten Monaten und Jahren durch aufsehenerregende Anschläge und Gewaltaktionen in Lesotho von sich reden machte. Im vergangenen Jahr fielen mehrere Regierungsmitglieder politisch motivierten Attentaten zum Opfer: Der Arbeitsminister des Königreichs, Joba Rampeta, wurde Anfang August von LLA-Guerilleros getötet. Wenige Monate vorher wurde der Landwirtschaftsminister bei einem Überfall unweit der südafrikanischen Grenze schwer verletzt. Zuletzt kam es Anfang September im Grenzgebiet zu Südafrika zu einem regelrechten Kleinkrieg, der zahlreichen Basutho das Leben kostete.[3]



Unterstützung aus Südafrika?

Die Regierung Lesothos hat Südafrika mehrfach beschuldigt, der ILA Unterschlupf zu gewähren und somit für die Anschläge mitverantwortlich zu sein: Der südafrikanischen Regierung gehe es darum, in dem Königreich ein „Klima der Instabilität" zu schaffen, um jederzeit einen Vorwand für eine Intervention zu haben und das Land zu zwingen, seine Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf aufzugeben.[4]
Die Richtigkeit dieser Vorwürfe kann an dieser Stelle nicht eindeutig belegt werden. Angesichts der ausgesprochenen Südafrika-Feindlichkeit der BCP ist höchstens zu vermuten, daß die südafrikanischen Sicherheitskräfte der bewaffneten Jonathan-Opposition mit „wohlwollender Neutralität gegenüberstehen, um somit die Regierung in Maseru, die zunehmend um einen unaabhängigen außenpolitischen Kurs bemüht ist, unter Druck zu setzen. Zudem ist hinlänglich bekannt, daß die Schürung innenpolitischer Konflikte in den schwarzen Nachbarstaaten seit Jahr und Tag zu den beliebtesten (und leider bewährtesten) Varianten der südafrikani-

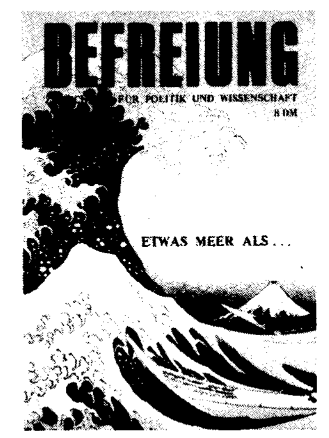
schen Afrikapolitik gehört: „Divide et impera" in Angola. „Divide et impera" in Mosambik und Zimbabwe. Wieso nicht auch in Lesotho, wo geeignete Voraussetzungen dafür gegeben sind? Schließlich erscheint es völlig undenkbar, daß die bewaffneten LLA-Kämpfer, die ihre Raketen- und Mörserangriffe z.T. von südafrikanischem Territorium aus durchführen, im totalen Überwachungsstaat Südafrika ohne „sondergenehmigung" aus Pretoria ihr Unwesen treiben. Denn für Schwarze herrscht in Südafrika ein generelles Waffen-Verbot. Die Vorstellung, daß LLA-Guerilleros ohne Duldung durch die südafrikanischen Behörden von Botswana kommend das halbe Land durchqueren, um schließlich an der Grenze zu Lesotho Stellung zu beziehen, ist angesichts des in Südafrika allgegen-Geheimdienstes abwegig.
Wieso aber läßt Pretoria die LLA gewähren? Wieso sind die Südafrikaner an einer Destabilisierung des wehrlosen und wirtschaftlich total abhängigen Lesotho interessiert?

Lesothos Versuche einer Loslösung von Südafrika

Zum Mißvergnügen Pretorias versuchte Premierminister Jonathan seit Mitte der siebziger Jahre einen von Südafrika unabhängigen außenpolitischen Kurs zu steuern. Einhergehend mit den politisch-diplomatischen „Emanzipationsbestrebungen" bemühte sich Lesotho, der einseitigen ökonomischen Abhängigkeit von Südafrika graduell entgegenzutreten. Lesotho verstärkte in den letzten Jahren seine Zusammenarbeit mit den unabhängigen Staaten des südlichen Afrika und schloß sich der Blockfreienbewegung an, wobei die Vertreter Maserus auf internationalen Konferenzen mit wortgewaltiger Kritik am Apartheid-Staat nicht geizten.
Gleichzeitig baute der Enklaven-Staat seine diplomatischen Beziehungen zu den internationalen Erzfeinden Südafrikas systematisch aus: 1976 nahm Lesoto diplomatische Beziehungen mit der DDR auf, 1979 mit Kuba und schließlich vor gut zwei Jahren mit der Sowjetunion.
Doch nicht nur diese Maßnahmen brüskierten die Machthaber in Pretoria. Ein noch schwererer Schlag gegen das südafrikanische Hegemoniestreben in der Region war die konsequente Weigerung Jonathans, sich an der von P. W. Botha konzipierten „Constellation of States", einer Staatengemeinschaft im südlichen Afrika, offiziell zu beteiligen. So blieb dieser ambitiöse südafrikanische Plan eine Totgeburt.
Doch damit nicht genug: Lesotho schloß sich der schwarzen „Konkurrenzorganisation" an. Das kleine Land widersetzte sich allem wirtschaftlichen und politischem Druck Pretorias und beteiligte sich als Gründungsmitglied an der „Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des Südlichen Afrika" (SADCC), der ferner Angola, Botswana, Malawi, Mosambik, Sambia, Zimbabwe, Swaziland und Tansania angehören.
Die seit einigen Jahren von Südafrika mitgetragene innenpolitische Destabilisierung Lesothos verfolgt das Ziel, die Regierung Jonathans zu schwächen und somit zu einem willfährigeren Partner des Apartheidregimes zu machen. Es bleibt abzuwarten, ob der militärische Einfall der südafrikanischen Armee in Maseru die Kooperationsbereitschaft Lesothos tatsächlich verstärkt. Pretoria ist vor allem an einer politischen Zusammenarbeit interessiert.
Der ANC ließ sich von der südafrikanischen Einschüchterungsstrategie jedenfalls nicht beirren: Nur wenige Tage nach dem Überfall in Lesotho explodierten an dem im Bau befindlichen Atomkraftwerk Koeberg bei Kapstadt vier Sprengladungen.
Der Bauplatz hatte als die am besten abgeschirmte Anlage in Südafrika gegolten.

Ronald Meinardus

Anmerkungen:
1) Beilage Südafrikanischer Digest, Jg. 1982, Nr. 22
2) vgl. ausführlich B.M. Khaketla: Lesotho 1970 – An African Coup under the Microscope, London 1972
3) Rand Daily Mail, 3.9.1982 „We Killed 35, LLA claims"
4) ebenda, 25.9.1982 „Lesotho protests to SA"



TSCHAD – OAU

Kann sich Habré auch in der OAU durchsetzen?

Zweiter Anlauf zur Gipfelkonferenz 1982 gescheitert – Kämpfe im Norden des Tschad

Nachdem der August-Gipfel der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) an der Sahara-Frage gescheitert war, mißlang im November ein zweiter Anlauf wegen der Situation im Tschad. Gastgeber Libyen, der noch im August eine Vertretung der neuen Machthaber im Tschad akzeptiert hatte, versuchte im November eine Gegenregierung von der OAU anerkennen zu lassen. Hierüber spaltete sich erneut die Organisation.

Zum zweiten Mal ist die Organisation für Afrikanische Einheit blockiert, weil sich nicht die notwendige Zahl von Staaten (34 von 50) an ihrer Gipfelkonferenz beteiligte. Bereits im August 1982 kam es über die Frage der Anerkennung der Arabischen Demokratischen Republik Sahara als Mitgliedsstaat in Tripolis zur offenen Spaltung der OAU in zwei Lager. Die Einzelheiten berichteten wir in unserer Nr. 105. Ein Kompromiß, der sich bereits damals abzeichnete, wurde für einen zweiten Anlauf zur Gipfelkonferenz in Tripolis im November 1982 durchgeführt: die Arabische Demokratische Republik Sahara erklärte ihren „freiwilligen und zeitweiligen Rückzug" von der Konferenz. Das sog. „progressive" Lager, geführt von Algerien und Libyen, hatte damit sein Gesicht gewahrt und anscheinend Ghaddafis OAU-Präsidentschaft gerettet, denn Präsident für ein Jahr wird bei der OAU der Staatschef des Gastgeberlandes der jährlichen Gipfelkonferenz. Die „gemäßigten" Freunde Marokkos im Kielwasser der USA und Frankreichs sahen sich vorläufig behauptet.
Im November scheiterte die Gipfelkonferenz an der Frage, wer den Tschad vertritt.

Kurzer Rückblick

Über die Entwicklung des Krieges im Tschad haben wir ausführlich in Nr. 103 berichtet. Hier sei nur kurz zusammengefaßt, daß sich im Jahre 1981 als Hauptkontrahenten eine in sich zerstrittene aber von der OAU anerkannte Koalitionsregierung verschiedener politischer Gruppierungen und die an der sudanesischen Grenze operierende „Nordarmee" – FAN (Forces Armees du Nord) – Hissene Habres herausgebildet hatten. In der Koalitionsregierung (GUNT – Übergangsregierung der Nationalen Einheit) waren die Hauptvertreter bewaffneter Gruppen Präsident Goukouni und Außenminister Acyl aus dem Norden, sowie Oberst Kamougue aus dem Süden des Landes. Der GUNT wurde vorwiegend aus Libyen unterstützt, hinter dem osteuropäischen Interessen stehen. Habre erhielt über Ägypten und den Sudan aus saudiarabischen und amerikanischen Quellen Unterstützung.
Auf Druck der OAU und des Westens erklärte sich der GUNT bereit, Libyen um Abzug seiner Truppen zu bitten, um eine OAU-Friedenstruppe an deren Stelle treten zu lassen. Habre konnte nach Abzug der libyschen Truppen Ende 1981 bedeutende Geländegewinne machen. Habres Truppen marschierten am 6. Juni 1982 in die Hauptstadt N'djamena ein, die Mitglieder des GUNT setzten sich ins Ausland oder in den Süden ab.
Als Anfang August 1982 in Tripolis der erste Anlauf zum OAU-Gipfel stattfand, kontrollierten Habres FAN weite Teile des Nordens mit N'djamena. Dieser Umstand genügte zur Anerkennung der neuen Machthaber als Vertreter des Tschad. Vertreter des GUNT wurden auf der Konferenz schlicht des Saales verwiesen.



Tschad-Premier Habre

Habre setzt sich im Süden durch

Seitdem überstürzten sich die Ereignisse im Tschad. Im Süden, wo Bevölkerung und Wirtschaftspotential unter Oberst Kamougue konzentriert waren, empörten sich Teile der politischen Klasse gegen Korruption und Amtsmißbrauch der dortigen Führung. Als die FAN ihren Vormarsch begannen, um diesen letzten großen, nicht von ihnen kontrollierten Landesteil zu besetzen, liefen immer mehr Angehörige des Südens zu ihnen über, sei es aus Karrieregesichtspunkten, sei es, um endlich Frieden und geordnete Verhältnisse zu haben. Die Armeekräfte des Südens zerfielen, ohne auf größeren Widerstand zu stoßen. Die FAN besetzten die Zentren des Südens und richteten ihre Verwaltung ein. Waffen, die den FAN aus Ägypten mit sudanesischen Flugzeugen geliefert worden sind, sollen hierbei eine wichtige Rolle gespielt haben, während libysche Hilfe für die Gegenseite zu spät gekommen sein soll.

Diplomatische Anerkennung

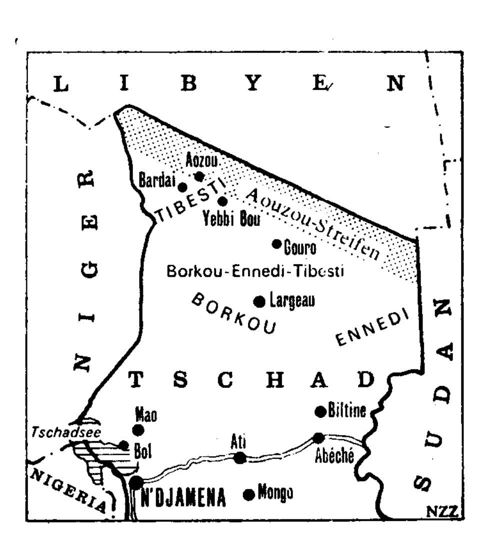
Die FAN kontrollierten ab September 1982 so gut wie den ganzen Tschad. Was noch an bewaffnetem Widerstand da war, war isoliert und auf entlegene Gebiete zurückgedrängt. Wenig später wurde Habres Macht von der Franko-Afrikanischen Gipfelkonferenz in Kinshasa anerkannt. Die politischen Strukturen des Landes wurden so umgebildet, daß zwar die FAN unter ihrem Führer Habre die entscheidende Macht bilden, andere jedoch eingebunden wurden. Staatspräsident wurde Habre. Von den 31 Ministern gehören nur elf zu den FAN, darunter sechs zum Befehlsstab. 14 Minister kommen aus dem Süden, einige sind schon aus früheren Zeiten bekannte Politiker. Ein Nationaler Konsultativrat wurde aus je zwei Vertretern der 14 Verwaltungsbezirke gebildet. Wahlen sind nicht in Sicht.
Für die Bevölkerung des ehemals feindlichen Südens scheint die Besetzung trotz einiger Übergriffe im Wesentlichen glimpflich abgelaufen zu sein. Noch unter dem GUNT war dort immer wieder der Wunsch zu hören, der Kampf der verfeindeten Cliquen möge doch endlich dadurch beendet werden, daß einer Chef sei und die anderen zu gehorchen hätten, wie in den überschaubaren dörflichen Strukturen. So mögen gewisse Maßnahmen der FAN durchaus mit Befriedigung vermerkt worden sein, wie die Aufhebung der zahllosen Straßensperren, an denen sich vorher konkurrierende Ordnungskräfte als Wegelagerer betätigt haben. Vorläufig steht der Süden jedoch unter der Besatzung der sich überwiegend aus dem Norden rekrutierenden FAN, so daß Spannungen unvermeidlich bleiben. Habre scheint zu hoffen, daß die Aufnahme von Politikern des Südens in seine Re-

gierung hier besänftigend wirkt.

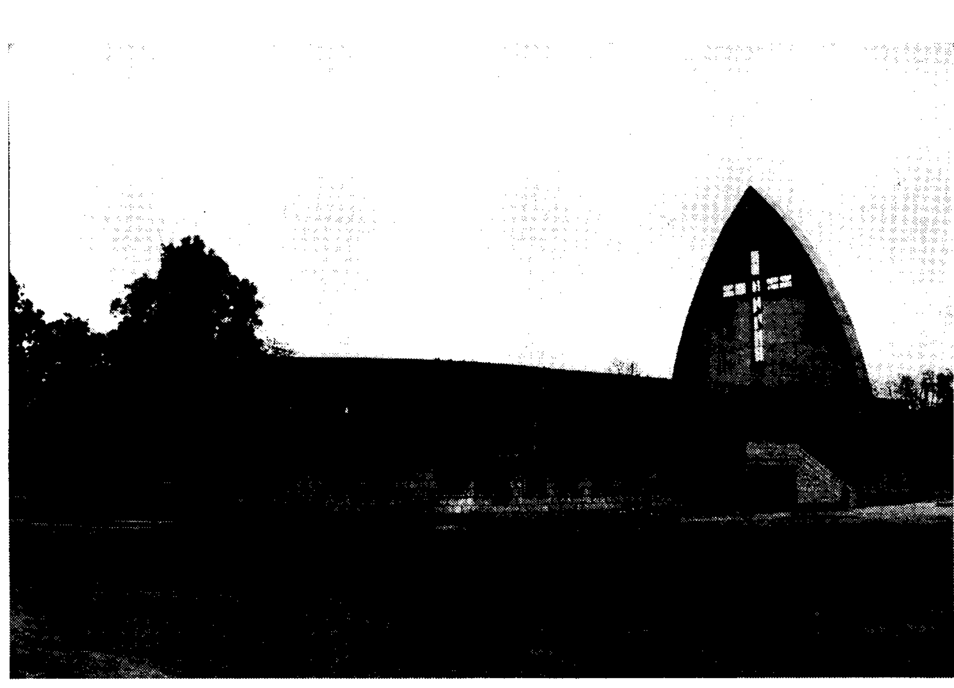
Westliche Subventionen

Obwohl der Tschad durch Hunger, Dürre, Trinkwassermangel, Bürgerkrieg und den weitgehenden Zusammenbruch staatlicher Dienste schon seit langem gekennzeichnet ist, bemühten sich im Wesentlichen nur einige private und kirchliche Organisationen sowie die UNO um Hilfe. Seit dem Abzug der Libyer Ende 1981 erschien vielen möglichen Gebern Hilfe erstmal wieder technisch möglich und politisch opportun. Seit der Etablierung Habres wächst das Interesse stark. Die USA, Frankreich und die Bundesrepublik leisteten humanitäre Soforthilfe. Auf einer UNO-Konferenz in Genf wurden dem Land ca. 440 Millionen DM zugesagt. Das ist sehr viel angesichts der beschränkten Fähigkeit des Landes, solche Summen ordnungsgemäß zu absorbieren. Für Habre ist das eine Gelegenheit, sich als derjenige zu erweisen, der Geld ins Land bringt – und das ist innenpolitisch von großer Wichtigkeit.

Natürlich spielen karitative Gesichtspunkte bei der Wiederaufnahme großangelegter Hilfe eine Rolle, aber es geht auch um handfeste Interessen. Wie ein US-Diplomat es bündig ausdrückte: der Tschad ist eben „Frontstaat gegenüber Libyen", wie der Sudan und Niger. Den Einfluß auf die Regierung dieses Territoriums, fast fünfmal die Fläche der Bundesrepublik Deutschland, kann man sich etwas kosten lassen. Im übrigen gibt es im Tschad nennenswerte Mengen Uran und große Erdölvorkommen im Süden (Raum Moundou, Sarh) sowie am Tschadsee. Außerdem gibt es zwischen den USA und Frankreich, das mit dem GUNT allein den Verlierer unterstützt hatte, eine gewisse Konkurrenz um Einfluß, die ebenfalls der Hilfsbereitschaft förderlich ist.







N'djamena

Libyen organisiert den Widerstand

Das mit der Sowjetunion kooperierende Libyen reagierte auf seine Weise auf die Entwicklung, sah es sich doch durch die antilibysche Regierung im Süden bedroht, nicht zuletzt in seinem territorialen Besitzstand. Seit mehr als einem Jahrzehnt nämlich hält es den rohstoffreichen tschadischen Aouzou-Grenzstreifen besetzt. Unter den 114000 km² Wüste entlang der libysch-tschadischen Grenze gibt es Uranvorkommen. Frankreich hatte 1935 dieses Gebiet an Italien abgetreten, doch wurde der Vertrag wegen des Zweiten Weltkrieges von keiner Seite ratifiziert, so daß der Grenzstreifen bei der Unabhängigkeit zum Tschad gehörte.
Nachdem sich Reste des GUNT in Algerien gesammelt hatten, flog Libyen sie nun in die Gegend unmittelbar südlich des Aouzou-Streifens ein. Mit logistischer Hilfe der Libyer bildeten dort die Vertreter der meisten früheren Mitglieder des GUNT eine Regierung des Nationalen Heils. Ihr Sitz ist Bardai, Verwaltungssitz und Ortschaft von 350 Einwohnern. Sie kontrolliert die Wüstengebirgszone des Tibesti, Heimat Goukounis. Ihre angeblich 2000 Mann starke Armee rekrutiert sich zum Teil aus der örtlichen Bevölkerung, deren geistliches Oberhaupt Goukounis Bruder ist. Libyen flog versprengte Kräfte des GUNT über Cotonou (Benin) ein. Ferner kursieren Meldungen über 10.000 Zwangsrekrutierte unter den Gastarbeitern in Libyen. Ausbilder

aus der Sowjetunion und der DDR bilden Guerillakämpfer u.a. für den Tschad aus (SZ, 27.12.1982). Im Tibesti kam es zu ersten Kämpfen mit Habres Truppen. Wann immer die Regierung in N'djamena den besetzten Aouzou-Streifen zurückholen will, muß sie an der neuen Widerstandsregierung vorbei. Diese sitzt jedoch in einem Gebirgsmassiv, das allgemein alsfür Habre uneinnehmbar gilt. Libyen hingegen hat jederzeit wieder einen Vorwand, aufgrund einer Bitte „der befreundeten Tschad-Regierung" in Bardai militärisch im Tschad zu intervenieren.

Zweiter Eklat in der OAU

Konsequenz dieses neuerlichen Eingreifens im Tschad ist eine 180°-Kehrtwendung Ghadafis beim zweiten OAU-Gipfeltreffen von Tripolis im November. Diesmal wollte er und das „progressive" Lager die Vertretung N'djamenas nicht anerkennen. „Das Regime Habres ist illegal, es anzuerkennen hieße, unsere eigenen Resolutionen mit Füßen zu treten", erklärte der kongolesische Präsident Sassou N'Gueso. Anmerken muß man dazu, daß selbst wenn man die von ausländischen Mächten seinerzeit eingesetzte Übergangsregierung für „legal" hält, diese Regierung am 7. Juni 1982 zusammengebrochen ist.

Für die sog. „gemäßigten" Staaaten ist dieser Bruch mit dem OAU-Grundsatz, de-facto-Regierungen anzuerkennen, nicht akzeptabel. Schließlich sind viele Regierungen illegal zustande gekommen und mancher Staatschef mag Angst vor einer im Busch ausgerufenen und vom Ausland anerkannten Gegenregierung haben. Habres Regierung ist so illegal wie die in den Norden eingeflogene Gegenregierung, aber Habre kontrolliert eben die Hauptstadt sowie den bei weitem größten Teil des Landes. Ein Kompromißvorschlag, die Anerkennung der Habre-Regierung und das Fernbleiben ihrer Delegation in Tripolis, scheiterte an der Ablehnung N'djamenas. Hierauf boykottierten so viele Staaten, vor allem des frankophonen Lagers, die Gipfelkonferenz, daß sie nicht zustande kam. Letzte Hoffnungen richten sich jetzt auf einen Gipfel in Addis-Abeba in diesem Jahre, zum 20. Jahrestag der Gründung der OAU.

Ungewisse Zukunft

Das tschadische Volk bleibt Opfer der Rivalität westlicher und östlicher Kräfte. Unter den in dünn bevölkerten Randgebieten operierenden Kräften der Opposition droht die Gegenregierung im Tibesti aufgrund der Unterstützung Libyens und des sozialistischen Lagers Habre sehr gefährlich zu werden. Der Gegensatz zwischen den Hauptprotagonisten ist nicht ein Stammeskonflikt oder ein Gegensatz von Nationalisten zu Neokolonialisten. Hier kämpfen verschiedene Warlords ihren Kampf um das Monopol der staatlichen Macht. Über sie trägt das Ausland seine Gegensätze aus.

as

BRD/Nicaragua

Offener Brief von Entwicklungshelfern aus Nicaragua

An den Bundesminister für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
Dr. Jürgen Warnke
Karl-Marx-Straße 6, 5300 Bonn

Sehr geehrter Herr Minister,
Aus Nr. 11/82 von „Entwicklung und Zusammenarbeit" erfuhren wir über Ihren Parlamentarischen Staatssekretär, Dr. Volkmar Köhler, von den Bedenken der neuen Bundesregierung gegenüber der Politik der Regierung Nicaraguas.
Wir, die Unterzeichnenden, sind Deutsche, die in Nicaragua leben und hier vorwiegend in Entwicklungsprojekten arbeiten. Uns scheint eine Desinformation über Nicaragua in der Bundesrepublik vorzuliegen, und diese möchten wir, zumindest ansatzweise, mit diesem Schreiben korrigieren helfen.
1. Dr. Köhler sagt, daß die Junta Nicaraguas erklärt habe, an Wahlen sei in nächster Zukunft nicht zu denken. Dagegen steht, daß die Regierung sich mehrfach eindeutig für Wahlen im Jahre 1985 ausgesprochen hat. Am 27. Januar 1983 soll das neue Parteiengesetz im Staatsrat diskutiert werden, eine Vorbedingung für die Wahlen. Bis zum 15.12.82 können die politischen Parteien ihre Vorstellungen zu diesem Gesetzentwurf einbringen. Da nach dem Sturz Somozas eine Analphabetenquote von über 50 % herrschte und das Land seit Jahrzehnten kein echtes parlamentarisches System kennt und die Bevölkerung somit auch nicht mit diesem vertraut sein kann, ist eine gewisse Übergangszeit bis zu den Wahlen 1985 erforderlich.
Wir fragen Sie: wollen Sie sämtliche Entwicklungszusammenarbeit mit all den Ländern in Frage stellen, die keine demokratischen Wahlen durchführen? (wie z.B. Chile, Argentinien, Guatemala, Haiti etc.).
2. Dr. Köhler äußert „Sorgen über die wachsende Bedrückung der Kirchen in Nicaragua". Wir können diese Meinung aus unserer täglichen Erfahrung nicht teilen. Die katholische Kirche, der ca. 90 % der Bevölkerung angehören, ist allerdings gespalten: viele Priester unterstützen die Regierung, zwei Padres sind sogar Minister, während andere wie der Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, eine oppositionelle Haltung einnehmen. Die Auseinandersetzung innerhalb der Kirchen und zwischen den Kirchen und dem Staat wird jedoch offen ausgetragen, für uns ein Zeichen von Demokratie. Darüber hinaus gibt es keine Einschränkungen der Kulturfreiheit für die katholische und evangelische Kirche, diese nehmen sogar an der Diskussion über soziale und politische Fragen aktiv in der Öffentlichkeit teil. Zwar hat es um die Jahresmitte tatsächlich einige Fälle gegeben, in denen die Bewegungsfreiheit der Kirchen eingeschränkt wurde; diese Einschränkungen nahm die Regierung aber wieder zurück.
Wir fragen Sie: vertritt denn die Kirche in der Bundesrepublik eine einheitliche politische Meinung? Ist es nicht ein Ausdruck von Demokratie, daß es unterschiedliche Meinungen gibt und diese offen ausgetragen werden können?
3. Dr. Köhler vertritt die Ansicht, daß der „herrschende Ausnahmezustand" nicht hinreichend begründet sei. In Nicaragua wurde aufgrund der wirtschaftlichen Situation im September 1981 der ökonomische Notstand und aufgrund der andauernden militärischen Übergriffe von Honduras aus Anfang November 82 in einigen Departments der militärische Notstand ausgerufen, bis heute besteht aber kein Ausnahmezustand. Die Regierung Nicaraguas hat Ende Oktober 1982 ein „Weißbuch" mit dem Titel „Nicaragua denunziert" dem diplomatischen Corps übergeben. Dort wird auf:
408 bewaffnete Grenzüberfälle aus Honduras
60 Verletzungen des nicaraguanischen Luftraumes
15 Angriffe auf nicaraguanische Schiffe und
15 bestehende Militärlager der sog. Contras in Honduras in der Nähe zur Grenze Nicaraguas
hingewiesen, alles geschehen in den letzten zwei Jahren. Allein zwischen August und Oktober 1982 hat Nicaragua 37 gefallene Soldaten, 38 Verletzte und 47 entführte unbewaffnete Personen zu beklagen. Wir fragen Sie: Rechtfertigen diese Zahlen keine Notstandsmaßnahmen?
Nicaragua ist ein kleines Land mit ca. 2,7 Millionen Einwohnern, das nichts weiter verlangt, als seinen eigenen Weg gehen zu dürfen und Frieden zu haben. Die Regierung Nicaraguas hat immer wieder ihre bedingungslose Gesprächsbereitschaft für Friedensverhandlungen mit Honduras und den USA angeboten und besonders die mexikanisch-venezolanische Friedensinitiative unterstützt. Eine entsprechende Bereitschaft auf der Gegenseite läßt sich bisher nicht feststellen.
Wir möchten mit diesem Schreiben darauf hinwirken, daß die neue Bundesregierung ihre Politik gegenüber Zentralamerika und insbesondere Nicaragua auf eine eingehende Untersuchung vor Ort basiert und sich dabei u.a. leiten läßt von dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker, den sie auch für das deutsche Volk reklamiert. Wir möchten Sie auffordern, eine Delegation nach Nicaragua zu entsenden, um sich ein eigenes Bild von den Zuständen in diesem Land zu machen.

Managua, den 23.11.1982

PALÄSTINA

Während im ersten Teil des Palästina-Themenblocks eher das Problem des Anspruchs zweier Völker auf ein Land mit seinen historischen und strukturellen Entstehungsbedingungen im Mittelpunkt der Erörterung stand, soll es in diesem zweiten Teil insbesondere um die außenpolitische Bedeutung des Palästina-Konfliktes gehen sowie um eine Erörterung verschiedener Lösungsvorschläge.

So wird im ersten Beitrag das Verhalten der arabischen Nachbarstaaten gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt und ihrer jeweiligen Rolle im Konfliktverlauf erörtert. Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Analyse des Widerspruchs zwischen verbalen Solidaritätsbekundungen der arabischen Staaten gegenüber der PLO und ihrer de-facto-Tatenlosigkeit.

Im zweiten Beitrag wird das Verhältnis der Bundesregierung der BRD zu Israel und ihre Stellungnahme zum Palästina-Konflikt näher beleuchtet. Ausgehend von der moralischen Schuld an der Massenvernichtung durch die Nationalsozialisten wird nachgewiesen, daß Wiedergutmachungsleistungen an den Staat Israel, besondere Erleichterungen und Unterstützungsleistungen durch deutsche Kapitalhilfe und deutsche Handelsbeziehungen sowie militärische Kooperation die BRD zum Aufbau zionistischer Strukturen im Staate Israel beigetragen hat und die territoriale Expansion auf Kosten des palästinensischen Volkes mit ermöglichte.

In dem folgenden Artikel »Moral in Deutschland« geht es um eine moralisch-politische Reflexion dessen, was die bundesdeutsche Debatte – insbesondere die der Linken – im Zusammenhang mit Kritik an zionistischer Expansionspolitik und palästinensischen Selbstbestimmungsrecht in besonderer Weise prägt.

Nit dem Interview mit Hans Lebrecht, einem Mitglied der KP Israels, soll die Einschätzung des Konfliktes durch einen israelischen Oppositionellen beispielshaft dokumentiert werden.

Der Artikel »Lösungsmöglichkeiten des Palästina-Konflikts« untersucht die verschiedenen »Friedensinitiativen«, die gegenwärtig diskutiert werden, sowie die Haltung der Konfliktparteien dazu und überprüft die Realisierbarkeit dieser Friedenspläne.
Dabei werden als die derzeit wichtigsten Vorschläge der Reagan-Plan der USA und die Charta von Fes der Gipfelkonferenz der arabischen Staaten genannt.
Der Themenkreis Palästina wird (vorläufig) abgeschlossen mit der Zusammenfassung und Kurzbeschreibung von Dokumentar- und Spielfilmen zur Situation in und um Palästina sowie einer Bücherliste.
Die geplanten und im letzten Heft angekündigten Beiträge zu den US-Interessen am Staate Israel und zu ihrer Haltung im Konflikt sowie zur Bedeutung des Libanon können wir nicht an dieser Stelle behandeln. Beide Beiträge sollen jedoch in einer der nächsten Ausgaben der »blätter« erscheinen.

Red.

Die PLO, Palästina und die arabischen Staaten

„Wo bleiben die Araber?" Diese Frage wurde während der israelischen Invasion in den Libanon immer wieder gestellt: von den um ihre politische Existenz kämpfenden Palästinensern und ihren libanesischen Verbündeten, von der Zivilbevölkerung, ob libanesisch oder palästinensisch und nicht zuletzt von der westlichen Presse.
Wo blieben die Araber im Juni 1982? Warum griffen sie nicht mit ihren diversen staatlichen Armeen in den Vernichtungsfeldzug Israel gegen die PLO ein, die schließlich seit 1974 von allen arabischen Staaten als „alleiniger und rechtmäßiger Vertreter des palästinensischen Volkes" anerkannt wird? Was ist seit dem Juni des letzten Jahres aus den so oft beschworenen arabischen Massen geworden, ihrem arabischen Nationalismus, ihrer bedingungslosen Unterstützung für die palästinensische Sache, dem Kernanliegen der arabischen Nation?
Auf den ersten Blick ein unlösbarer Widerspruch, Fragen, auf die es keine Antwort gibt. Deshalb möchte ich hier versuchen, durch einen kurzen Rückblick in die Geschichte der Palästinenser und des Nahen Ostens die Schleier der verschiedenen Ideologien zu lüften, um dahinter die historische Realität und die Grundlagen und Bestimmunsfaktoren der heutigen politischen Situation in der Region sichtbar zu machen.

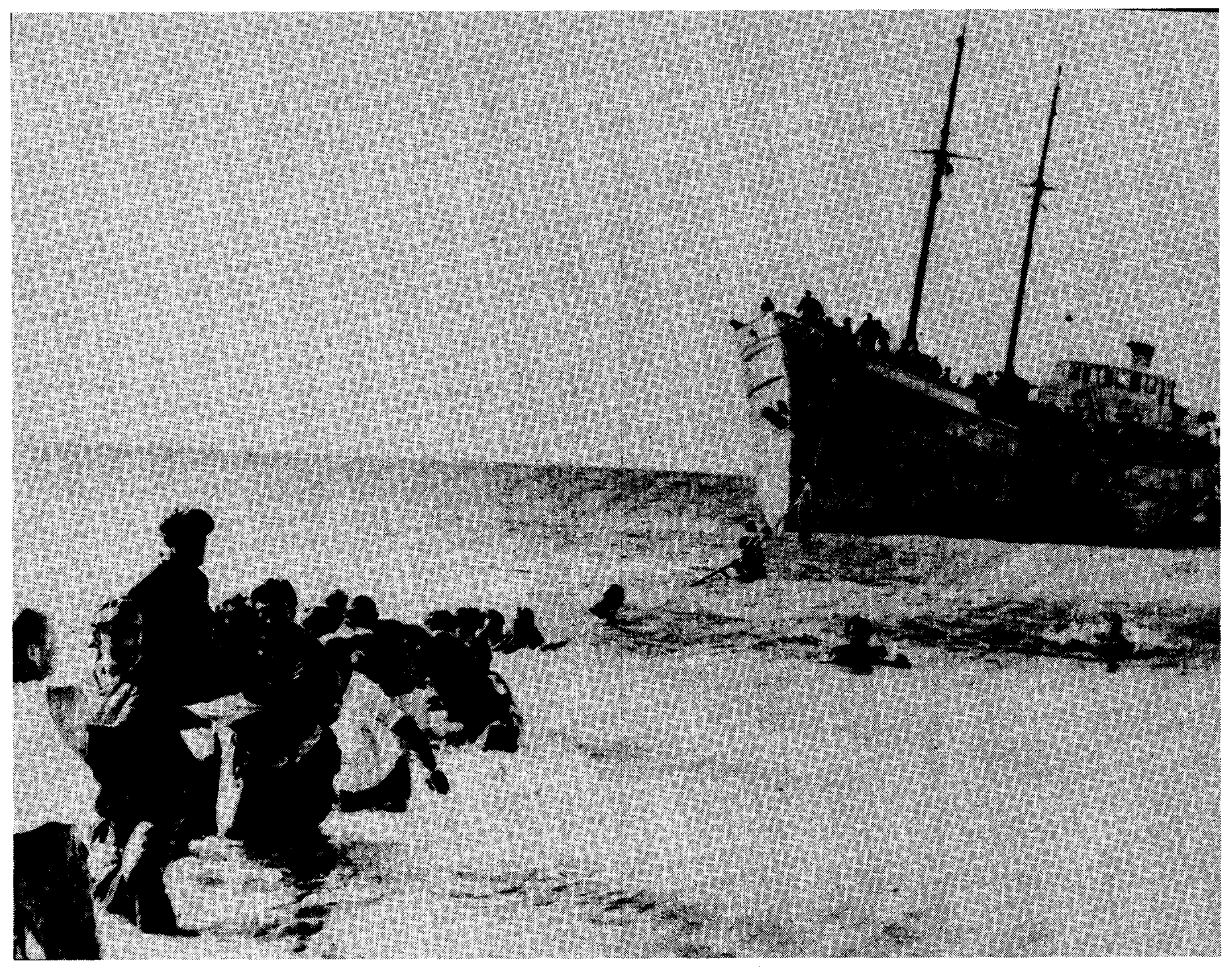
Westlicher Imperialismus im Nahen Osten.

Die Geschichte des Nahen Ostens im zwanzigsten Jahrhundert ist wesentlich geprägt von der Abhängigkeit vom westlichen Imperialismus. Nach der Auflösung des Osmanischen Reichs 1918 verhinderten die alten europäischen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien die Konstituierung eines arabischen Nationalstaates mit der Aufoktroyierung des Systems von Völkerbundsmandaten auf die arabischen Teile des ehemaligen Osmanischen Reichs: Frankreich wurde Mandatsmacht im heutigen Libanon und Syrien, Großbritannien erhielt als Mandat den Irak, Transjordanien (das heutige Königreich Jordanien) und Palästina. An die Stelle der Einheit der Region unter der alten osmanischen Herrschaft (geographisch, ökonomisch und politisch) trat eine Zersplitterung, die bis heute andauert, sich konsolidiert und verselbständigt hat in den diversen neu geschaffenen Staaten. Palästina hatte in diesem Mandats-

system eine besondere Rolle: die Mandatsmacht Großbritannien hatte sich in der Balfour-Deklaration verpflichtet, dort ein jüdisches Nationalheim zu errichten.[1]) Der Völkerbund machte diese Erklärung völkerrechtlich gültig durch ihre Aufnahme in den Mandatstext. Am Ende der damit eingeleiteten Entwicklung stand in Palästina 1948 die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates, Israel. Ein palästinensischer Nationalstaat wurde vereitelt mit der Annexion Restpalästinas (des heutigen Westjordanufers) durch Transjordanien und der Gründung des Haschemitischen Königreichs Jordanien 1950.[2])

Unter den Machtbedingungen der Mandatszeit hatte die sich herausbildende palästinensische Nationalbewegung von vornherein wenig Chancen auf Erfolg: ihr gegenüber standen die britische Mandatsmacht, die neben Palästina noch Transjordanien, den Irak und Ägypten direkt oder indirekt beherrschte, und die zionistische Bewegung, eine europäische Nationalbewegung, die systematisch und konsequent auf ihr Ziel einer Staatsgründung hinarbeitete. Dazu kamen eine Reihe innerer Schwächen der palästinensischen Nationalbewegung wie mangelnde Homogenität der damaligen palästinensischen Gesellschaft, ständige Auseinersetzungen innerhalb der politischen Elite des Landes sowie eine politische Führung ohne klares Programm.3) Schon 1939 war diese politische Führung und damit die Nationalbewegung als solche ausmanövriert und ausgeschaltet. Seit 1939 wurden die Geschicke der Palästinenser und Palästinas ausschließlich von außen bestimmt: im wesentlichen von den westlichen Großmächten und von der zionistischen Bewegung sowie in geringerem Umfang durch einige arabische Staaten, die im Laufe der 40er Jahre ihre Unabhängigkeit erhielten: an erster Stelle durch Jordanien (unabhängig seit 1946), daneben durch den Irak (wie Jordanien unter haschemitischer Herrschaft), Ägypten (seit 1922 unter einer Monarchie von Großbritanniens Gnaden) sowie Saudi Arabien (unter der Saud-Familie).

Seit den dreißiger und vierziger Jahren lassen sich die Konturen der Problematik arabischer Nationalismus, arabische Staaten und Einsatz für die Sache Palästinas klar erkennen. Zum einen war die Unabhängigkeit der oben genannten arabischen Staaten eine fast ausschließlich formale. Die Herrscher vom Irak bis Ägypten verdankten ihre Macht in erster Linie Großbritannien; zum anderen vertraten diese Monarchen entschiedene eigene Machtinteressen, die sich auf eine Vorherrschaft über die arabische Region in der einen oder anderen Form richteten. Aus dem arabischen Nationalismus der Zeit während und nach dem Ersten Weltkrieg, der vor allem nach Unabhängigkeit strebte, war schon damals ein ideologisch-legitimatorisches Machtinstrument in den Händen der nach größtmöglicher Macht und Ausdehnung ihrer Einflußspähren strebenden arabischen Herrscher getreten. Am Beispiel des jordanischen Königs Abdallah läßt sich das am besten illustrieren. Abdallah war einer der Söhne Husseins, des Scherifen von Mekka, der von der arabischen Nationalbewegung vor und während des Ersten Weltkriegs an ihre Spitze gestellt worden war. Sein Sohn

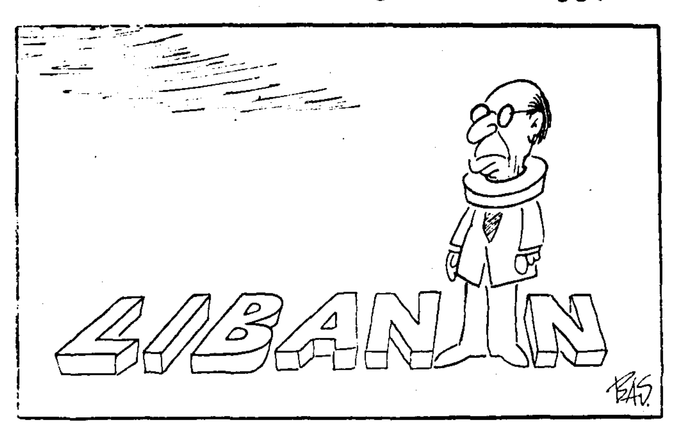


Illegale jüdische Einwanderer in Palästina: „Kraft historischer Rechte"

Feisal war es gewesen, der 1920 in Damaskus den unabhängigen arabischen Nationalstaat Syrien (er umfaßte die heutigen Staaten Libanon, Syrien, Jordanien und das historische Palästina) ausgerufen hatte, dann aber von den Franzosen im Kontext der Mandatserrichtung besiegt worden war. Feisal wurde von den Briten mit dem Thron im Irak abgefunden, Abdallah erhielt Transjordanien als Pfründe. Sowohl vom Irak als auch vor allem von Jordanien aus wurden die Pläne der Haschemiten für die Einheit der arabischen Länder im Nahen Osten unter ihrer Führung weiter betrieben. Vor allem Abdallah tat sich dabei mit immer neuen Projekten hervor.
Im Laufe der 30er, besonders aber der 40er Jahre zeichnete es sich unter der britischen Mandatsmacht in Palästina ab, daß zwar ein jüdischer Nationalstaat errichtet, ein palästinensischer Nationalstaat aber auf jeden Fall verhindert werden sollte. Stattdessen, so wollten es die Absprachen zwischen zionistischer Bewegung, Großbritannien und Abdallah, sollte der vom zukünftigen jüdischen Staat nicht beanspruchte Rest Palästinas an Transjordanien fallen. Für Abdallah bedeutete dies den ersten Schritt zur Verwirklichung seiner Vormachtstellung in Nahost, durchgesetzt gegen ähnliche Pläne seitens des Irak, Syriens oder Ägyptens.

Arabische Staaten, Arabischer Nationalismus und Palästina von 1948 bis 1967

Für die Palästinenser wurde 1948 zum Jahr der Katastrophe (in arabisch nakba). Die britische Mandatsverwaltung führte für sie nicht in die Unabhängigkeit, wie in den Mandatsverpflichtungen niedergelegt, sondern brachte mehr Unterdrückung als je zuvor, vor allem aber Vertreibung von Hunderttausenden aus dem Staatsgebiet des neu geschaffenen Staates Israel.
Palästina gab es nicht mehr. Den größten Teil seines Territoriums nahm nun Israel ein. Jordanien annektierte das Jordanwestufer. Der Gazastreifen wurde unter ägyptische Militärverwaltung gestellt. Das Ergebnis der konzertierten Kriegsanstrengungen der arabischen Staaten 1948 war damit für die Palästinenser durchweg negativ: nicht nur erhielten sie keinen unabhängigen Staat, nein, ein Großteil der palästinensischen Gesellschaft wurde sogar noch in die Flucht getrieben und lebt seit 1948 im Exil: in Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten. Gewinner des Krieges waren Israel auf der einen, Jordanien unter Abdallah auf der anderen Seite.
Die politische Reaktion auf die „nakba" von 1948 erfolgte zunächst von der Seite junger palästinensischer Intellektueller, in der Mehrzahl Studenten und Absolventen der Amerikanischen Universität von Beirut. Ihre Antwort auf 1948 war ein neuer arabischer Nationalismus; nicht mehr ein von Regimen verkörperter Nationalismus, sondern ein Nationalismus der radikalen jungen Intelligenz und der Massen von Flüchtlingen in den Lagern des Libanon und Jordaniens.
Die Stoßrichtung der in Beirut neu gegründeten Organisation, der Bewegung der Arabischen Nationalisten (BdAN), zielte hin auf eine allgemeine arabische Revolution, Sturz aller bestehenden Regierungen, Herstellung der arabischen Einheit, Befreiung von Imperialismus und zuletzt allgemeine arabische Rache für das Unglück von 1948, also Eliminierung Israels und Wiederherstellung Palästinas als „Herz der arabischen Nation". Die neue Organisation unter der Führung von George Habasch und Wadih Haddad, seit Anfang der fünfziger Jahre aktiv im Libanon, etwas später in Syrien und besonders in Jordanien, war fast ausschließlich im Untergrund tätig, mit nur kurzen Verschnaufpausen der Legalität. Denn die arabischen Nationalisten wurden von sämtlichen arabischen Regimes unnachsichtig verfolgt. Bedrohten sie doch den status quo, nahmen sie doch die diversen Regierungen beim Wort und fragten beharrlich nach der Umsetzung von deren nationalistischen Phrasen in die Wirklichkeit.
Erst die Ära Nasser (1958 – 1967, also von der Gründung der Vereinigten Arabischen Republik, des Einheitsstaates Syrien-Ägypten, bis zur Niederlage gegen Israel im Krieg von 1967) brachte in der Politik der BdAN und gerade auch in der politisch-ideologischen Ausrichtung der Palästinenser die entscheidende Wende. Mit der Herstellung der Einheit zwischen Syrien und Ägypten hatte Nasser in den Augen der BdAN, in den Augen der gesamten arabischen Welt, den ersten Schritt hin zur Verwirklichung der arabischen Einheit getan. Für die Massen von palästinensischen Flüchtlingen aber bedeutete das konkret den ersten Schritt hin zur Rückkehr in die verlorene Heimat. Und darum ging es den Vertriebenen von 1948 in erster Linie.
Politisch, ja massenpsychologisch gesehen, hieß das, daß gerade auch die Palästinenser, und nicht zuletzt die BdAN, Nasser zu ihrem uneingeschränkten Nationalhelden machten. Auf ihn wurden alle Hoffnungen gesetzt. Er sollte es sein, der die Zionisten vernichtend schlagen und Palästina den Palästinensern wiedergeben würde. Der Vertrauensvorschuß, der Nasser entgegengebracht wurde, war überwältigend. Und das, obwohl sowohl Nassers praktische Politik als auch viele Bemerkungen in seinen zahllosen Reden ihn durchaus in einem anderen Licht erscheinen lassen konnten, ja mußten. Schließlich ging es ihm in erster Linie um eine Festigung der Herrschaft der Freien Offiziere in Ägypten, um die Verwirklichung vor allem ihrer innenpolitischen Ziele; die Außenpolitik wurde fast ausschließlich funktional eingesetzt, um dem Regime eine immer größere Legitimität bei den ägyptischen Massen zu verschaffen, was auch weitgehend gelang. Nasser hatte bis zum israelischen Überfall auf Gaza 1955 jede eigenständige palästinensische Guerillatätigkeit vom ägyptisch kontrollierten Gaza aus brutal und effektiv unterbunden, hier durchaus vergleichbar mit der entsprechenden Politik König Husseins in Jordanien gegenüber den ersten Versuchen von Guerillaaktionen gegen Israel. Der Tenor von Nassers Reden war immer: Abwarten, bis der richtige Zeitpunkt gekommen ist. Stillehalten, bis von Ägypten aus das Zeichen zum Angriff gegeben wird. Keine voreiligen Reaktionen etc. Eindeutig wurde diese Hinhaltetaktik Nassers in der Einstellung zum bewaffneten Kampf, den Fatah, noch aus dem Untergrund unter dem Namen Assifa operierend, 1965 aufnahm. Ägyptische Zeitungen gingen soweit, die Fatah-Guerillas als Agenten des westlichen Imperialismus zu bezeichnen.
Die BdAN, bis 1967 völlig unter der ideologischen Hegemonie des Nasserismus, mußte den bewaffneten Kampf unter verschiedenen Decknamen aufnehmen, um die palästinensischen Massen nicht in einem Zug an die unabhängig (zu-



mindest von Nasser) agierende neue Organisation Fatah zu verlieren, und um es gleichzeitig nicht mit Nasser zu verscherzen (1964 – 1967, u.a. als 'Helden der Rückkehr' und als 'Rache-Jugend').
Der erste palästinensische Fedai, der fiel, starb nicht durch eine israelische Kugel, sondern von der Hand eines jordanischen Soldaten, und zwar bei seiner Rückkehr von einer erfolgreichen Operation in Israel nach Jordanien.
In diesem Kontext gesehen ist die Gründung der PLO, beschlossen durch die arabische Gipfelkonferenz von Kairo im Januar 1964, als ein Versuch Nassers zu bewerten, die neuen Entwicklungen, die sich immer deutlicher manifestierenden Züge hin zu einer unabhängigen plästinensischen Politik, wieder unter seine Kontrolle zu bekommen. Gleichzeitig gewann Nasser in den Augen der Palästinenser dadurch eine neue Perle in seiner Krone: er wurde akklamiert als der arabische Politiker, der die erste gesamtpalästinensische Manifestation seit 1948 ermöglicht hatte: Zusammentreten einer palästinensischen Nationalversammlung in Jerusalem 1964, Aufstellung einer palästinensischen Befreiungsarmee etc. Palästina schien wieder ins Zentrum der arabischen Politik gerückt zu sein. Der Konsolidierung und Stärkung der Macht Israels schien endlich etwas etgegengesetzt zu werden, das über Worte und Phrasen hinausging.

Der palästinensische Widerstand seit 1967

Genau wie nach der Katastrophe von 1948 wurde Palästina nach 1967 zum Symbolträger sowohl der Niederlage der Araber gegenüber Israel als auch gleichzeitig ihres Anspruchs auf eine Fortsetzung des Kampfes gegen den zionistischen Feind. Während jedoch die Antwort auf 1948 die Herausbildung eines neuen arabischen Nationalismus gewesen war, in dessen Zentrum die Palästinafrage stand, rückte 1967 den palästinensischen Widerstand ins Rampenlicht der regional-arabischen Politik. Palästinenser, Araber aus den verschiedenen arabischen Staaten, strömten in Massen in die neuen Guerilla-Organisationen, vor allem zu Fatah. Der erfolgreiche palästinensische Widerstand im Frühjahr 1968 gegen einen israelischen Angriff auf Karameh im Jordantal hatte hier Signalwirkung.
Die durch ihre vernichtende militärische Niederlage im Junikrieg bis aufs äußerste diskreditierten arabischen Führer, allen voran Nasser, identifizierten sich in aller Öffentlichkeit mit der neuen palästinensischen Widerstandsbewegung. Nasser, der bis dahin ein Treffen mit Vertretern der wichtigsten Widerstandsorganisation Fatah abgelehnt hatte, empfing nun deren Führer Yassir Arafat mit allen Ehren. König Hussein von Jordanien proklamierte gar den denkwürdigen Satz: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Fedayyin sind."[4])



Klagende bei Nassers Begräbnisprozession, Oktober 1970

Die Ernüchterung ließ nicht auf sich warten. 1967 zeigte den Palästinensern die Realität in ihrer kalten und brutalen Härte: Vernichtende Niederlage der arabischen Armeen, allen voran der ägyptischen; neue Flüchtlingsströme; ganz Palästina in der Hand Israels; Expansion Israels vom Nil bis zum Jordan und zu den Golanhöhen. Damit hatte Nasser, zumindest was die Palästinenser betraf, sein arabisch-nationalistisches Prestige ein für allemal verloren. Die Bühne war frei für eine Alternative anstelle des arabischen Nationalismus.

Als Ergebnis dieser neuen arabischen Regierungspolitik ist zu konstatieren, daß keines der arabischen Regime in direkter Folge des Junikrieges gestürzt wurde. Im Gegenteil, die Legitimationskrise, in die die arabischen Regierungen durch den Junikrieg geraten waren, wurde gerade durch die Unterstützung des bewaffneten Widerstandes überwunden. Allerdings beschränkte sich diese Unterstützung im wesentlichen auf verbale Sympathie- und Solidaritätsbekundungen.

In diesem Kontext nun ist die Politik zu sehen, die sämtliche arabische Staaten, egal ob konservativer oder progressiver Couleur, seitdem mehr oder weniger offen betrieben haben: Konsequentes Hinarbeiten auf eine diplomatisch-politische Lösung des Nahostkonfliktes, wie er sich auf der interstaatlichen Ebene darstellte. Das hieß zunächst und an erster Stelle Wiedergewinnung der an Israel verlorenen *arabischen* Gebiete, also Sinai für Ägypten, das Jordanwestufer *für Jordanien* und die Golanhöhen für Syrien. Damit gekoppelt war die Herstellung eines regionalen Friedens in Nahost auf der Basis der territorialen Integrität der dort existierenden Staaten.
Für die Palästinenser wiederum ließ diese Politik keinen Raum. Anders betrachtet, der zantrale Konflikt für die Palästinenser wurde wieder wie 1948 die Frage der Zukunft des Jordanwestufers: jordanische oder palästinensische Lösung, genauer Durchsetzung des haschemitischen Herrschaftsanspruchs gestützt auf die prohaschemitischen Teile der Bevölkerung westlich des Jordan, oder aber ein Erfolg des palästinensischen Widerstandes mit der neuen politisch-militärischen Elite palästinensischer Nationalisten, v.a. aus dem palästinensischen Exil, an der Spitze.
Dieser Konflikt[5]) ist es, der die Basis für die gesamte weitere Entwicklung bis heute bildet, zum Teil verdeckt, zum Teil offen und direkt wie in den letzten Wochen.
Eine kurze historisch-politische Querschnittsanalyse soll dies deutlich machen.

Jordanien und die palästinensische Befreiungsbewegung 1967 – 1970/71

Zwei Themen waren es, auf die sich die palästinensische Befreiungsbewegung während der kurzen Zeit ihrer Präsenz in Jordanien konzentrierte:
1. Nationale Befreiung, festgemacht an der Utopie des säkularen demokratischen arabisch-palästinensischen Staates an der Stelle des zionistischen Israel.[6]) Diese Utopie wurde, zumindest in der Öffentlichkeit, von allen Organisationen, an ihrer Spitze Fatah, getragen. In Wirklichkeit war schon seit 1967 in den Kreisen der Fatah-Führung ein Minimalprogramm im Gespräch mit dem Ziel der Errichtung eines palästinensischen Staates in den von Israel 1967 besetzten Gebieten, also Westbank und Gazastreifen. Dieses Minimalprogramm sollte sich entwickeln zur nationalen Lösung Fatahs für die palästinensische Bourgeoisie im Exil im (noch herzustellenden, 1974 dann geschlossenen) Bündnis mit der palästinensischen ökonomisch-politischen Elite in der Westbank (Bürgermeister der jüngeren Generation, Kommunisten und Mitglieder der alten herrschenden Klasse, die . Feudalherren).
Demgegenüber stehen die Maximalisten, an erster Stlle die PFLP George Habaschs, in der Tradition des arabischen Nationalismus und sind nicht bereit und in der Lage, den Verlust arabischen Territoriums bzw. die Existenz eines jüdischen Nationalstaates in der arabischen Region zu akzeptieren.
2. Revolutionäre Veränderung innerhalb der arabischen Welt bzw. der arabischen und zuallererst der palästinensischen Gesellschaft, konkret zunächst in Jordanien. Hier ging es, im Anschluß an das Vorbild des nationalen Befreiungskampfes in Vietnam, um die Erkämpfung befreiter Gebiete, um die Machtübernahme durch die Fedayin, als Ausgangspunkt für den Befreiungskampf sowohl gegen Israel als auch gegen die als reaktionär charakterisierten arabischen Staaten wie Jordanien, Saudi Arabien etc. Vertreten und propagiert wurde diese Richtung nur von PFLP (Volksfront) und PDFLP (Demokratische Volksfront).
Beide Themen mußten zwangsläufig einen Konflikt zwischen jordanischer Herrschaft und bewaffnetem Widerstand produzieren. Es war das Programm der nationalen Befreiung Palästinas an sich, ja schon die bloße Präsenz einer Organisation, die sich diesem Programm verschrieben hatte, das den Zusammenstoß mit dem jordanischen Regime heraufbeschwörte. Repräsentierten doch der palästinensische Widerstand auf der einen, Jordanien auf der anderen Seite einander konträr entgegengesetzte Positionen: hier Änderung, dort Aufrechterhaltung des staatlichen und territorialen status quo. Vor allem aber war es eine konkrete Machtfrage, die auszutragen war: wer übt die Macht östlich des Jordan aus und was soll die Zukunft des Westufers sein, immer unter der Voraussetzung eines israelischen Rückzuges?
Die Machtfrage war es also, die zum offenen militärischen Zusammenstoß führte, der zunächst im September 1970, dann in einer zweiten und letzten Runde im Juli 1971 mit aller Brutalität ausgetragen wurde. Den Sieg trug der jordanische König Hussein davon, unter stillschweigender Zustimmung sämtlicher arabischer Regierungen. Nasser miteingeschlossen. Der Widerstand wurde aus seiner jordanisch-palästinensische Umgebung vertrieben und verlor damit seine natürliche Basis. Irgendeine national-palästinensische Forderung wurde seitdem in Jordanien durch die dort lebenden Palästinenser (etwa 65 % der Bevölkerung) nicht mehr erhoben.
Langfristiges Ergebnis dieses jordanisch-palästinensischen Kriegs war die eindeutige Stärkung Fatahs unter einer Führung, die von nun an konsequent auf die Durchsetzung der oben erwähnten Minimallösung hinarbeitete. Politik, auf der national-palästinensischen, regional-arabischen und internationalen Ebene, sowie Diplomatie drängten den bewaffneten Kampf immer mehr in den Hintergrund, funktionalisierten ihn klar im Dienste einer bürgerlich-nationalistischen Politik. Die Fatah-Führung, die gleichzeitig die PLO-Führung bildet, war sich darüber im klaren, daß ein militärischer Erfolg gegen Israel auch langfristig gesehen ausgeschlossen war, nicht zuletzt im Kontext der arabischen staatlichen Machtstrukturen in Nahost. Sozialrevolutionäre Ziele waren seit Jordanien eindeutig marginalisiert, wurden zudem, auch von den sich marxistisch-leninistisch verstehenden Organisationen (seit 1972 immer stärker in Anlehnung an die Sowjetunion), immer mehr auf die verbale Ebene verlagert.
Ins Zentrum der innerpalästinensischen Auseinandersetzungen rückte vielmehr der Kampf um das Ziel des palästinensischen Nationalismus: also Minimal- oder Maximallösung,



Kastanien im Nahen Osten

palästinensischer Ministaat oder ein demokratisches Palästina an der Stelle Israels.

Libanon und die palästinensische Befreiungsbewegung 1972 – 1982

Der Libanon wurde zum Austragungsort dieses Konfliktes, und zwar sowohl auf der eben erwähnten innerpalästinensischen als auch auf der regionalen Ebene arabisch-palästinensischer Auseinandersetzungen wie auf der Ebene der Großmachtpolitik, wo es um die Frage der Vorherrschaft im Nahen Osten geht.
In diesem Zusammenhang kurz einige Anmerkungen zur Frage der palästinensischen Präsenz, genauer der Präsenz des bewaffneten Widerstandes der Palästinenser, im Libanon. Denn diese war bis 1982 wesentliches Element der Auseinandersetzungen, um die herum sich die oben geschilderten Konflikte gruppierten bzw. mit dem sie sich kombinierten.
Die libanesisch-palästinensischen Beziehungen entwickelten sich in vielem parallel zu dem Gang der Ereignisse in Jordanien 1967-71. Daß es im Libanon zehn Jahre dauerte, bis die PLO vertrieben wurde, liegt primär an der spezifisch libanesischen sozio-politischen und sozio-ökonomischen Struktur, die eine sehr schwache Zentralmacht zur Konsequenz hat. Die Richtung des Konfliktes war klar angelegt schon seit 1969, als es zu den ersten Zusammenstößen zwischen libanesischer Armee und palästinensischen Fedayyin im Südlibanon kam. Er setzte sich in kleineren und größeren Scharmützeln vor allem zwischen libanesischen Phalangisten und Palästinensern fort bis 1973, als die zweite Runde der Kämpfe Armee-PLO ausgetragen wurde. Sowohl 1969 wie 1973 endeten in einem Kompromiß der Machtteilung zwischen libanesischer Regierung und PLO (Verträge von Kairo 1969, und Melkart 1973)[7]). Die letzte Runde der Kämpfe begann 1975 und dauert unter fortgesetzter Präsenz der PLO im Nordlibanon und der Bekaa, wenn auch von Syriens Gnaden, bis heute an, obwohl die Entscheidung gefallen ist mit der Evakuierung der PLO aus Beirut und den anschließenden Massakern durch libanesische Phalangisten an wehrlosen palästinensischen Bewohnern der Flüchlingslager Sabra und Chatila.
Parallel zu diesen größeren und kleineren Kriegen ist die Entwicklung des von den USA initiierten regionalen „Friedensprozesses" zu sehen, der über die UN-Resolutionen 242 und den Rogers-Plan bis hin zu Camp David und zuletzt zum Reagan-Plan führt.[8]) Dieser Friedens- oder besser Befriedungsprozeß bildet Grundlage und Ursache der Kriege seit 1969. Zum Mittel der kriegerischen Auseinandersetzung wurde immer dann gegriffen, wenn die Entwicklung auf der diplomatischen Ebene zum Stocken gekommen oder in eine Sackgasse geraten war. Die verschiedensten Akteure traten dabei gegen die PLO auf: libanesische Armee, libanesische Rechte, angeführt von den Phalangisten der Gemayels, syrische Armee und v.a. natürlich Israel.
Welch marginale Rolle die PLO in diesem Prozeß spielte (und wohl noch spielt, heute vielleicht mehr als je zuvor), zeigt der Nahostkrieg von 1973 und die daran anschließende Entwicklung. An diesem Krieg nämlich hatte der palästinensische Widerstand keinerlei Anteil, war von den beiden kriegführenden arabischen Staaten noch nicht einmal eingeweiht worden. Erst die öffentliche Propagierung der Minimallösung durch die PLO-Führung unter Arafat sowie vor allem deren konsequente Diplomatie auf internationaler Ebene als auch nicht zuletzt ihre damalige Machtstellumg im Libanon brachte der PLO 1974 die Anerkennung durch die arabische Liga als alleiniger und rechtmäßiger Vertreter des palästinensischen Volkes. Hussein von Jordanien gab, zumindest vorläufig, seinen Anspruch auf die Westbank auf: ein leichtes, da diese nach wie vor von Israel besetzt war



Rose al-Yussef (Cairo)

الضغط العربى على أمريكا

Arabischer Druck auf Amerika

und ein israelischer Kompromiß in dieer Frage bis heute nicht erkannbar ist.
Wie prekär diese Anerkennung der PLO durch die arabischen Staaten war und ist, zeigt der Verlauf des Krieges im Libanon 1975 - 82, vor allem aber der israelische Krieg gegen die PLO im Sommer 1982. Resultat war, ohne daß sich auch nur ein einziger arabischer Staat gerührt hätte, die Zerstörung der militärisch-politischen Infrastruktur der PLO im Libanon, und das heißt im letzten arabischen Land, in dem die PLO noch Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit genoß.
In diesem Zusammenhang erscheint es mir als sehr problematisch, sich zu stark blenden zu lassen von dem zweifellos erzielten moralisch-politischen Erfolg der PLO durch ihren Widerstand im Libanon gegen den israelischen Invasoren, besonders solange dieser keinerlei konkrete Ergebnisse zeitigt.
Der arabische Friedensplan von Fez, zurückgehend auf die gescheiterte saudiarabische Friedensinitiative vom Frühsommer 1982, ist gerade auch in diesem Kontext weniger als Erfolg Arafats zu werten, denn als Zugeständnis der arabischen Regierungen an die arabischen Massen und den arabischen Nationalismus, hat vor allem legitimatorischen und propagandistischen Charakter. Geht doch die gesamte politische und diplomatische Entwicklung der letzten Monate von Reagans Nahostinitiative aus, die im Grunde von allen arabischen Regierungen aktzeptiert ist, die auch die PLO-Führung zur Grundlage für ihre Politik nimmt, und

für die Syrien wohl nur eine Erweiterung in Richtung einer Miteinbeziehung der Frage der Golanhöhen fordert.

Resumé

Nicht der arabische Nationalismus, nicht die Solidarität mit dem palästinensischen Volk und der PLO waren und sind es, die die Politik im Nahen Osten bestimmen, sondern die ganz konkreten staatlichen Interessen der diversen arabischen Staaten, an erster Stelle natürlich der direkt am Konflikt beteiligten: Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon, jeweils in Verbindung mit den arabischen Erdölstaaten, also v.a. Saudi Arabien. Für eine palästinensische Revolution gab und gibt es in diesem Kontext keinen Platz. Es war die Funktion des arabischen Nationalismus, über Jahre hinweg diese machtpolitische Realität konsequent zu verdecken. Erst Sadats Bruch mit der „arabischen Solidarität" ließ den ersten Riß in dieser nationalistischen Fiktion entstehen. Die Interessen, die sich jetzt immer klarer und deutlicher artikulieren und durchsetzen, sind die Interessen der arabischen Bourgeoisien in den Ländern vom Mittelmeer bis zum Golf, die auf der Basis innerstaatlicher Ruhe und Ordnung, interstaatlichem Frieden und territorialer Integrität der bestehenden Staaten, Israel miteinbezogen, ökonomische Kooperation und Entwicklung in der Region vorantreiben wollen.
Die Frage des Jordanwestufers, ob und wie es mit Jordanien verbunden wird, in welcher Beziehung es zu Israel stehen wird, ist in diesem Zusammenhang eine zweitrangige Frage, die zwar bis heute noch offen ist, den Entwicklungsprozeß im Nahen Osten jedoch nur am Rande tangiert.
Keinen Platz finden in diesem machtpolitischen Panorama die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon und in Syrien: werden sie in noch größeren Massen als Flüchtlinge und Verfolgte in den Westen (u.a. nach Berlin) abwandern, werden sie als migrant workers in den Erdölländern ihr Dasein fristen müssen, oder sind gar ehrgeizige Lösungen für sie vorgesehen im Rahmen palästinensischer Satellitenstädte auf Jordanwest- und/oder Ostufer?
Die palästinensischen Flüchtlinge sind es aber, die am dringendsten auf eine Lösung warten, darauf angewiesen sind, da sie unter dem Damoklesschwert neuer Massaker im Libanon, möglicherweise kombiniert mit einem neuen libanesischen Bürgerkrieg oder einem israelisch-syrischen Krieg, stehen.

Helga Baumgarten

Anmerkungen:

1) Zur Palästinafrage während der Mandatszeit am besten den Sammelband v. H. Mejcher u. A. Schölch, Die Palästina-Frage 1917 – 48, Paderborn 1981.
2) Die Haschemiten sind eine arabische Herrscherfamilie ursprünglich aus der arabischen Halbinsel, die internationale Bedeutung erlangten durch die Verhandlungen ihres damaligen Clanchefs, des Sherifen Hussein, mit Großbritannien. Seine Söhne Abdallah und Feisal erhielten von Großbritannien die Herrschaft über Transjordanien und den Irak. Der heutige König Jordaniens, Hussein, ist der Enkel Abdallahs.
3) S. dazu den Abschnitt 'Das arabische Volk Palästinas' in dem Artikel 'Zur Entstehung des Palästina-Konflikts' in 'blätter' Nr. 106, Dez. 1982, S. 24
4) Zitiert nach Xavier Baron, Les Palestiniens, Un peuple, Paris (ed. Le Sycomore) 1977, S. 167.
5) In der Interpretation dieses Konflikts stütze ich mich auf die Arbeiten von Olivier Carre, v.a. 1970. Septembre noir. Refus arabe de la resistance palestinienne, Brüssel (ed. Comlexe) 1980, v.a. S. 109 - 123.
6) Dieser von der PLO 1969 in das politische Programm aufgenommene Plan sah die Errichtung eines säkularen demokratischen Staates in Palästina vor, in dem Moslems, Juden und Christen gleichberechtigt zusammen leben sollten.
7) In dem Kairoer Abkommen zwischen der libanesischen Regierung und der PLO wurde die bewaffnete Präsenz der Palästinenser im Libanon offiziell anerkannt. Die Flüchtlingslager standen seitdem nicht mehr unter libanesischer Polizeiaufsicht, sondern wurden von den Palästinensern selbst kontrolliert.

Die Beziehungen der Bundesregierung zum Staat Israel und ihre Haltung zum Nahost-Konflikt

Die historische Besonderheit des Verhältnisses BRD – Israel

Es besteht wohl kein Zweifel daran, daß das Verhältnis der Bundesrepublik zum Staat Israel seit ihrem Bestehen im Zusammenhang mit der Vernichtungspolitik des NS-Staates gegenüber den Juden gesehen werden muß. Das Schuldbewußtsein der deutschen Bevölkerung gegenüber den Überlebenden, ihren Verwandten und den Juden überhaupt führte im Laufe der Zeit zu einem breiten Konsens bezüglich der materiellen und politischen Unterstützung Israels. Bereits kurz nach der Gründung der Bundesrepublik leitete Adenauer die ersten Schritte zur „Wiedergutmachung" ein. In einer Rede vor dem Bundestag am 27. September 1951 sagte er, das deutsche Volk sei sich des unermeßlichen Leidens bewußt, das in der NS-Zeit über die Juden in Deutschland und in den besetzten Gebieten gebracht wurde. „Im Namen des deutschen Volkes sind ... unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten".[1]) Er versuchte damit, moralisches Ansehen für das deutsche Volk zurückzugewinnen und einen Gesinnungswandel in der Bundesrepublik herbeizuführen. Die Deutschen sollten ihre Haltung gegenüber den Juden ändern und ihre (Mit-)Schuld an den Verbrechen des NS-Staates gegenüber denselben begreifen lernen. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in Israel gab es anfänglich Widerstände gegen die „Wiedergutmachungspolitik."[2]) In Israel bzw. von jüdischen Organisationen wurde z.T. argumentiert, eine „Wiedergutmachung" sei aus moralischen Gründen nicht zu akzeptieren, eine solche Schuld sei nicht mit Geld auszugleichen. Auf deutscher Seite spielten – neben eindeutig nazistischen Kräften – finanzielle Erwägungen angesichts der Aufbau-Aufgaben und die Angst vor einem ökonomischen und politischen Terrain-Verlust in den arabischen Staaten eine Rolle.

Dieses Schuldbewußtsein beeinflußte aber auch die Haltung der Bundesregierung und der deutschen Bevölkerung gegenüber der Politik des Staates Israel. Bis heute wird vielfach argumentiert, wir hätten nach Auschwitz nicht das Recht zur Kritik an Israel. Vertreter jüdischer Organisationen und des Staates Israel zogen die moralische Legitimation solcher Kritik durch die Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus in Zweifel.[3])

Der Beginn der israelfreundlichen Politik der Bundesrepublik ist zum guten Teil auf die Haltung bzw. den Einfluß der westlichen Staaten, vor allem der USA, zurückzuführen. Die „Wiedergutmachung" war ein wichtiges Instrument der Adenauer-Regierung, das Vertrauen der westlichen Regierungen zu gewinnen, und diese Regierungen ließen auch keinen Zweifel daran, daß sie diese Haltung Bonns gegenüber Israel erwarteten. Für die Westintegration hatte sich die Bundesregierung entschieden, deshalb konnte ihr das auch nicht gleichgültig sein.[3]

Das Interesse der Bundesrepublik (und anderer westlicher Staaten) an Israel

Nicht nur aus moralischen, sondern auch aus handfesten ökonomischen, militärischen und politischen Gründen wurde der Staat Israel von den westdeutschen Staaten und der Bundesrepublik unterstützt. Im Nahen Osten überschnitten (und überschneiden) sich ökonomische und militärstrategische Interessen der kapitalistischen Länder: Israel hatte die Aufgabe, diese Interessens- bzw. Einflußsphären zu sichern. Bis heute ist die Existenz dieses Staates eine „Existenz auf Kredit", vor allem von Seiten der Vereinigten Staaten. Ein großer Teil der (billigen) Welt-Erdölreserven liegt im arabischen Raum, trotz etwas sinkender Bedeutung durch Ausbeutung anderer Vorkommen und Ausbau neuer Energiequellen sind die westlichen Staaten auf billiges Öl als Energie und Rohmaterial angewiesen. Israel hatte neben dem Iran eine wichtige Vorposten- bzw. Polizistenrolle für die Staaten im Nahen Osten und auch in Afrika, wo Israel in vielen Ländern militärische Hilfs- und Ausbildungsprogramme durchführte.

Höre, Israel

Als wir verfolgt wurden
war ich einer von euch
Wie kann ich das bleiben
wenn ihr Verfolger werdet

Eure Sehnsucht war
wie die anderen Völker zu werden
die euch moderten
Nun seid ihr geworden wie sie

Ihr habt überlebt
die zu euch grausam waren
Lebt ihre Grausamkeit
in euch jetzt weiter?

Den Geschlagenen habt ihr befohlen:
„Zieht eure Schuhe aus"
Wie den Sündenbock habt ihr sie
in die Wüste getrieben.

in die große Moschee des Todes
deren Sandalen Sand sind
doch sie nahmen die Sünde nicht an
die ihr ihnen auferlegen wolltet

Der Eindruck der nackten Füße
im Wüstensand
überdauert die Spur
eurer Bomben und Panzer

Erich Fried

Die „Wiedergutmachungsleistungen" der Bundesrepublik an den Staat Israel und ihre Verwendung

Die Regierung Adenauer betrachtete – wie oben bereits gesagt – die „Wiedergutmachung" als Möglichkeit, durch die Rückgewinnung von moralischer Glaubwürdigkeit das Vertrauen der westlichen Staaten zu gewinnen. Außerdem sollte diese Politik eine erzieherische Funktion für die deutsche Bevölkerung haben. Nach ersten Kontakten zwischen Vertretern Israels und der Bundesregierung im Frühjahr 1950 wandten sich die Israelis direkt an die Regierungen der vier Besatzungsmächte. Sie forderten eine „Wiedergutmachungssumme" von 1,5 Mrd. Dollar, begründet wurde dieser Betrag mit den Ausgaben für die Ansiedlung von 500.000 Flüchtlingen aus Europa.[4]) Im September 1952 wurde schließlich das „Luxemburger Abkommen" abgeschlossen, in dem sich die Bundesrepublik dazu verpflichtet, für die materiellen Schadensfolgen der Nazi-Verbrechen gegenüber den Juden „Wiedergutmachung" zu leisten, 3 Mrd. DM an Israel und 450 Mio. DM an die Vertretung der jüdischen Organisationen zu zahlen bzw. in Form von Waren zu liefern.[5]) Israel war durch das Abkommen das erste Mal als Repräsentant des jüdischen Volkes der ganzen Welt anerkannt worden.

Über den genauen Umfang der geleisteten individuellen „Wiedergutmachung" läßt sich kein eindeutiges Bild gewinnen, lediglich die – hier interessanten – Gelder für den *Staat* Israel lassen sich genau auf die im Abkommen ausgemachte Summe fixieren.[6])

Die Bedeutung dieser Gelder für den Aufbau des zionistischen Staates beschreibt Felix Shinnar, erster Beauftragter Israels in Bonn wie folgt: „Von der Gesamtleistung unter dem Abkommen vom 10. September 1952... wurden 30 Prozent zur Zahlung des Rohöls verwendet; sie sind, was den Wichtigkeitsgrad anbelangt, an erster Stelle zu nennen. Von dem Rest wurden für 70 % Investitionsgüter aller Art für Industrie und Landwirtschaft gekauft, einschließlich 49 Schiffe... Unsere Handelsflotte vergrößerte sich dadurch von rund 40.000 Tonnen im Mai 1948 auf rund 450.000 Tonnen modernen, unseren Bedürfnissen entsprechenden Schiffsraum. Wichtige Zweige der israelischen Wirtschaft, wie die Erweiterung des Elektrizitätsnetzes, der Eisenbahn und der Telekommunikation konnten mit diesen Gütern versorgt und ausgebaut werden... 1400 kleinere, mittlere und größere Fabriken konnten ihre Anlagen durch Abkommen-Lieferungen maschinell erweitern und modernisieren..."[7]) Beim Aufbau des jungen Staates Israel wurden 30 % der Entwicklungsvorhaben aus deutschen Lieferungen bestritten, von 1953 bis 1963 wurden mit deutschen Geldern etwa 9 % der gesamten israelischen Importe bezahlt. Es steht also außer Zweifel, daß durch die kollektiven „Wiedergutmachungsleistungen" aus der Bundesrepublik ein außerordentlich wichtiger Beitrag zum Aufbau des Staates Israel geleistet wurde.

Für die deutsche Wirtschaft ergab sich aus dieser Hilfe ebenfalls ein sehr positiver Effekt: Neben dem direkten Auftragsstoß wurde dadurch die Grundlage für die bis heute sehr umfangreichen deutsch-israelischen Handelsbeziehungen gelegt.[8])

Über die Aufbauhilfe für den Staat Israel wurde so die – teilweise durch das Nazi-Unrecht an den Juden geschaffene – Unrechtssituation in Palästina gefestigt.

Weitere wirtschaftliche Unterstützung bzw. Zusammenarbeit –

a) Kapitalhilfe, Direktinvestitionen

Die Bundesrepublik gewährte Israel über die „Wiedergutmachungszahlungen" hinaus ab 1962 Kredite, zunächst in



Begegnung zwischen Adenauer und Ben Gurion im New Yorker Hotel Waldorf-Astoria am 14. März 1960.

Höhe von über 180 Mio. DM, später in Höhe von 140 Mio. DM pro Jahr. Bis 1981 beliefen sich diese Zahlungen auf insgesamt 2,75 Mrd. DM. Dies sind zwar nur Darlehen, aber „da diese ... mit Laufzeiten von 12 bis 30 Jahren und mit einer Verzinsung von 2 bis 5,75 % gewährt wurden und Deutschland in manchen Jahren überhaupt keine Zinsen gefordert hat, sind auch diese Beträge als Unterstützung zu werten."[9]) Diese günstigen Kreditbedingungen gelten normalerweise nur für Entwicklungsländer, sind also für ein industriell hochentwickeltes Land wie Israel keineswegs selbstverständlich. Diese Behandlung als Entwicklungsland schloß nicht nur die Kapitalhilfe, sondern auch den Einbezug in das Entwicklungshilfesteuergesetz ein: Diese Entwicklungshilfe-Maßnahme begünstigte durch steuerliche Erleichterungen die Investitionen privater Firmen in dem betreffenden Land. In der Frage der damals üblichen Lieferbindungen (d.h. der Verpflichtung, für die empfangenen Gelder Firmen aus der BRD zu beauftragen), setzte sich Israel gegenüber der Bundesregierung aber mit der Begründung durch, es sei *kein* Entwicklungsland und brauche deshalb auch diese Konditionen nicht zu akzeptieren.[10]) Die Höhe der gewährten Kapitalhilfe zeigt, daß Israel auch in diesem Bereich eine sehr bevorzugte Behandlung erfuhr: „Die 140 Millionen DM, die Israel seit 1968 jährlich bekommt, machen gut 10 % des gesamten bilateralen öffentlichen Kapitalhilfe aus, die die BRD jährlich an Entwicklungsländer gibt."[11])

Die Förderung privater Direktinvestitionen geschah nicht nur indirekt über das Entwicklungshilfesteuergesetz, sondern auch direkt über die staatliche DEG (Deutsche Entwicklungsgesellschaft), die sich bis Anfang der 70er Jahre bereits mit etwa 100 Millionen DM an Investitionen in Israel beteiligt hat.

Bis 1970 lagen die Investitionen von Firmen aus der BRD noch bei 20,9 Mio.DM, neben den Bereichen Textil und Elektronik sind hier vor allem die gewerkschaftseigenen Unternehmen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) und Neue Heimat zu nennen. Nach dem Juni-Krieg 1967, durch den Israel an zusätzliche Rohstoffquellen und billige arabische Arbeitskräfte gekommen war, ergriff Israel Maßnahmen zur Förderung von Privatinvestitionen. In den folgenden Jahren erhöhten sich die privaten Investitionen aus der Bundesrepublik sprunghaft, sie betrugen Ende 1972 bereits 180 Mio.DM.[12])

b) Handel

Israel genießt durch das Freihandels- und Kooperationsabkommen vom 11. Mai 1975 in der Europäischen Gemeinschaft die Sonderpräferenzen eines Mittelmeerlandes. Das damals abgeschlossene Abkommen beinhaltete einen starken Abbau von Zöllen der Gemeinschaft gegen israelische landwirtschaftliche und industrielle Güter. Dadurch wurde

für Israel ein (weiterer) Zugang zum europäischen Markt geschaffen. Während die EG-Zölle gegen israelische Industriegüter schon 1977 abgebaut wurden, soll dies mit den israelischen Zöllen gegen europäische Güter erst 1985 geschehen. Israel hatte an diesem Abkommen großes Interesse, da das Land trotz der günstigen Kapitalzuflüsse sehr hoch verschuldet war, so daß die Auslandsschulden das Bruttosozialprodukt eines Jahres überstiegen. Um den Lebensstandard zu halten, mußten mehr Einkommen durch Exporte erzielt werden.[13])

Militärische Unterstützung

Auch zum Ausbau des Rüstungsapparates Israels, *der* existentiellen Bedingung seiner Expansion und seines Überlebens als zionistischer Staat, trug die Bundesrepublik in großem Umfng bei. Die „Wiedergutmachungslieferungen" Energieversorgung, Transport- und Femmeldewesen und Stahlproduktion bildeten eine indirekte Stärkung der militärischen Macht Israels. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre lieferte die Bundesrepublik – z.T. kostenlos – Waffen an Israel und bildete israelische Soldaten aus. Diese Zusammenarbeit wurde geheimgehalten und erst im Winter 1964/65 bekannt.[14])

1957 fanden die ersten Gespräche über eine mögliche militärische Zusammenarbeit zwischen dem Chef der israelischen Mission, Shinnar, und dem damaligen Verteidigungsminister Strauß statt. Shinnar bat Strauß um Prüfung der Anschaffung der israelischen Maschinenpistole Uzi für die Bundeswehr. Dieser Handel kam zustande, die Verhandlungen darüber waren streng geheim und es wurde kein Vertrag darüber geschlossen. Aus verschiedenen israelischen Quellen geht hervor, daß 1957 auch die Waffenlieferungen der Bundesrepublik begannen. Die Bundesregierung dementierte offiziell ihre (angebliche) Absicht, Waffen und Kriegsgerät nach Israel zu liefern und behauptete auch, nicht zulassen zu wollen, daß private deutsche Firmen solche Aufträge ausführten.

Ägyptischen Presseberichten zufolge wurden einige Fabriken, die im Rahmen des Wiedergutmachungsabkommens von der Bundesrepublik erbaut worden waren, nach kurzer Zeit auf Waffenproduktion umgestellt. Das Produktionspotential dieser Fabriken erlaubte sogar den Export von Waffen. 1964 veröffentlichte „Der Spiegel" den Inhalt eines geheimen Vertrags über die Lieferung von 250.000 Panzerabwehrgranaten für die Bundeswehr und berichtete, seit 1957 würden israelische Offiziere in der Bundesrepublik geschult. Weitere Waffenverkäufe Israels an die Bundeswehr folgten (1958: Granatwerfer). Im Rahmen eines geheimen Militärabkommens verpflichtete sich die Bundesrepublik, Waffen im Wert von mehr als 200 Mio. DM an Israel zu liefern. Bei den Verhandlungen hatte Ministerpräsident Ben Gurion auf die Verpflichtung der Deutschen abgehoben, den Juden zu helfen, sich gegen einen neuen Ausrottungsversuch zur Wehr zu setzen. 1964, gegen Ende der Abwicklung des Waffenhilfsprogramms, drängte Israel auf die Lieferung weiterer 150 amerikanicher Panzer aus der BRD. Die USA unterstützten – wie bei den vorangegangenen Verhandlungen auch – die israelischen Wünsche. Durch politischen Druck auf die Bundesrepublik, Israel zu unterstützen, entzogen sich die USA selbst dieser Aufgabe, um ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht zu gefährden.

Durch dieses Abkommen wurden auch die vorangegangenen bekannt, amerikanische, ägyptische und deutsche Presse berichtete darüber. Die deutschen Waffenlieferungen –u.a. Panzer und sogar Flugzeuge – spielten für Israels Kriege eine wichtige Rolle. Sie bestanden zunächst aus Überschußmaterial (Kraftfahrzeuge, Hubschrauber, Verbindungsflugzeuge und Panzerabwehrraketen), später dann auch aus Panzern, Luftabwehrgeschützen, Untersee- und Schnellbooten.[15])

Anfang 1965 begann in der Bundesrepublik die Debatte um die Waffenlieferungen nach Israel und in Spannungsgebiete überhaupt. Im Februar beschloß das Bundeskabinett, künftig in Spannungsgebiete keine Waffenlieferungen mehr durchzuführen. Der Leiter der Israel-Mission in der BRD wurde über die Einstellung der Waffenlieferungen informiert. Die Bundesregierung bot Israel als Kompensation für die noch ausstehenden Lieferungen finanzielle Hilfe an, was vom israelischen Kabinett zurückgewiesen wurde. Es erklärte, „die israelische Regierung könne nicht akzeptieren, daß irgendeine Regierung ihre Militärhilfe an Israel einstelle. Die Bundesrepublik Deutschland sei verpflichtet, Israel mit Waffen zu versorgen. Keine Entschädigung oder finanzieller Ersatz könne sie von dieser Pflicht befreien". Die Bundesregierung bekam international Druck: Von jüdischen Finanzkreisen in den USA wurde der Boykott deutscher Waren angedroht, eine amerikanische Gewerkschaft drohte mit dem Verlust amerikanischer Kundschaft für deutsche Textilprodukte, von einer israelischen Zeitung wurde zum Abbruch der Geschäftsverbindungen mit deutschen Unternehmen aufgerufen. Jüdische Organisationen übten heftige Kritik.[16]) Dennoch blieb dieser Beschluß bestehen. Ein besonderes Kapitel militärischer Unterstützung der israelischen Kernforschung durch die Bundesrepublik. Es wurde zwar von deutscher Seite der ausschließlich friedliche Charakter dieser Zusammenarbeit betont und darauf hingewiesen, „daß die Tätigkeit deutscher Kernphysiker nichts mit den israelischen Projekten zur Konstruktion einer Atombombe zu tun habe" (Die Welt, 27.10.1964). Da heute allgemein angenommen wird, daß Israel über selbstgebaute Atomwaffen verfügt, können die obigen Behauptungen bestenfalls als naiv bezeichnet werden. Das Auswärtige Amt förderte Forschungsvorhaben und Institutsbauten des israelischen Weizmann-Institutes, dessen Kernphysiker seit 1959 Kontakt mit deutschen Atomwissenschaftlern hatten. 60 Mio. DM flossen aus verschiedenen deutschen Quellen bis Anfang der 70er Jahre für die Zusammenarbeit mit dem Weizmann-Institut. Berichte, nach denen die wissenschaftliche Zusammenarbeit u.a. auch militärischen Zwecken dienen sollte, wurden dementiert. Die israelische Atomenergiekommission unterstand aber bis 1966 direkt dem Verteidigungsminister (seither dem Premierminister), der Atomreaktor in Dimona ist nicht der internationalen Atomenergiekommission unterstellt, Israel ist mit Hinweis auf seine Sicherheitsinteressen dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten. Und über das ausreichende Rohmaterial, die technische Kapazität, um einfache Atomwaffen herzustellen, und die notwendigen Trägerwaffen verfügt Israel auf jeden Fall.[17])



Politische Unterstützung

Es ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich, alle Veränderungen im politischen bzw. diplomatischen Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel einschließlich ihrer Hintergründe und die Vielfalt an politischer, wissenschaftlicher und kultureller Unterstützung aus der Bundesrepublik darzustellen. Es sollen deshalb hier nur einige wichtige Punkte angesprochen werden.

„Der weitverbreitete und tiefverwurzelte deutsche Antisemitismus verwandelte sich – gefördert von der Bundesregierung im Einklang mit den bürgerlichen Medien – während der 50er Jahre in einen notwendig oberflächlichen, aber ebenso weitverbreiteten Philosemitismus."[18])

Bestandteil aller Redakteursverträge des Springer-Konzerns sind vier Grundsätze, von denen einer lautet: „Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden" Angesichts der Berichterstattung der Springer-Blätter ist klar, wie dieser allgemeine Grundsatz konkret heißen müßte: Unterstützung der Politik Israels.[18]



Die BRD bemühte sich auch schon 1952 um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, was Israel zum damaligen Zeitpunkt ablehnte. Wenige Jahre später (1955/56) allerdings, als Israel zur Durchbrechung seiner außenpolitischen Isolierung diplomatische Beziehungen anstrebte, lehnte Bonn ab, um den arabischen Markt für die deutsche Wirtschaft nicht zu gefährden und um die arabischen Staaten nicht zur Anerkennung der DDR zu veranlassen.

Nach der damals angewandten „Hallstein-Doktrin" unterhielt die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen zu Staaten, die diplomatische Beziehungen zur DDR hatten. Zur vorsorglichen Verhinderung einer Anerkennung der DDR wurden verschiedene Länder großzügig mit Entwicklungshilfe bedacht.

Erst 1965, nachdem Ägypten die Zusammenarbeit mit der DDR aufgenommen hatte, wurden schließlich diplomatische Beziehungen aufgenommen. Seit dem Oktoberkrieg 1973 sind die Beziehungen zwischen beiden Staaten abgekühlt.[19]) „Aber auch hier war das Handeln der Bundesregierung von rein taktischen Erwägungen bestimmt: die Drohungen mit der Ölwaffe aus der Arabischen Welt haben die Bundesregierung veranlaßt, ihre ominöse 'ausgewogene Haltung' in der Nahost-Frage einzunehmen."[20]) Außerdem waren die arabischen Länder durch ihre Öleinnahmen auch als Abnehmer deutscher Exportprodukte interessanter geworden.[21])

Ein Beispiel für die politische Unterstützung des israelischen Standpunkts in der Nahost-Auseinandersetzung sind die Verbote der Generalunion Palästinensischer Arbeiter (GUPA) und der Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) und die Ausweisung politisch aktiver Palästinenser im September/Oktober 1972. Vorangegangen waren seit dem Junikrieg 1967 massive Werbung um Sympathie und Unterstützung für das angeblich vom Völkermord bedrohte Israel in der deutschen Öffentlichkeit. Die Organisierung der Palästinenser in der Bundesrepublik wurde im Verfassungsschutzbericht 1969/70 als „sicherheitsgefährdende Bestrebungen" eingestuft, die Presse zog mit entsprechenden Berichten mit. Der passende Anlaß war mit der Geiselnahme von 9 israelischen Olympiateilnehmern am 4. September 1972 in München durch den „Schwarzen September" gekommen (die Israelis und 5 Palästinenser kamen bei einem Befreiungsversuch auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck ums Leben). Wenige Tage später wurde von maßgeblichen deutschen Politikern das Verbot aller palästinensischen Organisationen in der Bundesrepublik und die Ausweisung radikaler Ausländer gefordert. Bereits nach knapp 14 Tagen kam es zu ersten umfangreichen Polizeiaktionen gegen Palästinenser in der ganzen BRD. Die Solidarisierung verschiedener Gruppen und einflußreicher Persönlichkeiten mit den Betroffenen konnte die Abschiebung vieler Palästinenser nicht verhindern. Am 13. September wurde der Visumzwang für Bürger arabischer Staaten wieder eingeführt, am 4. Oktober wurden GUPS und GUPA verboten. Die Ausweisungen wurden mit pauschalen Anschuldigungen (Mitgliedschaft in GUPS/GUPA) und Vermutungen (Verbindung zu Al Fatah und „Schwarzem September") begründet, so daß von ihnen „praktisch jeder Palästinenser getroffen werden konnte... Nur in seltenen Fällen wurden Vorwürfe wegen konkreter Aktivitäten erhoben, die über eine allgemeine politische Tätigkeit im Rahmen der Arbeiter- und Studentenorganisationen hinausging." In der Folgezeit wurden viele Aufenthaltsgenehmigungen nicht mehr verlängert. Die GUPS bezeichnete in einer Erklärung die „Begründungen" für die Ausweisungen zu Recht nur als Vorwand, um antizionistische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Speziell Mitglieder der GUPS hätten in der Vergangenheit in der westdeutschen Öffentlichkeit entschieden gegen Flugzeugentführungen, Geiselnahmen u.ä. Stellung bezogen.[22])

Ihre Fortsetzung findet diese Politik heute in der Behandlung der palästinensischen Asylanten in der BRD (siehe dazu den Artikel „Palästinensische Flüchtlinge in der BRD" in der Nr. 106 der „blätter").

Die Bundesregierung hat seither die PLO nicht anerkannt, die Teilnahme der PLO als ständiger Beobachter der UN-Organe abgelehnt und sich gegen Sanktionen der EG gegen Israel wegen dessen Libanon-Feldzug gewandt. Dagegen hat sie das für die Position der Palästinenser negative Camp David-Abkommen befürwortet. Solange sich die Bundesregierung nicht zu einer Anerkennung der PLO, der Vertreterin der Palästinenser, und zu einer klaren Ablehnung des **zionistischen** Staates Israel durchringt, bleiben ihre Erklärungen für das „Selbstbestimmungsrecht" des palästinensischen Volkes nichts als verbale Beruhigungsmittel.[23])

Konsequenzen für die Solidaritätsarbeit

Diese in den vorangegangenen Abschnitten beleuchtete enge Verflechtung der Bundesrepublik mit dem Staat Israel muß für die Arbeit der Solidaritätsgruppen in diesem Bereich Konsequenzen haben. Es gibt wohl auch – gerade wegen dieser engen Verbindungen, die ja historische Gründe haben – kaum eine Region dieser Welt, die für eine Informations- und Solidaritätsarbeit derartig schwierige „Vorbedingungen" im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung

hat. Nur eine differenzierte Argumentations- und Unterstützungsarbeit kann dem rasch auftauchenden Vorwurf des Antisemitismus standhalten. Trotz dieser Schwierigkeiten gibt es natürlich keinen vernünftigen Grund, das von der deutschen Solidaritäts-Bewegung viel zu wenig „bearbeitete" Gebiet weiterhin nur so am Rande zu behandeln. Zur Verwirklichung einer gemeinsamen Perspektive von Juden und Arabern in diesem Raum ist es sicherlich notwendig, die zionistischen Strukturen des Staates Israel zu überwinden (ganz gleichgültig, welche der z.Zt. diskutierten Lösungen schließlich verwirklicht wird). Da der Staat Israel seine jetzige Politik nur mit massiver Unterstützung von außen, u.a. von der Bundesrepublik, aufrechterhalten kann, muß von der Bundesregierung neben der Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes und seiner Vertreterin, der PLO, der Abbruch der Entwicklungshilfe und der sonstigen Unterstützung für Israel gefordert werden. (Damit sind *nicht* die Zahlungen an einzelne Opfer des NS-Regimes, die heute in Israel leben, gemeint). Dies scheint mir vordringlich. Die materielle und politische Unterstützung verschiedener Projekte (Studenten der Bir Zeit-Universität z.B.) oder Bewegungen (PLO, kritische bzw. linke jüdische Organisationen) darf diese Forderungen an die Bundesregierung nicht ersetzen, ist aber selbstverständlich kein Widerspruch zu denselben. bm

Anmerkungen

1) H. Abdel Hadi u.a.: BRD, Israel und die Palästinenser, Köln 1973, S. 44
2) Jekutiel Deligdisch: Die Einstellung der Bundesrepublik Deutschland zum Staate Israel, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 14 f und 152 f
3) Rainer Bernstein: Zur Rezeption Israels in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders. (Hg): Friedenskräfte in Israel, Berlin 1981, S. 10
3a) Kenneth Lewan: Sühne oder neue Schuld: Für eine neue Nahost-Politik, in: BRD und Dritte Welt, Nr. 4: Palästina, Hg. Fr. Ernst/IKA und BUKO, Kiel 1982, S. 10
4) J. Deligdisch, S. 20 f
M. Abediseid: Die deutsch-arabischen Beziehungen, Stuttgart 1976, S. 50 - 55
Teddy Preuss: Ein peinlicher Streit ums Geld, in: DIE ZEIT, 30.10.1981
5) M. Abediseid, S. 66 f
6) Abdel Hadi, S. 45 - 51
Teddy Preuss, a.a.O.
7) H. Jendges: Israel, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Berlin 1973
8) M. Abediseid, S. 88
Teddy Preuss, a.a.O.
9) Teddy Preuss, a.a.O.
10) Abdel Hadi, S. 58 f
11) ders., S. 60
12) ders., S. 60 - 62
13) F. Büttner/Th. Scheffler: Die Nahostpolitik der Sozialliberalen Koalition, in: Reiner Steinweg (Red.): Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt, Frankfurt 1982, S. 163
Kenneth Lewan: Sühne oder neue Schuld..., S. 17
14) Kenneth Lewan: Die Bundesrepublik zwischen Neigung, Pflicht und Druck, in: Adams u.a.: Nahost-Konflikt und Menschenrechte, Eurabia, Deutsch-Arabische Gesellschaft (Hg.), Berlin 1981, S. 118
F. Büttner, S. 140, 142, 163
15) Abediseid, S. 148 - 163
Abdel Hadi, S. 52 - 55
Deligdisch, S. 56 - 58 und 94 f
16) Abediseid, S. 182 - 188, Zitat: S. 186
Deligdisch, S. 98 f.
17) Abdel Hadi, S. 55 - 58
18) F. Ernst: Thesen zum Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel/Palästina, in: BRD und Dritte Welt Nr. 4: Palästina, a.a.O., S. 4
18a) G. Wallraff: Das BILD-Handbuch, Hamburg 1981, S. 74 f
19) Kenneth Lewan: Sühne oder neue Schuld..., a.a.O., S. 10
Büttner, S. 141 f
Abediseid, S. 121 f
F. Ernst: Thesen..., S. 4 f
20) F. Ernst: Thesen..., S. 5
21) K. Lewan: Sühne..., a.a.O., S. 12
22) Abdel Hadi, S. 18 - 24, S. 187 f, Zitat: S. 116
23) F. Ernst: Thesen..., a.a.O., S. 5 f
K. Lewan: Sühne..., a.a.O., S. 18 f

Israels Waffenexport

Israel nimmt den 1. Platz in der Liste der Waffenexporteure ein. Über 50 Prozent gehen nach Lateinamerika, wo Argentinien der wichtigste Kunde ist. Dieser Export ist einer der Hauptgründe für das Wachstum der israelischen Rüstungsindustrie. Israels Rüstungsgüter sind zum großen Teil denen anderer Industrienationen nachgebaut oder enthalten aus dem Ausland stammende elektronische Bestandteile oder Motoren. Obwohl die Ausfuhr von Rüstungsgütern aus den USA gesetzlich beschränkt ist, enthielt Israels Waffenexport soviel aus den USA stammende Bestandteile, daß US-Produzenten Konkurrenz auf dem aus- und inländischen Markt fürchteten. Israelische Rüstungsmanager schätzen, daß durch die striktere Anwendung des Gesetzes zur Kontrolle der Waffenexporte unter Carter die US-Industrie einen Markt von 3 Milliarden US-Dollar verlor. Israel verkaufte die infrarotgeleitete, einem US-Modell nachgebaute Luft-Luft-Rakete Shafir an die potentiellen Kriegsgegner Chile und Argentinien. Der Düsenaufklärer Westwind ist mit einem US-Triebwerk ausgerüstet. Das Kampfflugzeug Mystere ist einem französischen Flugzeug nachgebaut und wird ebenfalls von US-Motoren angetrieben. Im Falle des der Mirage nachgebauten und mit einem US-Triebwerk ausgestatteteten Kampfflugzeuges Kfir gelang es Israel nicht, das US-Exportverbot unter Carter zu umgehen. Nachdem US-Präsident Reagan das Verbot aufhob, verkaufte Israel je 12 Kfir an Exuador und Kolumbien. Weitere Abschlüsse werden erwartet.
Neben den genannten Flugzeugtypen exportiert Israel das Arava (STOL) Transportflugzeug, das auf kurzen Pisten landen und starten kann und deshalb für den Guerillakampf geeignet ist, Panzerwagen und kleine Waffen. Israel bestritt 98 Prozent der Waffenkäufe der Diktatur Somozas im letzten Jahr vor deren Sturz und 81 Prozent der ausländischen Waffenkäufe El Salvadors von 1972 – 1977. Die Beziehungen Israels zu Guatemala sind bereits älteren Datums. So hat die Kenedy-Regierung Israel Anfang der 60er Jahre um die Durchführung eines „civil action"-Programms nach dem Vorbild paramilitärischer Jugendausbildung in Israel gebeten. Gleichzeitig lieferte Israel auch eine kleinere Menge von Waffen und Ausbildung. Größere Waffengeschäfte wurden dann unter der Präsidentschaft von General Garcia getätigt, der Israel 1971 und 1974 im Jahr seines Amtsantrittes besuchte. Als die USA im Zuge ihrer Menschenrechtspolitik 1977 ein Waffeneembargo verhängten, verkaufte Israel zehn Aravas und zehn RBY-1 Panzerwagen. Bis Mitte 1981 lieferte es außerdem 50 000 Galil-Sturmgewehre, auf die sich besonders Guatemalas Todesschwadrone spezialisierten, 1000 Maschinengewehre, 15 Transportflugzeuge und mindestens fünf Großtransport-Helicopter. Eine besondere Rolle hat Israel auch in Nicaragua gespielt. Dort war unter anderem eine vom Sohn Anastasio Somozas geführte Sondereinheit mit Galil-Sturmgewehren ausgerüstet. Die 14 Aravas wurden mehrfach zur Bombardierung der Zivilbevölkerung der Städte Managua, Leon, Matagalpa u.a. eingesetzt. (aus: Pax christi, Sept/Okt. 1982)

„Ich schäme mich als Israeli"

Interview mit einem israelischen Kommunisten

Hans Lebrecht lebt und arbeitet als Journalist in Tel Aviv. Er ist 2. Vorsitzender des israelischen Verbandes antifaschistischer Widerstandskämpfer und Opfer der Nazis. Er wurde 1915 in Ulm geboren und ist 1938 vor den Nazis nach Palästina geflüchtet, wurde 1940 zum 1. Mal von der britischen Mandatsverwaltung verhaftet. Hans Lebrecht war aktiver Gewerkschafter, er trat 1945 in die Kommunistische Partei ein und wurde 1954 wegen antimilitaristischer Aktionen in Haifa verhaftet. Er ist seit 1975 Mitglied des Zentralkomitees der KP. 1978 wurde er in einem Prozeß wegen angeblicher Spionage für die PLO freigesprochen.
Im Folgenden drucken wir Auszüge aus einem Interview, das die Freiburger „Stadtzeitung" im September 1982 mit Hans Lebrecht führte. Die Fragen, die in diesem Interview angesprochen werden, finden sich fast alle ausführlich in den verschiedenen Artikeln unseres Themenblocks. Eine Veröffentlichung des Interviews erschien uns dennoch als sinnvoll, da es eine Stimme der gegenwärtigen israelischen Opposition dokumentiert.

– Red. –

Frage (F): *Wie stehst du als Israeli zu dem Massaker im Libanon?*

Antwort (A): Ich schäme mich als Israeli, daß so etwas geschieht. Das ist nicht das erste Massaker, das man macht. Massaker hat es schon früher gegeben – nicht in dem Maße – aber in kleinem Maßstab. Die Sache von Deir Yassin ist ja bekannt, die Begins Leute 1948 gemacht haben; ich kann euch versichern, daß es schon damals Dutzende solcher Deir Yassins gegeben hat, nicht nur eines. Die sozialdemokratische Regierung hat damals nur interessiert, das Massaker von Begin aufzuweisen, um die anderen zu vertuschen. Das Ziel war, eine Panikstimmung zu entfachen, damit die Araber dort weglaufen. Und es ist zum großen Teil gelungen; von daher auch die vielen Flüchtlinge, die ja zum Teil jetzt auch im Libanon leben. Wir dürfen nie vergessen – und die zionistische Propaganda läßt es gern vergessen – daß die Palästinenser im Libanon nur als Folge ihrer Vertreibung aus ihrem Heimatland leben. Und die wollen wieder in ihre Heimat zurück. Die sind ja gar nicht daran interessiert, im Libanon zu bleiben. Nur infolgedessen, daß die israelischen Regierungen seit 1948 immer wieder betonen, daß sie keinen einzigen Flüchtling zurück nach Israel lassen, sind sie im Libanon, in Syrien und Jordanien; deshalb ist auch ein großer Teil der jordanischen Bevölkerung Palästinenser...

F.: *Was meint die Opposition in Israel zu den Ereignissen im Libanon?*

A.: Seit dem Libanonkrieg?

F.: *Ja.*

A.: Es gibt erstmal die „Große Opposition", die Sozialdemokratische Partei, die an sich von der Spitze her gar nichts macht. Die Führung hat stillgehalten und ist im Grunde genommen auch einverstanden gewesen mit der ersten Kriegsziel-Lüge, nur 40 km nördlich der israelischen Grenze einzunehmen, um den Frieden in Galiläa zu machen. Bevor der Angriff auf Beirut war, hat die Führung schon gesagt, das führe zu weit und vor allem, es würde unsere Freunde in Amerika gegen uns aufbringen und dem Ansehen Israels gewaltigen Abbruch tun. Vergessen wir nicht, daß diese „Opposition" bis 1977 an der Regierung war



Israelischer Protest gegen das Massaker in Beirut

und die Okkupation, die kolonialistische Besiedlung und den Landraub in erster Linie selbst vorbereitet hat. Die Begin-Regierung führte dies nur noch extremistischer fort. Man muß dazu natürlich sagen, es gibt außerdem die große Opposition auf der Straße.

F.: *Gibt es außer der KP eine nennenswerte Opposition zu diesen expansionistischen Plänen?*

A.: Ja, heute. Sie hat sich eigentlich erst in letzter Zeit entwickelt. Bei den früheren kriegerischen Verwicklungen – eigentlich ist das immer noch derselbe Krieg seit 1948, der noch nicht zu Ende ist – gab es außer den Kommunisten und ihnen Nahestehenden kaum eine Opposition. Manchmal wuchs sie etwas an aber während der Kriegshandlungen waren die Kommunisten immer völlig isoliert und hatten einen sehr schweren Stand. Das hat sich gründlich geändert, schon im Frühjahr entstand eine große Bewegung – auch unter Beteiligung der Kommunisten und Jungkommunisten. Es kam zu einer großen Protestbewegung gegen den eskalierten Besatzerterror. Mit Beginn der Libanonaggression entwickelte sich die Protestbewegung in eine Opposition, wo auch Parlamentarier mitmachten. Ich meine die „Demokratische Front für Frieden und Gleichheit", in der die Hauptkomponente die KP Israels ist; aber auch andere Knesset-Mitglieder marschierten da mit. Es ging bis in bürgerlich-liberale Kreise, Sozialisten, die Rechten nicht und die Linken ja – das ist bei uns schwer zu sagen, wer rechts und links ist – da gehts zusammen mit Kommunisten und Nichtkommunisten. Die Frage ist heute nicht, die ideologische Trennung zwischen Kommunisten und Zionisten, sondern, wer ist für den Krieg und wer ist gegen den Krieg. Wer unterstützt den Bonbenterror, den fürchterlichen Besatzerterror, die Massenmorde und die Kriegsverbrechen und wer steht dagegen auf. Das ist die Hauptfrage.

F.: *Welche Rolle spielte die KP Israels bei der Staatsgründung?*

A.: Wir Kommunisten haben die Staatsgründung unterstützt. Der wichtigste und der erste Punkt dabei war der Schluß mit dem britischen Kolonialregime, das Selbstbestimmungsrecht der beiden in Palästina lebenden Völker und das Recht auf Eigenstaatlichkeit. Aus objektiven Gründen war das damals leidernicht möglich, daß ein gemeinsamer Palästinastaat entstand. Und ich möchte das betonen, in erster Linie wegen der Torpedierung dieser Sache durch die britische Kolonialmacht und durch die Stellungnahmen der zionistischen Reaktion und der arabischen Reaktion. Und dann gab es schon Kriegshandlungen und die Alternative war dann die Gründung zweier Staaten mit einer internationalen Verwaltung für Jerusalem. In der Gründungsurkunde des Staates Israel steht ausdrücklich drin, daß der Staat für die Durchführung der UNO-Resolutionen vom November 1947 eintritt, die das beinhalten. Deshalb haben wir da zugestimmt.

F.: ... *Kannst du etwas zur Entwicklung der Kibbuz-Bewegung sagen?*

A.: Die Kibbuz-Bewegung entstand schon früher, 1908 war der erste Kibbuz gegründet worden. Die Kibbuz-Bewegung entstand aus verschiedenen Motiven heraus. Der Zionismus, der an sich die bürgerliche Ideokogie unter den Juden vertritt, hatte damals das Interesse, jüdische Werktätige von den Sozialisten in Rußland und Polen abzuspalten: „Wenn ihr Sozialismus wollt, kommt nach Palästina und errichtet dort einen eigenen jüdischen, sozialistischen Staat." Die andere Seite ist die, daß man den Fellachen den Boden weggenommen hat, gekauft bei den Bankiers und den Großgrundbesitzern; die meisten haben in Beirut oder sogar in Nizza gesessen. Das war ein eigenes kompliziertes System und es würde zu weit führen, das hier auszuführen. Der Boden wurde immer ohne die Bevölkerung verkauft, d.h. Vertreibung der Fellachen, oder der in der Landwirtschaft beschäftigten Araber. Die Fellachen ließen sich das gar nicht so gefallen, die haben dagegen angekämpft. Da war es ganz günstig, eine in sich geschlossene Gesellschaft zu haben, die sich mit Idealen beschäftigte. Das wurde dann mit einem großen Mythos aufgebaut, in einer Nacht da so eine Wehrsiedlung hinzustellen, die Pioniere, die dann den Boden bearbeitet haben mit dem Gewehr in der Hand und sich gegen die bösen „Barbaren" verteidigt haben. Für diese Leute, die Neueinwanderer waren und die das gar nicht verstanden, wurde es so hingestellt, daß das arabische Barbaren seien, die gegen Europäer und überhaupt gegen Juden seien und sie abschlachten wollten. Denen hat man nicht erzählt, daß man ihnen ihren Boden weggenommen hat. Das ist der Gründungshintergrund der Kibbuzim. Nun, der Kibbuz in seiner Form ist ein Kollektiv, eine genossenschaftliche Siedlung, der für sich eine sozialistische Familie bildet von 500 bis 2000 Mitgliedern, und damit hat sichs mit dem Sozialismus. Die Kibbuz-Bewegung war in der Praxis nie solidarisch mit Streiks und Arbeiterkämpfen, da haben sie immer gewagt: „Wozu braucht ihr draußen zu kämpfen gegen die Kapitalisten, kommt zu uns in den Kibbuz."



Der schwierige Weg nach Palästina

Die Sondermarke des Jüdischen Nationalrates in Palästina mit der Aufschrift „Ansiedlungs-Notopfer" gehörte während des britischen Mandats zu jenen Sondersteuern in der zionistischen Kolonie, mit denen die Errichtung neuer Siedlungen finanziert wurde. Diese Briefmarke ist – unfreiwilliges – Symbol für die ‚Wagenburg-Ideologie' in der jüdisch-israelischen Gesellschaft. Nur mit der Überwindung dieser Ideologie, mit einer durchgreifenden De-Zionisierung der jüdisch-israelischen Gesellschaft kann eine Lösung der Palästina-Frage gelingen und damit eine erneute menschliche Katastrophe verhindert werden.

F.: *Diese Art von Siedlungspolitik wird ja auch in den besetzten Gebieten betrieben?*

A.: Genau. Auch ohne Kibbuzim. Ich würde da noch etwas zum Einfluß der Kibbuzim hinzufügen: Es leben heute etwa 2,8 % der jüdischen Bevölkerung in Kibbuzim und nicht mehr. Allerdings ist der Einfluß größer. In der landwirtschaftlichen Produktion haben sie einen ziemlich großen Anteil, sogar in der Industrieproduktion produzieren sie 7 % mit ihren kapitalistisch betriebenen Betrieben, die dem Kibbuz gehören, wo sie Lohnarbeiter, fremde Lohnarbeiter, ausnützen, wo die Kibbuzleute nur die Direktoren und die Vorarbeiter sind.

F.: *Wie beurteilst Du die Rolle der USA und die Zusammenarbeit der israelischen Regierung, die jeweils an der Macht ist, mit den USA?*

A.: Die USA unterstützen Israel. Ohne die Unterstützung der USA – militärisch, wirtschaftlich und politisch – könnte die israelische Regierung – und das gilt auch für die Regierung, die vor 1977 war – nicht das tun, was sie gemacht hat und was sie jetzt macht. Der einzige Unterschied in der neuen Situation ist, daß früher – sagen wir im 67er Krieg und danach – Israel mit Unterstützung der USA bzw. den imperialistischen und extremistischen Kreisen dort, der militärischen Rüstung und des Monopolkapitals der Amerikaner gehandelt hat. Das neue bei der Libanon-Aggression war, daß es nicht nur eine US-Unterstützung war, sondern diesmal eine gemeinsam abgekartete Aktion mit den US-Imperialisten, die heute den Konfrontationskurs einschlagen, natürlich verfolgen die USA ihre globalstrategischen Ziele wie z.B. mit dem Camp-David-Abkommen, mit dem angeblichen Frieden zwischen Israel und Ägypten. Damit haben sich die Amerikaner einen Militärstützpunkt im Sinai geschaffen und einer der beiden Luftstützpunkte im Negev wird von den Amerikanern sogar direkt gebaut

und wird ihnen zur Verfügung stehen. So geht es jetzt ja auch weiter. Eines der gemeinsamen Kriegsziele der USA und Israels ist es z.B., im Libanon eine Marionettenregierung zu schaffen, die dann wieder so einen angeblichen Frieden mit Israel macht, wobei die USA unter dem Deckmantel einer multinationalen Truppe ihren Militärstützpunkt aufbauen will, dieses Mal noch näher heran an die Südflanke der Sowjetunion.

F.: *Du als Jude und oppositioneller Israeli, wie beurteilst du die immer häufiger auftretende Erscheinung, daß Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt wird? Darin liegt doch die Gefahr, daß die Palästinenser die Neonazis als Freunde bekommen.*

A.: Das ist keine neue Frage. Es hat sich herausgestellt, auch in der Geschichte, daß besonders die radikalen Zionisten eigentlich immer ganz gern mit den Antisemiten zusammengearbeitet haben. Die waren immer zufrieden über antisemitische Pogrome. Damit haben sie wieder Flüchtlinge, die nach Palästina kommen sollten. Man muß sehen, daß die reaktionärste Reaktion der einen Seite mit der reaktionärsten der anderen Seite sich einander – objektiv wenigstens – in die Hände spielt. Ich möchte irgendwie einen gewissen Abstand nehmen von den ganzen Losungen, daß z.B. die Massenmorde und Kriegsverbrechen, die im Libanon stattfinden, daß die mit der Endlösung, mit dem Holocaust und den Nazis zu vergleichen wären. Die Nazis haben damals gesagt: „Die Juden sind Untermenschen". Begin sagt, daß die Palästinenser ein zweibeiniges Ungeziefer seien, das ausgerottet werden muß. Im Radio und Fernsehen darf überhaupt nicht mehr das Wort „Palästinenser" erwähnt werden. Da sagt er nur noch: „Mörder" und „Terroristen". Und man redet von der Ausrottung, von der Ausräucherung der Nester dieser Terroristen. Das ist ein Jargon, der früchterlich ist, der an sich jeden aufregen muß, besonders Leute, die die Nazizeit, die Nazihölle mitgemacht haben. Aber trotzdem muß man doch einen Unterschied machen. Jeder historische Vergleich hinkt. Die Zielsetzung dieser extremen Zionisten spricht eigentlich von der Ausrottung der Widerstandsbewegung. Von der Ausrottung und Auslöschung des Palästina-Volks als Volk, nicht der Individuen. Die müssen in alle Welt zerstreut werden; die müssen ermordet werden, möglichst viele, damit eben keine nationale Einheit mehr entsteht; als nationale Einheit wollen sie sie auslöschen. Da ist natürlich auch viel zu vergleichen mit dem, was die Nazis gemacht haben – in der Methode und im Weg – und trotzdem ist es ein Unterschied. Ich würde sehr vorsichtig sein mit dem direkten Vergleich. Ja, es würde wirklich den Neonazis und den Antisemiten Wasser auf die Mühlen sein, die dann sagen: „Guck, die Juden: Holocaust, die Endlösung, die machen jetzt dasselbe". In Israel wird das sogar auch gesagt: „Die Endlösung für das palästinensische Problem". Aber trotzdem muß man da sehr vorsichtig sein, denn es ist doch nicht genauso, der Vergleich hinkt. Es ist ein Unterschied, genauso wie es einen Unterschied gab zu dem, was die Türken im Ersten Weltkrieg mit den Armeniern machten – obwohl das auch Genozid war und Völkermord – und dem, was die Nazis dann machten unter anderen Losungen und mit anderen Methoden. Es gibt noch keine Gaskammern für die Araber, obwohl es auch schon Losungen gibt: „Die Araber in die Gaskammern!", aber es gibt keine. Und das ist Schmierfinkerei.

F.: *Kannst du uns zum Schluß noch etwas zur Stellung der KP zur PLO sagen. Ihr habt ja auch schon Kontakte zur PLO gehabt, als erste offizielle jüdische Organisation überhaupt. Welche Vorstellungen habt ihr zur Beilegung des palästinensischen Konflikts?*

A.: Die kommunistische Partei ist keine jüdische Partei, es ist eine jüdisch-arabische Partei – ich möchte das betont wissen. Ob organisatorisch oder in all ihren Gliederungen: Die arabisch-jüdische Einheit ist da sehr wichtig. Ich kann sagen: Wir sind solidarisch mit dem arabischen Volk von Palästina. Wir sind es schon immer gewesen und arbeiten mit ihnen zusammen. Die PLO sehen wir als die einzig legitime und einzig anerkannte Vertretung des Palästinavolkes an. Und sie ist heute auch weltweit anerkannt. Sie hat ihre Stellung in der UNO. Die KP Israels ist da mitbeteiligt. Die Folge der – ich würde sagen – realistischeren Entwicklung innerhalb der PLO und ihrer Führung, den dominanten Kräften in der PLO hat erst dazu geführt, daß es eine enge Freundschaft und Solidarität gibt zwischen der KP Israels und nicht nur mit der KP Israels, sondern auch mit ihren Frontpartnern in der demokratischen Front für Frieden und Gleichheit mit der PLO. Eine weitere Folge ist, daß es mit der PLO, wie wir schon sagten, auch direkte Kontakte gegeben hat und ich hoffe, auch weiter geben wird. Wir sind gegenseitig solidarisch, so wie am 13. Nationalkongreß der PLO zum Ausdruck kam, daß die PLO sich solidarisch mit den demokratischen Kräften in Israel, die für einen palästinensisch-israelischen Frieden kämpfen, erklärt. Wir schätzen die PLO so ein, daß sie eine gute, positive Entwicklung genommen hat und heute praktisch – nahezu jedenfalls – dieselben Ziele verfolgt wie die kommunistische Partei und ihre Frontpartner auf dem Weg zu einem realistischen Frieden.

Wie sehen wir den Frieden? Es würde zu weit führen, ihn in allen Einzelheiten zu erläutern. Die Hauptpunkte: Vorbedingung für einen möglichen Frieden ist, daß sich Israel, israelische Truppen und die israelische Regierung aus allen seit 1967 besetzten arabischen Gebieten – inclusive jetzt natürlich Libanon – zu den Linien vom 4. Juni 1967 zurückziehen muß. Die kolonialistischen Siedlungen müssen abgebaut werden. Zu diesen Grenzlinien von 1967 gehört natürlich auch, daß der arabische Teil von Jerusalem zu dem Palästinastaat und der israelische Teil zu Israel gehört. In Friedensverhandlungen kann man eine offene Stadt ausarbeiten. Zu unserem Friedensplan gehört dazu, daß die palästinensischen Flüchtlinge noch vom 48er und 67er Krieg und allem, was dazwischen und danach war, entsprechend den UNO-Beschlüssen das Recht erhalten müssen, zwischen der Rückkehr in ihre Heimat oder dem Erhalt von Kompensationen zu wählen. Der Weg, der unserer Meinung nach einzuschlagen ist, das ist auch der Weg, der von der UNO beschlossen ist. Das ist der Weg über eine Friedenskonferenz unter Beteiligung aller am Konflikt beteiligten Seiten, inklusive der PLO als Vertreter vom Palästinensischen Volk und Israel natürlich und den USA und der UDSSR; denn wir glauben nicht, daß ohne Mitwirkung dieser beiden Staaten der Frieden garantiert werden kann. Bei der Friedensverhandlung können auch andere Staaten, die daran interessiert sind, teilnehmen. Wir glauben, das ist der einzig realisierbare und realistische Weg, der übrigens auch in den Beschlüssen von Fes zum Ausdruck kommt: Anerkennung und Respektierung der Rechte aller Staaten und es muß die territoriale Integrität garantiert werden, Sichere Grenzen für alle Staaten, einschließlich des Palästinastaates und des israelischen Staates.

●

Moral in Deutschland: Antizionismus, Antisemitismus und die Linke

Israels Aggression gegen die PLO und den Libanon, zumal die von Israel mitzuverantwortenden Massaker von Sabra und Schatila haben nicht nur in Deutschland die Beziehungen zwischen den meisten Juden und vielen nichtjüdischen Freunden, Sympathisanten oder solidarischen Kritikern Israels verdorben.
In der Septemberausgabe 82 des publizistischen Flaggschiffes der amerikanischen Neokonservativen, der vom American Jewish Committee herausgegebenen Monatszeitschrift 'Commentary' wirft sich der Herausgeber, Norman Podhoretz, in die Pose eines Emile Zola und hält dem größten Teil der amerikanischen Presse, die Israel kritisierte, ein flammendes 'J'accuse' entgegen[1].
Podhoretz setzt sich in diesem Artikel kritisch mit den Vergleichen auseinander, mit denen ein großer Teil der amerikanischen Presse Israel bedachte: mit Nazideutschland, mit dem Vorgehen der amerikanischen Luftwaffe in Hiroshima und Nagasaki, mit dem antiken Sparta, dem Haiti Doc Duvaliers und, was den Antikommunisten Podhoretz besonders erbitterte, mit der Volksrepublik Vietnam. Er unternimmt in diesem Artikel den Versuch, *antisemitische* von *nicht-antisemitischen* Formen der Kritik abzugrenzen. Das Ergebnis dieses Versuchs ist, daß all jene Kritik an Israel, die mit zweierlei Maß mißt, also vergleichbare militärische Aktivitäten anderer Regimes milder oder gar nicht verurteilt als antisemitisch zu bezeichnen sei - und zwar unabhängig davon, ob sie von Juden oder sonst jemand vorgebracht wird. Antisemitisch verhielte sich demnach etwa jemand, der das israelische Vorgehen im Libanon kritisiert, ohne sich im gleichen Ausmaß moralischer Empörung um die Opfer der iranisch-irakischen Kriegs oder um die 20.000 von Syriens Assad umgebrachten Muslimbrüder zu kümmern.[2]. In diesem Zusammenhang weist er auch die linke Kritik an Israel zurück - weil es, trotz aller Proklamationen linker Zionisten natürlich nie das Ziel Israels gewesen sei, das jüdische Volk zu perfektionieren. Im Gegenteil: Der Zweck der Staatsgründung sei gewesen, das jüdische Volk zu normalisieren. Oder anders ausgedrückt: »Wenn die Perfektionierung des jüdischen Volkes das Ziel des Zionismus sein sollte, so würde dies nichts anderes bedeuten, als daß ein nicht ganz so perfektes Israel kein Existenzrecht besitze.«
Damit wären aber alle Argumentationen der Art, daß doch gerade die Juden als ehemalige Opfer und Verfolgte besonders dazu aufgerufen seien, eine moralische Politik zu betreiben, zutiefst antisemitisch.
Ich habe Argumente aus Podhoretz Essay in dieser Breite referiert, um darauf hinzuweisen, daß die Diskussion, ob und wie man Israel und den Zionismus kritisieren dürfe, keineswegs nur ein bundesdeutsches oder gar innerlinkes Problem ist, sondern anderswo auf der Welt mindestens ebenso hart und leidenschaftlich ausgefochten wird.

Die besonders historische Belastung der Auseinandersetzung in Deutschland

Freilich sind die Randbedingungen dieser Diskussion hier erheblich anders gelagert. Während in den USA die Auseinandersetzung von der Frage der Stellung der USA in der heutigen Weltpolitik geprägt ist, also den Widerstreit zwischen den proarabischen und proisraelischen Flügeln der großen Parteien, also zwischen einer Öl- und einer Ideologenlobby ausdrückt, steht hier immer wieder und unvermeidlich die Frage nach Deutschlands Stellung in der Geschichte im Vordergrund.
Fragen nach der geschichtlichen Stellung eines Volkes sind aber meist Identitätsfragen, macht sie daher kompro mißunfähig und gibt ihnen jene Hilflosigkeit und eigentümliche Bitterkeit, die z. B. aus dem folgenden Leserbrief an eine große Illustrierte spricht: »Die israelischen Soldaten ließen die Wölfe in dem Schafstall und stopften sich Watte in die Ohren. Wie konnten ausgerechnet die Söhne der einst von den Nazis Verfolgten so etwas geschehen lassen?« Und ein anderer Leserbrief läßt sich über Sabra und Schatila scheinbar tolerant aus, um damit aber nur sein Einverständnis mit dem Nationalsozialismus zu bekunden: »Wer will diesen Massenmord verurteilen? Vielleicht wir *Deutschen, die wir vor erst vierzig Jahren gleiches getan haben?*« (Hervorhebung M.B.)



Diesselbe Bitterkeit prägt aber auch die hier lebenden Juden, denen sicher nichts schlimmeres geschehen konnte, als ausgerechnet in Deutschland, in dem es sich eh nur mit Schmerzen und Verdrängungen leben läßt, einer Diskussion ausgesetzt zu werden, die ihre kollektive Identität

als einzigartige Opfer und im Staate Israel Wiederauferstandene bedroht. So schrieb der jüdische Vorsitzende des Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit, Landesrabbiner Dr. Levinsohn: »Der Libanonkonflikt hat für viele von uns in diesem Lande eine zwar schmerzliche, aber nichtsdestotrotz seelenhygienische Wirkung gezeitigt: Die Spreu wird vom Weizen geschieden, die Stunde der Wahrheit ist angebrochen – für Juden wie für Nichtjuden.«

Die Auseinandersetzung um den Libanonkonflikt, die beileibe nicht nur ein Problem der Linken ist, ist Ausdruck eines deutschen Dilemmas, das alle Varianten deutscher Politik berührt, auch die der Linken. Worin besteht dieses Dilemma?

Für eine selbstbewußt werdende politische und ökonomische Großmacht wie die Bundesrepublik stellt die nationalsozialistische Vergangenheit in erster Linie eine Störgröße, eine allmählich abzutragende Hypothek dar, die während langer Jahre den innen- und vor allem den außenpolitische Spielraum empfindlich einschnürte.[3]

Das deutsche Dilemma besteht nundarin, die moralische Hypothek der Schuld am Nationalsozialismus übernommen haben zu müssen, um nach dem Kriege überhaupt wieder politikfähig werden zu können. Die sogenannte 'Wiedergutmachung', die dem Adenauerregime von jüdischen Organisationen förmlich abgerungen werden mußte, war eine entscheidende Bedingung dafür, daß die Bundesrepublik im Kreise der Völker wieder als politisches Subjekt auftreten konnte.[4] Die Bedingung der Politikfähigkeit war das Akzeptieren einer durch eine moralische Hypothek eingeschränkten Politikfähigkeit. Die moralische Hypothek läßt sich nur dadurch abtragen, daß man sich ihr stellt. Nach dieser Logik stellt dann umgekehrt jeder Versuch, sich der moralischen Hypothek zu entledigen selbst einen Anlaß dar, sie zu vermehren. Wenn etwa der jetzige Fraktionsvorsitzende der CDU, Alfred Dregger noch während des hessischen Wahlkampfes davon sprach, daß es gelte, aus dem Schatten Hitlers herauszutreten, dann ist dies bezüglich der außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik ebenso kontraproduktiv wie Willy Brandts Kniefall vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos produktiv war.

In den Beziehungen der Bundesrepublik zum Staat Israel und zur arabischen Welt stellt sich dieses Problem in den letzten Jahren etwas anders dar: Die "traditionell guten' deutsch-arabischen Beziehungen haben, vor allem seit der Energiekrise 1973, eine Qualität und Dringlichkeit angenommen, die sie zu einem echten Konkurrenten der 'besonderen Beziehungen' zum Staat Israel, also der Verkörperung der moralischen Hypothek der Bundesrepublik werden ließ. Und unter diesem Gesichtspunkt erwies sich die verfehlte israelische Politik gegenüber den Palästinensern als ein ausgesprochener Glücksfall für die deutsche Außenpolitik. Denn die verfehlte israelische Politik brauchte das moralische Polster, das zur Legitimation dieser Politik stets bemühte, langsam aber sicher auf und befreite damit die Bundesrepublik, die EG und auch die USA von ihren Obligationen gegenüber Israel und ermöglichte eine moralfreie, nur an den eigenen Interessen ausgerichtete 'Realpolitik'. Pointiert könnte man sagen, daß Begins Außen- und Sicherheitspolitiker für die Bundesrepublik genau die *gleiche Funktion* erfüllt wie Adenauers West- und Brandts Ostpolitik: In allen drei Fällen hatte die Politik für Deutschland eine entlastende Wirkung. Sie verhilft der Bundesrepublik nunmehr auf den arabischen Raum bezogen – zu einer weitgehend unbelasteten, nur noch an eigenen Interessen orientierten Politik. Dies wird ganz deutlich an der Berufung des rechten FDP-Abgeordneten und Vorsitzenden der exportwirtschaftlich orientierten Deutsch-Arabischen Gesellschaft, Jürgen Möllemann, zum Staatsminister im Auswärtigen Amt.[5]

Aber wie eingangs schon bemerkt: Die deutsche Vergangenheit lastet auch über den linken Varianten deutscher Politik, auch und gerade über einer vermeintlichen antiimperialistischen Solidaritätspolitik. Sie zumal steht unter dem Verdacht, letztendlich nur *psychische und moralische Entlastungsprofite* einfahren zu wollen, wenn sie sich dem Palästinaproblem zuwendet. Wolfram Pohrt hat diesem Verdacht prägnant Worte verliehen: »Weil gerade die Linken hier weder den Nationalsozialismus noch Auschwitz begriffen haben, weil sie ersteren mit einem besonders grausamen Blutbad verwechseln, deshalb haben sie die Hoffnung nicht aufgegeben, das Unrecht, welches sie anderswo entdecken, könne Deutschland entlasten. Wenn sich die deutsche Vergangenheit schon nicht verteidigen und rechtfertigen läßt, dann soll wenigstens niemand besser sein, und schon gar nicht die Juden. Die Annahme, der Zionismus könne diesem Nachweis dienen, hat ihn für die westdeutsche Linke so außerordentlich und weit über das Maß seiner realen Bedeutung hinaus interessant gemacht.« Nun kann sich in der Tat niemand von vorneherein gegen einen derartigen Argwohn schützen; umso schlimmer ist es, wenn sich vermeintlicher Antizionismus dann auch tatsächlich und nachweislich als

Mitarbeiter von Medico International aus dem Libanon zurückgekehrt

2 Mitarbeiter von medico international, Hans Branscheid und Leo Locher sind von ihrer dreiwöchigen Informations- und Projektreise aus dem Libanon und den israelisch besetzten Westbanks zurückgekehrt.

Ziel der Reise war es, sich vor Ort zu informieren und nach geeigneten Hilfsprojekten für die weitere, längerfristige Arbeit von medico international im Libanon und den besetzten Westbanks Ausschau zu halten. Durch die Reise haben die beiden Mitarbeiter einen weitreichenden Einblick in die Bedingungen und alltägliche Arbeit der verschiedenen libanesischen Hilfsorganisationen erhalten. Neben einer Fülle von aktuellen Informationen und Eindrücken haben sie umfangreiches Bildmaterial von ihrer Reise mit zurückgebracht.

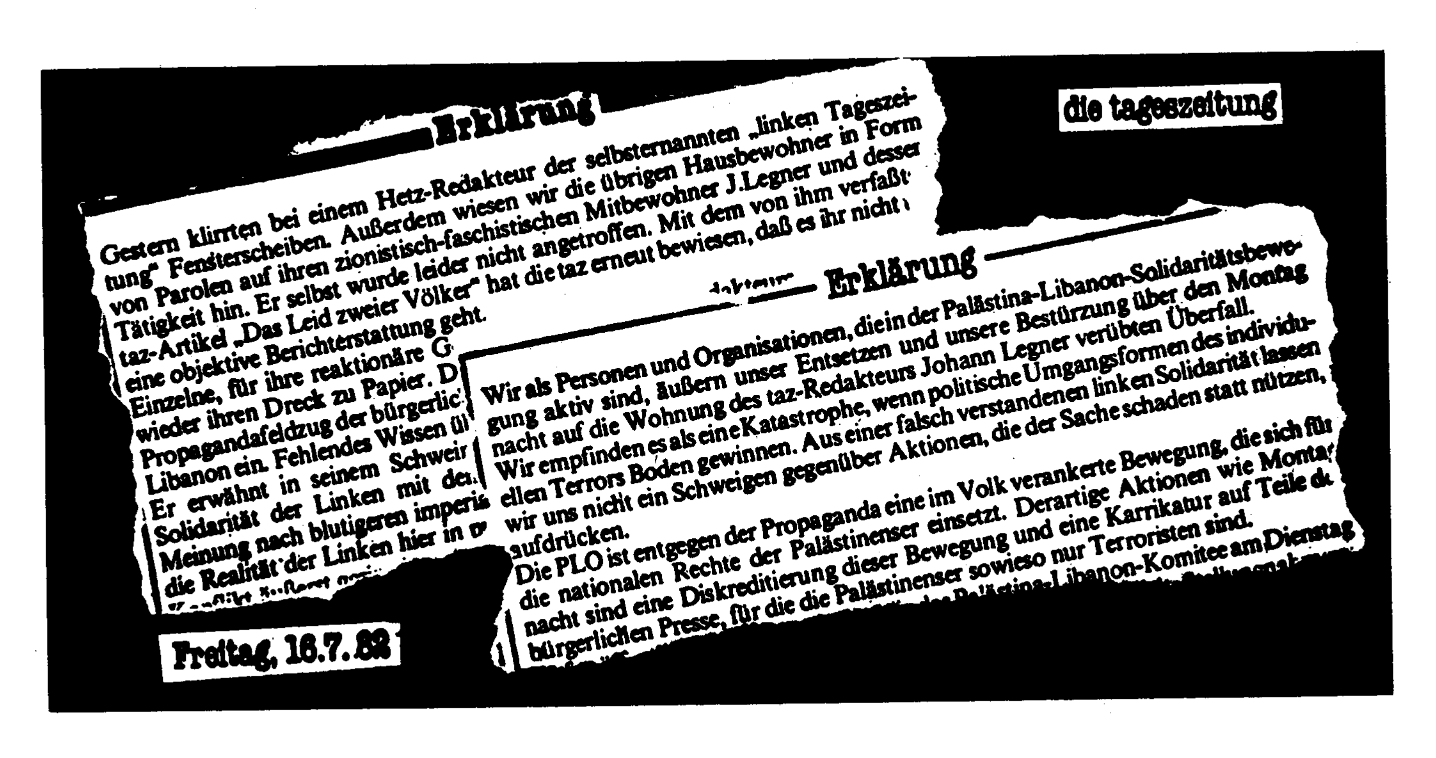
Ganz besonders erwähnenswert ist der Abstecher in die israelisch besetzten Westbanks. Hier will medico international ein Hilfsprojekt für die palästinensische Bevölkerung im Rahmen der Arbeit der Bir Zeit Universität unterstützen.

In absehbarer Zeit bringt medico international neue Informationsmaterialien zur Situation im Libanon und den Westbanks heraus.

medico international bietet allen interessierten Leuten und Gruppen die Durchführung von Veranstaltungen, Diavorträgen etc. mit den beiden Mitarbeitern über die Lage und Situation im Libanon und den Westbanks an. Auf diesen Veranstaltungen kann über alle relevanten Fragen und Probleme des Nahostkonflikts referiert bzw. diskutiert werden. Für Termine und Veranstaltungsvorschläge wird gebeten. Zu den Veranstaltungen kann kostenloses Informationsmaterial, Diaserie und eine Bildausstellung gestellt werden.

Adresse: medico international e.V., Hanauer Landstraße 147 - 149, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefon: 0611 / 49 03 50

Antisemitismus entpuppt: So geschehen in der Auseinandersetzung um den Berliner taz-Redakteur Johann Legner, dem einige 'Antimpis' aufgrund einer differenzierten Bemerkung zur Geschichte des Zionismus[6] in pogromhetzerischer Art und Weise den Eingang seines Hauses beschmierten oder wenn 'autonome' Jugendliche, die damit nur Unverstand zeigen, eine Delegation junger Israeli mit Farbbeuteln bewarfen - nur weil sie aus Israel kamen: ihre Meinung zum Libanoneinmarsch konnte den Demonstranten gar nicht bekannt sein. Und schließlich: wenn dann ein Autor wie Meino Büning - ebenfalls in der taz - diese Farbbeutelaktion rechtfertigt und bestreitet, daß sie antisemitisch gewesen sei, dann ist auch dies bei seinem Engagement für die Palästinenser auch noch eigennützige Motive im obigen Sinne mitverfolgt. Und warum ist dies Problem im Falle deutscher Kritiker jüdischer oder israelischer Politiken so besonders heikel? Doch offensichtlich deshalb, weil es *Deutsche* waren, die an Juden das entsetzlichste Verbrechen der Weltgeschichte - Hannah Arendt nennt es ein Menschheitsverbrechen - verübt haben. Und es scheint, daß diese Tat, die von Angehörigen einer heute bereits weitgehend abgetretenen Generation begangen wurde, auch noch auf die heute den Ton angebenden oder auch auf die heranwachsenden Generationen abfärbt. An dieser Stelle ist es sinnvoll, einige Begriffe zu klären, die immer wieder die Diskussion



Erklärung

Gestern klirrten bei einem Hetz-Redakteur der selbsternannten „linken Tageszeitung" Fensterscheiben. Außerdem wiesen wir die übrigen Hausbewohner in Form von Parolen auf ihren zionistisch-faschistischen Mitbewohner J.Legner und dessen Tätigkeit hin. Er selbst wurde leider nicht angetroffen. Mit dem von ihm verfaßt taz-Artikel „Das Leid zweier Völker" hat die taz erneut bewiesen, daß es ihr nicht eine objektive Berichterstattung geht.
Einzelne, für ihre reaktionäre G
wieder ihren Dreck zu Papier. D
Propagandafeldzug der bürgerlic
Libanon ein. Fehlendes Wissen ü
Er erwähnt in seinem Schweir
Solidarität der Linken mit de
Meinung nach blutigeren imperia
die Realität der Linken hier in

Freitag, 16.7.82

Erklärung

Wir als Personen und Organisationen, die in der Palästina-Libanon-Solidaritätsbewegung aktiv sind, äußern unser Entsetzen und unsere Bestürzung über den Montagnacht auf die Wohnung des taz-Redakteurs Johann Legner verübten Überfall.
Wir empfinden es als eine Katastrophe, wenn politische Umgangsformen des individuellen Terrors Boden gewinnen. Aus einer falsch verstandenen linken Solidarität lassen wir uns nicht ein Schweigen gegenüber Aktionen, die der Sache schaden statt nützen, aufdrücken.
Die PLO ist entgegen der Propaganda eine im Volk verankerte Bewegung, die sich für die nationalen Rechte der Palästinenser einsetzt. Derartige Aktionen wie Montagnacht sind eine Diskreditierung dieser Bewegung und eine Karrikatur auf Teile der bürgerlichen Presse, für die die Palästinenser sowieso nur Terroristen sind.

die tageszeitung

antisemitisch. Denn ob einer Antisemit ist oder nicht, hängt durchaus nicht von seinem guten Willen und seinen hehren Absichten ab, sondern vor allem von seiner Bereitschaft, sich unvoreingenommen zu verhalten. Bebels Wort vom Antisemitismus als dem Sozialismus der *dummen Kerls*[7] gilt immer noch und wer Dummheit rechtfertigt, mag zwar scharfsinnig sein, entgeht aber dem der Dummheit trotzdem nicht. Aber wie dem auch sei: Ist es recht und billig, aus der Erfahrung, daß zweifelsohne einige antizionistische Aktionen auch antisemitisch sind, allen Antizionisten und speziell deutschen Antizionisten, auch und gerade dann, wenn sie sich als Linke verstehen, einen geheimen Antisemitismus vorzuhalten? Sollte man gar so weit gehen, allen Deutschen das folgende anzuraten: *Da man bei einem deutschen Kritiker Israels nie sicher sein kann, daß er nicht versucht, sich selbst bzw. seine Eltern, Großeltern oder gar die ganze Nation von der Verantwortung für die Massenvernichtung der Juden zu entlasten, ist allen Deutschen anzuraten, sich in der Israel/Palästina-Frage mindestens zurückzuhalten, wenn nicht gar zu schweigen.* Ist ein derartiger Ratschlag akzeptabel und legitim?

Politische und moralische Verantwortung zu tragen heißt auch Stellung beziehen

Nun kann man natürlich bei niemanden *sicher* sein, daß er nicht - trotz erwiesener Aufrichtigkeit und trotz der Bereitschaft keine doppelten moralischen Standarts zuzulassen - um die moralische Verantwortung der Deutschen bestimmen und vernebeln: *Schuldig* kann man nur werden, wenn man eine Tat selbst begangen hat oder hätte verhindern können.

Scham kann man sowohl über eigene als auch über die Taten solcher Personen empfinden, denen man sich in irgendeiner Weise verbunden fühlt.

Die *Schande* endlich kann jeden und alle Angehörigen einer Gruppe treffen, deren Mitglieder einmal schuldig geworden sind, unabhängig davon, ob andere einzelne oder viele schuldig wurden oder Scham empfanden. Mithin ist es auf jeden Fall die Schande, die auch heute noch über Deutschland liegt. Schande ist kein rational zurechenbarer moralischer Begriff, da er sich zwar auf die Verantwortlichkeit für Handlungen beziehen *kann*, sich keineswegs aber nur auf Schuldige bezieht.

Es hat seinen guten Sinn, wenn man davon redet, daß auch ein unschuldiges Opfer durch die Tat, die ihm widerfahren ist, der Schande anheimfällt. Das Wort 'schänden' erinnert daran.

Es ist mit Sicherheit kein Band der Schuld, das die unterschiedlichen Generationen von Deutschen seit der Zeit des Nationalsozialismus verbindet, sondern allenfalls ein Band der Schande, evtl. der Scham und der politischen Verantwortung bzw. - geschäftsmäßig gesprochen - der *kollektiven Haftung*. Vor allem aber scheint mir eine spezielle *politische Verantwortung* zu bestehen: nämlich für die eigene, durch die grauenvollen Verbrechen z. T.

schuldig gewordene ältere Generation; Verantwortung für das mit einer moralischen Hypothek belastete Staatswesen Verantwortung für die ehemaligen Opfer und deren Nachkommen sowie schließlich Verantwortung für die Opfer der Opfer, hier die Palästinenser. Aber läßt sich die Übernahme solcher Verantwortung auch positiv begründen oder läßt sich letztlich sagen, daß jeder Versuch, ohne Berücksichtigung der nationalsozialistischen Vergangenheit Nahostpolitik zu betreiben, sich dem Verdacht der Verdrängung und Meidung dieser Vergangenheit aussetzt und damit der Verharmlosung des Nationalsozialismus Vorschub leistet?



Libanon-Demonstration in Berlin am 19. 6. 1982

Die Schwierigkeiten, denen eine gutgemeinte, konsequent moralische Haltung während der Libanonkrise aussetzt war, wurde in den vergangenen Monaten nur zu deutlich. Leserbriefe, Anzeigenkampagnen aller Art, Demonstrationen - alle gerieten in den Verdacht, deutschem Eigeninteresse zu dienen. Daß eine Verantwortung für die eigene Geschichte und für die Opfer des Nationalsozialismus gerade dann, wenn man sich im Sinne einer universalistischen Moral konsequent verhalten wollte, früher oder später zu einer Solidarität mit den Palästinensern führen mußte, scheint mir klar. Aber wurde dieser universalistische Anspruch auch stets mit der gebotenen Klugheit und dem notwendigen Takt erhoben? Mußte die Glaubwürdigkeit mancher Kampagne nicht darunter leiden, daß es unter den Teilnehmern auch immer solche gab, von denen man sicher sein konnte, daß es ihnen um ganz andere Interessen ging, nämlich um das von Pohrt bemängelte Bedürfnis nach einer Reinwaschung der Elterngeneration und einem neuen Nationalbewußtsein? Also gewiß weder um Solidarität mit Palästinensern noch um einen verantwortlichen Umgang mit der deutschen Vergangenheit? Und ist es nicht geradezu ein Indiz fortdauernder Unsicherheit und Verwirrung, wenn etwa die Jerusalemer Gruppe von Aktion Sühnezeichen in einem Leserbrief an eine israelische Zeitung mitteilt, daß sie eine Kampagne einer Reihe von Deutschen gegen den israelischen Einmarsch im Libanon zwar der Sache nach teilt, jedoch die Form, nämlich eine Anzeige in einer Zeitung für unrichtig hält? Ist es - so muß man fragen - illegitim, wenn Deutsche bei Protestdemonstrationen gegen den israelischen Einsatz im Libanon 'Solidarität mit der PLO' auf ihre Transparente schreiben, ebenso illegitim wie die gewiß untragbare Parole 'Zionisten raus aus Palästina!'[8] Ist also am Ende ein Protest *gegen* die Politik Begins gerade noch zulässig - weil ja auch breite Kreise in Israel selbst gegen diese Politik sind, ein Eintreten *für* die PLO aber zumindest solange nicht akzeptabel, als die PLO Israel nicht anerkennt? Und hier bewegen wir uns auf den Kern des Problems zu. Denn all die Diskussionen um Ein- oder Ausladungen, um Parolen, Demonstrationen, Unterschriften u. ä. sind ja nur Beiwerk zu der einzig wirklichen Frage, die sich angesichts des Libanonkrieges einer breiten deutschen Öffentlichkeit und nicht mehr nur der Linken gestellt hat: die Frage nach der Solidarität mit den Palästinensern. Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß es Israel in diesem Krieg um die Vernichtung der politischen Repräsentanz des palästinensischen Volkes, der PLO ging. Und hierbei handelte es sich nicht, trotz des in Massen von den Israeli abgeschleppten militärischen Schrotts[9], um eine militärische, sondern um eine politische Operation: nämlich darum, dem seit 1967 neu erwachten palästinensischen Selbstbewußtsein das Rückgrat zu brechen und die politischen Bedingungen für eine Annexion der West Bank zu schaffen - ohne jede Rücksicht auf zivile Opfer. Wer auch immer *gegen* diese Operation war, konnte gar nicht umhin, sich auch *für* die PLO einzusetzen, denn die Aggression galt alleine ihr. Begin und Sharon wollten die PLO vernichten und wer gegen diesen Vernichtungsfeldzug war, mußte das Überleben der PLO mindestens in Kauf nehmen. Nun ist zwar das 'In-Kauf-Nehmen' keineswegs identisch mit einer aktiven Solidarisierung - aber: in einem Kampf auf Leben und Tod werden mittlere Haltungen faktisch unmöglich. So und nicht anders ist m.E. die breite Solidarisierungswelle mit der PLO zu erklären, die schließlich auch Arafat einen Schritt weiter nach Bonn gebracht hat. Und damit gilt für die nahe Zukunft die Frage: Darf eine deutsche Regierung einen Mann wie Yasir Arafat empfangen, darf ein deutscher Kanzler nach dem Papst, nach Papandreou und Pertini einen Mann empfangen, dessen Organisation nach wie vor offiziell die zionistische Staatlichkeit Israels aufheben will? Und damit steht letztlich die Frage ins Haus, ob und in welchem Ausmaß die deutsche Verantwortung für die Vergangenheit und ihre Opfer auch eine positive Verantwortung für den Zionismus und nicht für einzelne Juden beinhaltet.

Staat, Christentum und die Linke - Deutsche Stellungnahmen zum Nahostkonflikt

Zum Zionismus gibt es - und das hat gerade der Krieg im Libanon gezeigt, drei wesentliche Positionen, die ich als die *staatliche*, die *linke* und die *christliche* bezeichnen möchte. Sie stellen nach meinem Eindruck sowohl quantitativ als auch qualitativ die ausgeprägtesten Haltungen zu diesem Konflikt dar, zumindest hierzulande.
Den ersten Fall, die *staatliche Position* können wir insoweit beiseite lassen, als sie Israel und den Zionismus weitgehendst gleichsetzt und das heißt: Vor allem auf den Staat Israel und seine - den Normen des Völkerrechts mehr oder minder entsprechenden Aktionen Bezug nimmt. Die innenpolitische Verfaßtheit und der ideologische Unterbau dieses Staates interessieren aus den bereits oben erörterten Gründen die offizielle Politik weniger, obwohl auch ihr bewußt sein dürfte, daß Außen-, Innen- und Sicherheitspolitik des Staates Israel nicht voneinander isolierbar sind.
Linke Positionen sind im Gegensatz hierzu bemüht, die gegenwärtige Politik des Staates Israel sowohl aus seiner Geschichte und Vorgeschichte als auch aus seiner Ideologie, dem territorialen Judenstaatsgedanken heraus zu verstehen. Hierbei spielen dann die Umstände der

zionistischen Kolonisation, das Zeitalter des Imperialismus als auch die tragenden Ideen der Kolonisation, also der Risorgimentonationalismus des 19. Jahrhunderts[10] sowie ein tolstoianisch gewendeter Genossenschaftssozialismus[11] die Rolle von ökonomie-, herrschafts- und ideologiekritisch aufzuhebenden Momenten.Resultat einer derartigen Analyse ist dann in der Regel die Einordnung des Zionismus als eines Sonderfalls kolonialen Strebens Europas oder der USA in Asien und Afrika, woraus sich dann eine politische Solidarität mit den kolonialisierten und um ihre nationale Befreiung kämpfenden Palästinensern ergibt. *Kritische linke Positionen* ergänzen diese eher globalen Analysen für den deutschen Hausgebrauch um eine stärkere Berücksichtigung des europäischen und besonders des nationalsozialistischen Antisemitismus als des Anlasses und der Ursache von Kolonisation und Staatsgründung und beziehen damit auch die eigene Geschichte in den Ursachenzusammenhang ein und sind zudem besonders bemüht, die Kritik am Zionismus weder als Alibi noch als Rechtfertigung für neuen oder alten Antisemitismus gelten zu lassen. Daß aber auch eine solche, theoretisch weitgehendst problemlose Analyse ihre Tücken hat, weil auch sie ohne Bezug auf ein nationales Interesse offenbar nicht auskommt, sei am folgenden Beispiel demonstriert. So schreibt Joschka Fischer in der Frankfurter Spontipostille 'Pflasterstrand': »Wir sollten endlich aufhören, palästinensischer als die PLO zu sein. Wir sollten mit unserer Solidarität durchaus eigene Ziele verfolgen, was uns sowohl mit den Israelis als auch mit den Palästinensern in Widerspruch bringen kann, denn dieses Eigeninteresse kann nur meinen, daß dort unten Blutvergießen aufhört, daß es zu einem dauerhaften Frieden zwischen Juden und Arabern kommt, daß Juden und Palästinenser sich als Volk in eigener Staatlichkeit anerkennen. Was die Erreichung dieser politischen und menschlichen Ziele anbetrifft, bin ich mehr als pessimistisch, aber ich sehe keine andere Möglichkeit, als mit aller Kraft auf diesem humanen Minimum zu insistieren und dabei keine Berührung mit anderen politischen Kräften zu scheuen, die dieselben Ziele verfolgen, seien sie jüdisch, arabisch, christlich oder atheistisch. Andererseits sollte man sich aber nicht durch blinde Solidarität das Denken und das Maul verbieten lassen. Ein zweites vietnamesisches Erwachen können wir uns dadurch ersparen.«

Christliche Positionen, die aufgrund einer Kritik des traditionellen kirchlichen Antijudaismus, einer erhöhten Sensibilität für die gebrochene Identität der jüdischen Opfer und einer von fundamentalistischen, geschichtstheologischen Gedanken nicht freien Lehre vom Judentum, das sie als die für das Christentum entscheidende heilsgeschichtliche Größe ansehen vor dem Verdacht des Eigeninteresses gefeit sind, befinden sich ob ihrer universellen Moral und ihres in jüngster Zeit entwickelten Pazifismus in einem besonderen Dilemma. Denn einerseits gilt etwa mit F.W. Marquardt: »Wir haben kein Recht, diese politische Abhängigkeit und politische Kampfgestalt des jüdischen Glaubens für eine irreligiöse Fremdgestalt zu erklären und zu kritisieren« während man andererseits von einem Mann wie Heinrich Albertz hören muß: »Ich lese als Christ mit dem Alten Testament die gleiche Bibel wie die frommen Juden. Aber ich lese sie ganz. Ich bleibe nicht stehen bei den Landnahmen und kriegerischen Eroberungen der Frühzeit. Ich lese die Propheten. Ich möchte nicht, daß sie noch einmal recht behalten sollen für das



Parolen in Düsseldorf: Mit der „Liebe" und der „Kraft" zu leichtfertig umgegangen?

geliebte Volk Israel, wenn sie das Unheil verkünden, daß aus jeder Gewalt über ihr Volk kommt.«
Hier schwingt sich ein durchaus verantwortungsbewußter Christ - von ernster Besorgnis getragen - zum Mahner Israels auf und zwar fatalerweise anläßlich der Besprechung eines Buches über den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden Rußlands und Polens.
Albertz glaubt, die israelische Politik kritisieren zu *müssen,* denn: »würde ich schweigen , wer sollte mir glauben, wenn ich den jungen Menschen in unserem Lande zu erklären versuche, was ihre Väter und Großväter angerichtet haben.«
Spinnt man diese Aussage weiter, so sagt sie in aller Deutlichkeit: Nur wer Israel und den Zionismus kritisiert, kann auch glaubwürdig den Nationalsozialismus angehen.[12]
Diese totale Verkehrung aller bisher geltenden Kriterien für den Umgang mit der eigenen Geschichte ist in der Tat einmalig. Konnte man bisher davon ausgehen, daß eine Kritik am Nationalsozialismus als einer deutschen Erscheinung und einen in der Weltgeschichte einmaligen Phänomen des Grauens ohne weitere Vorbedingungen möglich zu sein hatte, so soll nun plötzlich gelten, daß eine solche Kritik unter 'Glaubwürdigkeitsbedingungen' zu stehen hat - was letzlich eben doch wieder nichts anderes bedeutet, als den Nationalsozialismus in gewisser Weise zu normalisieren und damit eben doch der eigenen Verantwortung über den Umweg in den Nahen Osten zu entgehen. Das Beispiel ist lehrreich, weil es zeigt, daß sogar aus Positionen heraus, die Moralität programmatisch für sich in Anspruch nehmen, das deutsche Dilemma im Umgang mit Israel und den Palästinensern wieder und wieder ersteht. Es ist weiterhin lehrreich für eine linke Stellungnahme, die vor lauter Schreck über die Gegenwart und gegenwärtiges Leid anderswo nicht mehr bereit ist, die geschichtliche Hypothek Deutschlands zu tragen. Und damit zeigt sich, daß es ein typisch 'linkes Problem' der hiesigen Linken mit Israel/Palästina gar nicht gibt. Das Problem der deutschen Linken mit dem Zionismus und mit Israel ist das Problem jeder deutschen Politik in diesem Bereich.
Dieser Umstand ist bis jetzt noch zu wenig bedacht worden.

Micha Brumlik



Anmerkungen:

1) Der französische Schriftsteller Zola löste mit seiner Veröffentlichung »J'accuse« 1898 die sogen.Dreyfus-Affaire aus. Dreyfus war französischer jüdischer Offizier, der 1894 zu Unrecht wegen Landesverrats verurteilt wurde, weniger jedoch aufgrund von Indizien, als vielmehr aus antisemitischen Beweggründen. In seiner öffentlichen Anklageschrift griff Emile Zola die französische Regierung an, indem er sich gegen das Urteil wendete. Die Schrift löste innenpolitische Auseinandersetzungen zwischen der republikanischen und intellektuellen Linken und der reaktionären, durch und durch antisemitischen Rechten aus. Die einzelnen Anklagepunkte leitete Zol mit den Worten »J'accuse« - »Ich klage an« ein.
2) Zum iranisch-irakischen Krieg vgl. »blätter des iz3w« Nr. 89, Oktober 1980 und Nr. 92, März 1981; zum Aufstand der Muslimbrüder in Syrien vgl. »blätter des iz3w« Nr. 100, März 1982.
3) Zwar mögen Realpolitiker aller Coleur wieder und wieder gegen eine Moralisierung der Politik wettern, sind aber in der Regel viel zu klug, um zu verkennen, daß moralische und moralisierende Argumente und Schlagworte eine höchst wichtige Funktion in politischen Auseinandersetzungen einnehmen. Mit moralischen Argumenten lassen sich Positionsverluste wieder wettmachen. Interessen verschleiern und die politischen Gegner nachhaltig blamieren.
4) vgl. hierzu auch R. Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982, bes. S. 790 und S. 799.
5) Die deutsch-arabische Freundschaftsgesellschaft erscheint aufgrund ihrer kritischen Position gegenüber Israel auf den ersten Blick politisch fortschrittlich. Dieses Image hat sie auch bei einigen Internationalisten. Auch ihre Zeitung »eurabia magazin« bringt kritische Beiträge, enthält aber gleichzeitig beispielsweise ganzseitige Anzeigen zu der (in den Ländern der Dritten Welt höchst aktiven) schwäbischen Waffenschmiede Heckler und Koch (wie in »eurabia magazin« Nr. 1, Feb. 1982).
6) Es handelte sich dabei um Legners Artikel »Das Leid zweier Völker« aus der taz vom 13. 7. 82, in dem er u. a. schreibt: »Zionismus ist für mich zunächst einmal nichts anderes als die Forderung nach einem eigenen jüdischen Staat, die sich in den unterschiedlichsten Schattierungen äußert«.
7) Damit meint Bebel in etwa, daß im Antisemitismus ein antikapitalistisches Ressentiment enthalten sei, daß sich der gesellschaftlichen Bedingtheit sozialer Notlagen nicht bewußt ist und anstelle des Kapitalismus die Juden für alle Not verantwortlich macht.
8) Diese Parole ist deshalb untragbar, weil heute rund 95% aller jüdischen Israeli »Zionisten« sind. Nimmt man sie ernst, würde sie bedeuten, daß die jüdischen Israeli Israel/Palästina verlassen sollten. Denn der Begriff »Palästina« benennt in dieser Parole gewiß nicht nur die seit 1967 besetzten Gebiete.
9) Waffen, die die PLO im Libanon gehortet hatte, die aber für einen großangelegten Angriff auf Israel gar nicht geeignet oder einsetzbar gewesen wären.
10) »Risorgimento« bedeutet zu deutsch »Wiederaufstieg«, »Wiederauferstehung« und war das Schlagwort, unter dem die italienische Unabhängigkeitsbewegung einen Nationalstaat gegen die übernationalen Reiche der Habsburger und Bourbonen sowie den Kirchenstaat durchsetzte. Es ist die »Nation«, die hier wiederaufersteht - eine Nation, die es so nie gegeben hatte.
11) Tolstoi lehrte einen am Beispiel der russischen Dorfgemeinschaft und am Christentum orientierten Liebessozialismus, der ohne Klassenkampf, aber durch konstruktiven Aufbau kommunitärer Gemeinschaften die soziale Frage lösen sollte.
12) Anmerkung der Red.: Über diese Interpretation der Albertz-Äußerung bestanden in der Redaktion kontroverse Auffassungen, die in diesem Rahmen nicht detailliert wiedergegeben werden können und sollen.

ERICH FRIED

Nach dem Massenmord in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila

(in den zwei Tagen danach in London geschrieben)

1.
Es wird notwendig sein,
den Schutt von den Herzen und Hirnen
der Menschen in Europa
und Amerikas zu entfernen,
so wie der Schutt und die Trümmer entfernt werden mußten
von den Leichen der Frauen und Kinder und alten Männer
in den beiden palästinensischen Flüchtlingslagern
Sabra und Shatila in Beirut,
die Israels Truppen — nach ihren eigenen Worten —
in die Hand der christlichen Falangisten gegeben hatten. —
Aber vielleicht standen Falangisten nur Wache,
denn in die Lager zogen die christlichen Truppen Haddads,
die Helfer Sharons, aus dem Süden heraufgekommen
mit dem Zeichen der Zeder auf ihren Uniformen.

2.
Es waren kaum Falangisten — es waren die Truppen Haddads.
(Die Israelis halfen den Tatbestand nicht erhellen)
Doch wer immer sie waren — sie befahlen den Menschen,
sich aufzustellen in Reihen,
und dann erschossen sie sie
in Zehnergruppen und auch in größeren Gruppen
— Frauen und Kinder und Männer —
sie waren nicht wählerisch.
Manche verstümmelten sie auch noch, vor oder nach dem Tod.
Und andere schossen sie nieder, als sie aus ihren Türen
fliehen wollten, um ihr Leben zu retten.

3.
Die Sprecher der Israelis behaupteten erst, sie hätten
von nichts gewußt, und dann sagten sie, es waren
die christlichen Falangisten Bashir Gemayels,
vielleicht um seinen Tod an den Palästinensern zu rächen. —
Von seinem Tod wissen wir noch zu wenig.
Wir wissen nur, daß sein Vater, der Gründer der Falangisten,
jetzt sagt, für seinen Tod würden, hoffe er, noch die Köpfe
Begins und Sharons, die er für schuldig hält, rollen.
Denn man weiß, daß schon lange, bevor jenes Haus
in die Luft flog,
zweihundert Israelis als Beschützer das Haus bewachten,
und niemand hätte eine so große Bombe
hineinbringen können, ohne von ihnen gesehen zu werden.
Und keiner von diesen zweihundert geschulten Beschützern
wurde verletzt, als die Bombe dann doch explodierte.
Und man weiß auch, daß Israel von Gemayel enttäuscht war,
denn Israel hat früher die Falangisten gefördert,
und nun wollte Gemayel nicht regieren nach Israels Willen,
und wollte die Bande Haddads nicht aufnehmen,
sondern entwaffnen,
und wollte den Abzug der israelischen Truppen, —
und was immer er früher getan hatte gegen die Palästinenser,
nun gab er den Israelis nicht nach bis zu seinem Tod.
Darum glaubt man jetzt in Beirut nicht den Worten der
Israelis,
in den Lagern hätten die Falangisten gemordet.
Die leben blieben, die sagen,
es waren die anderen christlichen Truppen,
die Günstlinge General Sharons, die Leute Haddads.

4.
An die 5000 Menschen haben sie so ermodert
und viele Leichen auf Lastkraftwagen verladen
und verschleppt — und viele wurden an Ort und Stelle
mit Bulldozern zugeschüttet und verscharrt
unter Schutt und Trümmern ihres eigenen vernichteten
Lagers
So haben sich vielleicht die christlichen Truppen Haddads
ihrer Christenpflicht erinnert, die Toten zu begraben.
Man kann nur sagen „vielleicht",
denn die Tat ist noch nicht lange her. —
Feststeht, daß die Bulldozer israelische Bulldozer waren
und vielleicht waren die, die sie handhabten, auch Israelis
Feststeht, daß die Bulldozer kamen, sobald das Morden
vorbei war, und einen Teil der Ermordeten unsichtbar machten,
Wer die Totengräber waren, das ist noch nicht sicher,
aber sicher ist, daß im Lager die christlichen Truppen Haddads,
seit Jahren von Israel besoldet und ausgerüstet,
und mitgebracht von Sharon bei seiner Besetzung Beiruts,
gemordet haben mit ihren verläßlichen Waffen.

5.
Das waren die Christen, von denen Menachem Begin
gesprochen hat, als er den Papst kritisierte,
weil er Yassir Arafat empfangen hatte.
„Weiß denn der Papst nicht", fragte Menachem Begin
„daß seine Palästinenser auch schießen auf Christen?"

6.
Nach dem Sprachgebrauch Begins hätte man auch auf Hitler
und seine Mordkommandos, nicht schießen dürfen,
und auch nicht auf Pavelic's kroatische Ustachi,
die ihren Opfern zuerst die Augen ausrissen
und sie dann tauften — und dann in den Abgrund warfen,
denn auch die sind s o l c h e Christen gewesen.

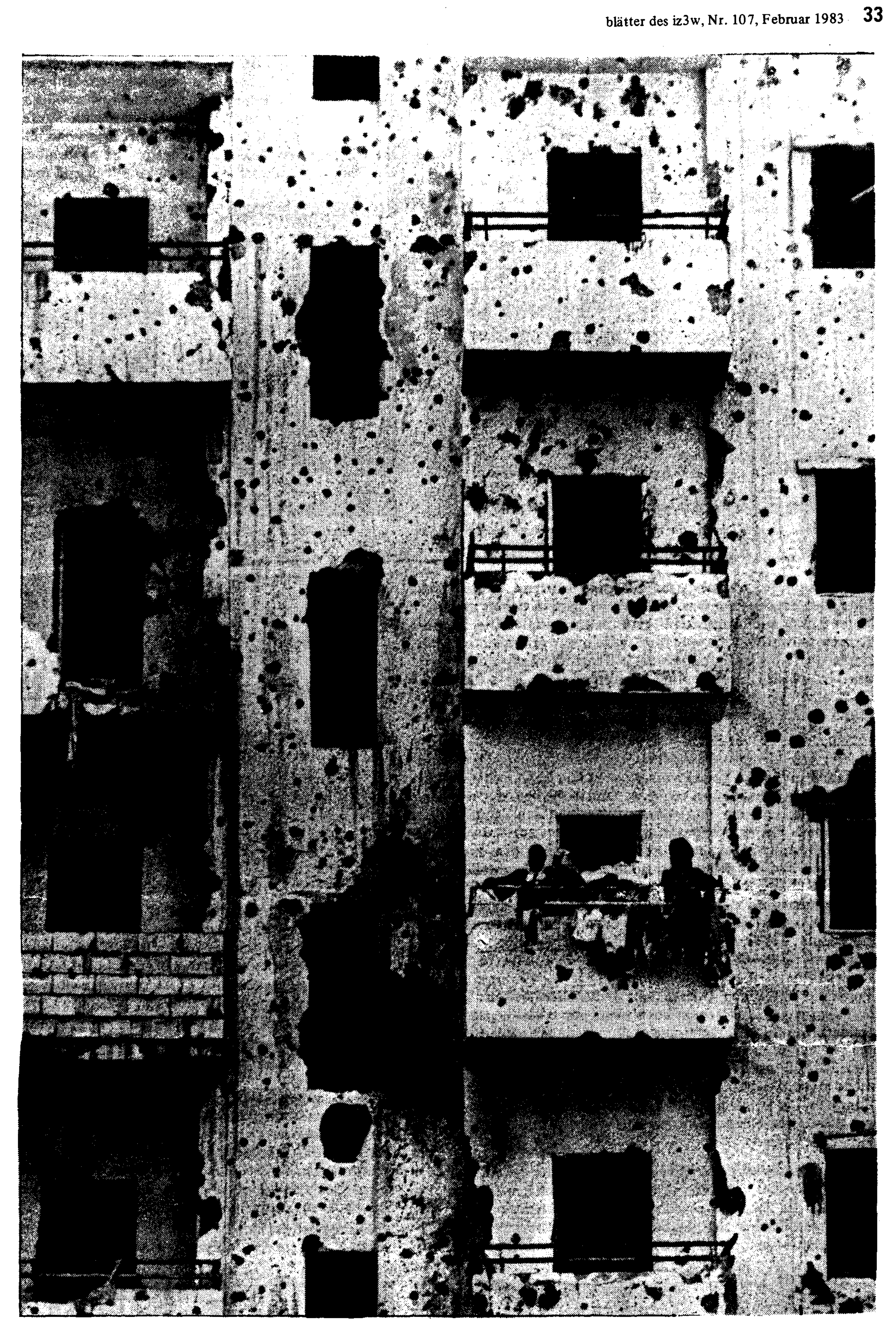
7.
Israelische Truppen nahmen — so sagen sie —
nicht Teil an diesen Massakern
sondern sahen nur teilnahmslos zu vom Rande der Lager,
die sie zuvor den befreundeten Milizen
überlassen hatten zur Wiederherstellung der Ordnung,
der Ordnung, die sie dann zum Teil wieder herstellen halfen
mit ihren Bulldozern, die einen Teil der Toten versteckten.

8.
Angenommen, es wäre auf allen Toten
der Phosphor- und Nagelbomben in Beirut
und auf den Toten der beiden Flüchtlingslager
und auch auf den toten Bauern im heutigen El Salvador
und in Nicaragua zur Zeit Somozas
und auf ihren Gräbern geschrieben,
woher die Waffen kamen, die sie ermordeten, —
wie oft wäre dann zu lesen
MADE IN ISRAEL
oder MADE IN U. S. A. ?

9.
Auch anderer Länder Waffen
tun Unrecht in dieser Welt,
und arm ist jede Zeit, in welcher der Menschen Umgang
nur hängt an Waffen oder beruht auf ihnen.
Doch d i e s e Waffen haben in d i e s e r Zeit
weit m e h r Blut vergossen, und schuldloses Blut, oder doch
schuldloseres. Denn aller Menschen Schuld
ist längst bekannt und leider schon längst eine Phrase,
und macht n i c h t die geringere Schuld der ungeheuren gleich
(So verteidigen sich nur Mörder.) Und nicht geziemt es der Hand,
die raucht von frischem oder kaum erst trochnendem Blut,
zu zeigen mit braun verkrustetem Finger auf a n d e r e
um zu sagen: „Auch die waren nicht rein". Hände,

10.
Es gibt heute Israelis, die alles leugnen
oder sagen: „Unsere Truppen haben die Falangisten
doch nur ins Lager gerufen, um Terroristen,
palästinensische und libanesische, zu entfernen,
und haben ihnen nur einzig zu diesem Zweck
Deckung gegeben von außen mit unseren Panzern,
und haben die Lager selbst gar nicht betreten".
Oder sie sagen „Als wir dann nach zwei Stunden bemerkten,
daß die Sache außer Kontrolle geraten könne,
da haben wir ja versucht, sie zurückzurufen,
sogar mit Lautsprechern, aber da hatten sie schon
einige hundert erschossen. Doch immerhin
wurden auf diese Weise viel weniger getötet,
als wenn wir nicht nach Beirut gekommen wären." —
Solche Argumente geben sich selbst ihre Antwort
und es ist schwer, die so reden, nicht zu vergleichen
mit Menschen vor einiger Zeit und in einem anderen Land,
die ebenfalls Untaten leugnen oder beschönigen wollten.

11.
Es wird notwendig sein,
so wie man den Schutt und die Trümmer
von den ermordeten Palästinensern wegfegen muß —
um sie freizulegen in Sabra und in Shatila —
auch Schutt und Trümmer von den Hirnen und von den
der Menschen in Europa und Amerika wegzufegen, / Herzen
den Schutt und die Trümmer aller Lügen und Vorurteile,
die je zerschmettert wurden
von der unerträglichen Wahrheit,
damit endlich die Mörder weggefegt werden können
und auch ihre Hintermänner,
gleichviel, wo sie heute sitzen und wie sie sich nennen,
ob Christen oder ob Juden
und auch einzelne Muslimen,
die diesen Mördern helfen.



Lösungsmöglichkeiten des Palästina-Konflikts

Der Libanonkrieg hat Bewegung in die erstarrten diplomatischen Fronten des Nahen Ostens gebracht. Neue Friedensvorschläge und -pläne wurden veröffentlicht, amerikanische „Vermittler" bereisen die Region, Verhandlungen zwischen Israel und dem Libanon haben begonnen und arabische Staatsoberhäupter werden in den ersten Wochen des Jahres 1983 zu Konsultationen in Washington erwartet.

Sicher erscheint, daß die teilweise hektisch anmutende diplomatische Betriebsamkeit keine schnellen Erfolge zeitigen wird. Ob in der gegenwärtigen Phase auch langfristige Perspektiven für eine friedliche Lösung im Nahen Osten entwickelt werden können, bleibt abzuwarten. Die Friedensbemühungen in dieser Region waren in der Vergangenheit immer wieder von überraschenden Entwicklungen geprägt.

Camp David in der Sackgasse

Eine solche Überraschung stellten 1978 die ägyptisch-israelisch-amerikanischen Vereinbarungen von Camp David dar. Auf dem Landsitz des damaligen US-Präsidenten Carter in Camp David wurde der Grundstein für einen Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten gelegt. Die Vereinbarungen umfaßten jedoch nicht nur ein „Israelisch-ägyptisches Rahmenwerk", das 1979 zum Abschluß eines Friedensvertrages zwischen beiden Staaten führte, sondern auch ein „Rahmenwerk für den Frieden im Nahen Osten". In diesem Dokument wurden die Grundlinien einer umfassenden Friedenslösung gezeichnet, die u.a. für das palästinensische Volk in der Westbank und dem Gaza-Streifen die „völlige Autonomie" vorsah.

Da beide Rahmenwerke weder politisch noch juristisch miteinander verbunden werden mußten, bedeuteten die Vereinbarungen – trotz aller gegenteiliger Behauptungen der Beteiligten – einen Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten, dessen Kern ein Gebietsaustausch darstellte: Ägypten erhielt die seit 1967 von Israel besetzte Sinai-Halbinsel zurück und räumte der israelischen Regierung dafür de facto ein freies Verfügungsrecht über die Westbank und den Gaza-Streifen ein. Mit dem Abschluß des „Rahmenwerkes für den Frieden im Nahen Osten" verschaffte sich der Ägyptische Präsident Sadat dafür ein Alibi [1].

Während das „Israelisch-ägyptische Rahmenwerk" mit dem Rückzug der israelischen Truppen aus dem Sinai im April 1982 erfüllt wurde, stecken die in dem „Rahmenwerk für den Frieden im Nahen Osten" vereinbarten Verhandlungen über die Autonomie seit Jahren in der Sackgasse. Zu unterschiedlich sind die Vorstellungen der Verhandlungspartner. Ägypten interpretierte die im Abkommen nur mit vagen Formulierungen umschriebene Autonomie als ein Übergangsstadium zu einem wie auch immer staatsrechtlich konzipierten palästinensischen Gemeinwesen auf der Westbank und im Gaza-Streifen. Für die israelische Regierung stellten sich die Vereinbarungen als Fahrplan für die endgültige Annexion der besetzten Gebiete dar. Ministerpräsident Begin und seine Kabinettskollegen machten unmißverständlich deutlich, daß die arabische Souveränität über die besetzten Territorien niemals wiederhergestellt werden dürfe. Autonomie, das bedeutete nach israelischer Auslegung eine sehr beschränkte Form der Selbstverwaltung für die palästinensische Bevölkerung, die zwar ihre Müllabfuhr und Kanalisation in eigener Verantwortung organisieren sollte, jedoch keinerlei Verfügungsgewalt über das Land und seine Ressourcen erhalten durfte.

Unter Palästinensern und Arabern stießen die Vereinbarungen auf fast einhellige Ablehnung. Fast alle Staaten der Arabischen Liga brachen aus Protest gegen den Abschluß des Friedensvertrages ihre diplomatischen Beziehungen zu Ägypten ab. Innerhalb der Palästinenser führte die Opposition gegen die Abkommen und die Autonomieverhandlungen die teilweise seit Jahren zerstrittenen Fraktion wieder zusammen.[2])

Nach den Vorstellungen der Vertragsparteien sollten die Vereinbarungen von Camp David einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem umfassenden Frieden darstellen. Doch alle diesbezüglichen Hoffnungen in der westlichen Welt blieben unerfüllt.

Tatsache ist, daß die dem Abkommen immanente separatistische Logik den gefährlichsten Widersacher Israels, Ägypten, aus der gemeinsamen arabischen Front herausbrach und damit der israelischen Regierung die Möglichkeit gab, ihre annexionistischen Absichten fast ungehindert zu verfolgen. Im Sommer 1980 verabschiedete das israelische Parlament ein sogenanntes Jerusalem-Gesetz[3]), in dem mit Verfassungskraft verankert wurde, daß Jerusalem die ewige und unteilbare Hauptstadt Israels sei (Das Schicksal Jerusalems war in den Vereinbarungen mit keinem Wort erwähnt worden!). Im Dezember 1981 folgte die formelle Annexion der Golan-Höhen[4]). Immer stärker forcierte Israel den Ausbau und die Errichtung neuer Siedlungen auf der Westbank und im Gaza-Streifen. Begleitet wurde diese zunehmende Siedlungstätigkeit von einer wachsenden Unterdrückung aller politischen Bestrebungen in den besetzten Gebieten.

Zum anderen sicherten die Vereinbarungen der US-Regierung den entscheidenden Einfluß bei jeglichen Friedensverhandlungen. Die Vereinigten Staaten glaubten ihre Interessen in der geostrategisch so bedeutenden nahöstlichen Region am besten durch eine Aufrechterhaltung des status quo sichern zu können, und dies bedeutete die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für das palästinensische



Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten am 26. März 1979 in Washington.

Volk. Insoweit lag der jahrelange Stillstand der Autonomieverhandlungen durchaus auch im amerikanischen Interesse und es wurde von ihrer Seite nichts unternommen, um dem Verhandlungsprozeß entscheidende Impulse zu geben.

Wege aus der Sackgasse?

Der Libanonkrieg hat dieses empfindliche Gleichgewicht ins Wanken gebracht, die Dreiecksbeziehung zwischen den USA und den arabischen Staaten auf der einen und den USA und Israel auf der anderen Seite hat sich verändert.

Zu Recht ist Reagens Nahost-Politik als eine Mischung aus Inkompetenz und Impotenz beschrieben worden. Der amerikanische Präsident hatte lange Zeit jegliche Kritik an Israels Politik in den besetzten Gebieten – besonders der Siedlungspolitik – vermieden. Der Libanon-Krieg nun hat offensichtlich eine Neuorientierung notwendig gemacht, um den durch die stille Duldung des Libanon-Feldzuges verspielten Kredit in der arabischen Welt zurückzugewinnen.

Zudem können die USA heute bei der Wahrung ihrer Interessen im Nahen Osten micht mehr ausschließlich auf Israel setzen.
Die amerikanischen Vorschläge bewegen sich alle im Rahmen der in Camp David geschlossenen Vereinbarungen. Sie stellen den ersten offiziellen Versuch der USA dar, durch Konkretisierung einiger offen gebliebener Fragen den Verhandlungsprozeß wieder in Gang zu setzen.
Die israelische Regierung hat diese Vorschläge sofort kategorisch abgelehnt und sie nicht einmal als Diskussionsgrundlage akzeptiert. Diese Ablehnung kam natürlich für die amerikanische Administration nicht überraschend. Sie hofft dennoch mittelfristig auf eine positive Wirkung ihrer Initiative, weil auf diese Weise

1. die Regierung Begin in die politische Isolation getrieben und schließlich durch die israelische Opposition – die Arbeiterparteien – abgelöst
und
2. Jordanien und Palästinenser durch Zugeständnisse zur Teilnahme an den Autonomie-Verhandlungen bewegt

Die Vereinbarungen von Camp David – Rahmenwerk für den Frieden im Nahen Osten (1978)
(Auszüge)

Westufer und Gaza

1. Ägypten, Israel, Jordanien und die Vertreter des palästinensischen Volkes sollten an Verhandlungen über die Lösung des Palästinaproblems in allen seinen Aspekten teilnehmen. Zur Erreichung dieses Zieles sollten die das Westufer und Gaza betreffenden Verhandlungen in drei Phasen ablaufen.
a) Ägypten und Israel stimmen überein, daß es zur Sicherstellung einer friedlichen und ordentlichen Übergabe der Autorität und unter Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse aller Parteien Übergangsvereinbarungen für die Westbank und Gaza für eine fünf Jahre nicht übersteigende Periode geben sollte. Um den Bewohnern nach diesen Vereinbarungen völlige Autonomie zu gewähren, werden die israelische Militärregierung und ihre Zivilverwaltung abgezogen, sobald von den Bewohnern dieser Gebiete eine eigene Selbstverwaltungsbehörde frei gewählt worden ist, um die bestehende Militärregierung zu ersetzen.
Zur Aushandlung der Einzelheiten einer Übergangsregelung wird die Regierung von Jordanien eingeladen, sich an den Vehandlungen auf der Grundlage dieses Rahmenwerks zu beteiligen. Diese neuen Vereinbarungen sollten sowohl den Prinzipien der Selbstregirung durch die Bewohner dieser Territorien wie auch den legitimen Sicherheitsbedürfnissen der beteiligten Parteien angemessen Rechnung tragen.
b) Ägypten, Israel und Jordanien werden sich über die Modalitäten der Bildung der gewählten Selbstverwaltungsbehörde am Westufer und Gaza verständigen. Den Delegationen Ägyptens und Jordaniens können auch Palästinenser von der Westbank und Gaza ode, soweit gegenseitiges Einvernehmen besteht, andere Palästinenser angehören.
Die Parteien werden ein Übereinkommen aushandeln, das die Rechte und Verantwortlichkeit der Selbstverwlaltungsbehörde in der Westbank und in Gaza definiert. Ein Abzug der israelischen Streitkräfte wird stattfinden, und es wird zu einer Verlegung der verbleibenden israelischen Streitkräfte in bestimmte Sicherheitszonen kommen. Die Vereinbarung wird auch Vorkehrungen für die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit und der öffentlichen Ordnung einschließen. Eine starke örtliche Polizei, der auch jordanische Bürger angehören können, wird aufgestellt. Zusätzlich werden sich israelische und jordanische Kräfte an gemeinsamen Patrouillen und an der Besetzung von Kontrollposten zur Gewährleistung der Sicherheit der Grenzen beteiligen.
c) Die Übergangsperiode von fünf Jahren beginnt, sobald die Selbstverwaltungsbehörde in der Westbank und in Gaza gebildet ist und ihre Tätigkeit aufnimmt. Sobald wie möglich, jedoch nicht später als im dritten Jahr nach Beginn der Übergangsperiode, werden Verhandlungen zur Bestimmung des endgültigen Status der Westbank und Gaza und deren Beziehungen zu ihren Nachbarn und über den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Israel und Jordanien bis zum Ende der Übergangsperiode stattfinden.
Diese Verhandlungen werden zwischen Ägypten, Israel, Jordanien und den gewählten Vertretern der Bewohner der Westbank und Gaza geführt. Zwei getrennte, aber in Beziehung zueinander stehende Ausschüsse werden gebildet. Ein Ausschuß besteht aus den Vertretern der vier Parteien, die über den endgültigen Status der Westbank und Gazas und deren Beziehungen zu ihren Nachbarn verhandeln und Übereinstimmung erzielen.

Der zweite Ausschuß besteht aus Vertretern Israels und Vertretern Jordaniens, zu denen gewählte Vertreter der Westbank und Gazas hinzustoßen. Er wird unter Berücksichtigung der über den endgültigen Status der Westbank und Gazas erreichten Übereinkommen einen Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien aushandeln. Die Verhandlungen sollen auf alle Bestimmungen und Prinzipien der UNO-Sicherheitsresolution 242 basieren. In diesen Verhandlungen wird neben anderen Dinge über den Grenzverlauf und die Art dr Sicherheitsvereinbarungen entschieden. Das Ergebnis der Verhandlungen muß auch die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seiner gerechtfertigten Bedürfnisse anerkennen.
Die Palästinenser werden daher an der Bestimmung ihrer eigenen Zukunft teilhaben durch Verhandlungen zwischen Ägypten, Israel, Jordanien und den Vertretern der Bewohner der Westbank und Gazas über eine Einigung betreffend den endgültigen Status der Westbank und Gazas und anderer wchtiger Fragen bis zum Ende der Übergangsperiode; durch Vorlage ihrer Vereinbarungen zur Abstimmung seitens der gewählten Vertreter der Bewohner der Westbank und Gazas, durch die Möglichkeit der gewählten Vertreter der Bewohner der Westbank und Gazas, darüber zu entscheiden, wie sie sich in Übereinstimmung mit den Bestimmungen ihres Abkommens selbst regieren; durch Teilnahme wie oben aufgeführt an der Arbeit des Ausschusses, der über einen Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien verhandelt.
2. Zur Gewährleistung der Sicherheit Israels und seiner Nachbarn während der Übergangsperiode und darüber hinaus werden alle notwendigen Maßnahmen ergriffen und Vorkehrungen getroffen. Zur Unterstützung bei der Gewährleistung dieser Sicherheit wird von der Selbstverwaltungsbehörde eine starke örtliche Polizeimacht gebildet. Sie wird sich aus Bewohnern der Westbank und Gazas zusammensetzen. Die Polizei wird in Fragen der inneren Sicherheit ständig in Verbindung mit dazu bestimmten israelischen, ägyptischen und jordanischen Offizieren stehen.
3. Während der Übergangsperiode werden die Vertreter Ägyptens, Israels, Jordaniens und der Selbstverwaltungsbehörde einen ständigen Ausschuß bilden, der durch Übereinstimmung über die Modalitäten der Rückkehr von Personen, die 1967 aus der Westbank und aus Gaza verdrängt (displaced) wurden und über die nötigen Maßnahmen zur Verhinderung von Zersetzung und Unordnung entscheidet. Andere Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse können von diesem Ausschuß ebenfalls behandelt werden.
4. Ägypten und Israel werden zusammen und mit anderen interessierten Seiten daran arbeiten, ein vereinbartes Verfahren für eine schnellere, gerechte und dauerhafte Verwirklichung der Lösung des Flüchtlingsproblems zu erzielen...

Quelle: „Der Frieden und die Palästinenser – Reaktionen auf Camp David", hrsg. vom Deutsch-israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, Berlin, März 1978, S. 12 ff.

werden sollen.
Die USA setzen augenblicklich auf den Bruch des nationalen Konsens in Israel und die zunehmende Distanz zwischen dem jüdischen Staat und der jüdischen Gemeinschaft in der Diaspora. Indem er mit seinen Vorschlägen sehr deutlich an die Vorstellungen der oppositionellen Arbeiterparteien in Israel anknüpft („jordanische Option" und „territorialer Kompromiß"), vertieft der amerikanische Präsident den Gegensatz zwischen den beiden großen politischen Lagern. Zum anderen gewinnt Präsident Reagan die Unterstützung der jüdischen Gemeinschaft in den USA, die sich in der letzten Zeit immer kritischer mit der Politik der israelischen Regierung auseinandersetzte und immer weniger Sympathie für Begin zeigte.

Wesentlich für die Vorschläge war auch, daß der Nahostexperte des US-Außenministerium, Nicholas Veliotes, in Gesprächen mit König Hussein den Eindruck gewann, daß Jordanien möglichen Verhandlungen positiv gegenübersteht, vorausgesetzt andere sogenannte gemäßigte Staaten der Arabischen Liga stimmen einer derartigen Teilnahme zu.
Die erhoffte Beteiligung von Jordanien und Palästinensern an den Verhandlungen würde es – so die amerikanische Strategie – Israel unmöglich machen, den Gesprächen fern zu bleiben. Denn wer würde dafür angesichts der Existenz verhandlungsbereiter Araber Verständnis aufbringen? Neben dem innenpolitischen Druck auf die Begin-Regierung würde sich die Unterstützung für die Politik Israels auch innerhalb der jüdischen Organisationen Amerikas weiter vermindern. Auch die israelische Lobby im amerikanischen Kongress hätte für eine weitere Gesprächsblockade durch Israel kein Verständnis. Mit dem Bekenntnis zu Israels Sicherheitsbedürfnissen einerseits, aber der eindeutigen Ablehnung israelischer Annexionspläne andererseits trifft Reagan die politische Stimmungslage dieser Kreise, denn für eine andauernde Souveränität Israels über die besetzten Gebiete gibt es in den USA kaum Unterstützung.
Der neue US-Außenminister Shultz, Initiator dieser Pläne, hofft eine umfassende Diskussion über die Zukunft der Westbank und des Gaza-Streifens in Israel auszulösen. Am Ende dieses Prozesses - so sein Kalkül - stehen zwei Möglichkeiten: Entweder Begin ändert seine unversönliche Haltung oder er kann sich dem Ruf nach Neuwahlen nicht entziehen, deren entscheidendes Thema die Zukunft der besetzten Gebiete sein wird. Die Amerikaner sind der Meinung, daß sich in Israel eine Mehrheit für ihre Vorschläge finden wird.

„Du Nichtsnutz Carrington!" . . .



Präsident Reagans Vorschläge für einen Frieden in Nahost

Am 1. September 1982 unterbreitete der amerikanische Präsident Reagan in einer Fernsehansprache Vorschläge für eine Friedenslösung im Nahen Osten.
Präsident Reagans Ideen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Kein palästinensischer Staat im Westjordanland und im Gazastreifen.
2. Keine weiteren israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, keine Annexion oder ständige Kontrolle durch Israel.
3. Verhandlungen über den endgültigen Status der besetzten Gebiete, wobei eine palästinensische Selbstverwaltung „in Verbindung" mit Jordanien nach Ansicht der amerikanischen Regierung die beste Lösung darstellen würde.
4. Jerusalem bleibt ungeteilt; Verhandlungen über den endgültigen Status der Stadt.
5. Israels Sicherheit darf nicht beeinträchtigt werden.
6. Palästinenser und Araber sollen die Existenz Israels anerkennen.
7. Einbeziehung „der Palästinenser" oder „des palästinensischen Volkes" in die Verhandlungen (die PLO erwähnte Reagan mit keinem Wort).

Diese Strategie soll es den USA erlauben, auf Sanktionen und Drohungen gegenüber Jerusalem zu verzichten. Nicht nur, weil der amerikanische Druck nach bisherigen Erfahrungen meist den gegenteiligen Effekt hervorgerufen hat – Verhärtung der israelischen Positionen und verstärkte Solidarität mit der Regierung innerhalb Israels –, sondern weil diese Funktion indirekt durch andere viel wirksamer erfüllt werden kann – den amerikanischen Kongress, die jüddische Diaspora und die öffentliche Meinung in Israel.
Ob diese Rechnung aufgeht, scheint sehr zweifelhaft. Der Plan steht und fällt mit der Beteiligung Jordaniens an den Autonomie-Gesprächen. König Hussein hat lediglich eine wohlwollende Prüfung der amerikanischen Vorschläge zugesagt. Während seiner Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten in Washington Ende Dezember übte er Zurückhaltung und machte eine Beteiligung von zwei Bedingungen abhängig: einem sofortigen Siedlungsstop in den besetzten Gebieten und umfangreichen Waffenlieferungen aus der USA. Angesichts der harten Haltung Israels in der Siedlungsfrage erscheint eine Erfüllung dieser Bedingungen augenblicklich sehr unwahrscheinlich. Auf der anderen Seite steht die notwendige Koordination zwischen Jordanien und der PLO noch aus. Zwar hatte das Exekutivkomitee der PLO auf seiner Sitzung im Dezember grundsätzlich den Gesprächen Yassir Arafats mit König Hussein zugestimmt, eine Übertragung umfassender Vollmachten an den haschemitischen König, im Namen der Palästinenser verhandeln zu können, jedoch abgelehnt. Die PLO hat die amerikanischen Vorschläge kritisiert, jedoch nicht rundweg abgelehnt. Die Festlegung der Verhandlungsstrategie – insbesondere die Frage des Verhältnisses zu den arabischen Staaten – bleibt der Sitzung des palästinensischen Nationalrates vorbehalten, die im Januar / Februar in Algier erwartet wird.[5])

Die Crux der amerikanischen Vorschläge liegt u.a. darin, daß sie ausdrücklich als Ausfüllung der Vereinbarungen von Camp David konzipiert sind. Dies mag gegenüber Israel als Legitimation dienen, doch welche arabische Regierung kann nach all dem, was im Gefolge von Camp David geschehen ist, noch ohne totalen Gesichtsverlust auf den Camp-David-Zug aufspringen? Aufgrund erheblicher Konstruktionsfehler liegt dieser Zug fest; sollen nun gerade Jordanier und Palästinenser, die darauf immer hingewiesen haben, diesen Zug wieder flott machen?

Die Diskussion ist entbrannt

Die Vehemenz der ablehnenden Reaktionen aus der Regierung Begin beweist, daß sie offensichtlich an einer empfindlichen Stelle getroffen wurde. Begin sprach in der Knesset-Debatte über die amerikanischen Vorschläge überraschend von der Möglichkeit vorgezogener Neuwahlen, in denen über das Schicksal der besetzten Gebiete entschieden werden soll.
Die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiterparteien verweisen mit Genugtuung darauf, daß ihre politischen Vorstellungen in wesentlichen Zügen mit den amerikanischen Vorschlägen übereinstimmen. Hinter den Schlagworten „jordanische Option" und „territorialer Kompromiß" verbirgt sich das Angebot eines teilweisen israelischen Rückzuges aus den besetzten Gebieten und der Rückgabe dieser Teilgebiete an Jordanien. Die Gebiete, welche nach dem Parteiprogramm als „vital für die Sicherheit des Staates" Israel betrachtet und die deshalb „Teil des souveränen Gebietes Israel sein werden", umfassen allerdings etwa 40 % der Gesamtfläche der Westbank und des Gaza-Streifens, gleichzeitig aber ungefähr 90 % des kultivierbaren Bodens sowie den größten Teil der natürlichen Ressourcen. Zurückgegeben werden sollen nämlich lediglich die Gebietsteile, die eine dichte arabische Besiedlung aufweisen.[6])
Die Preisgabe auch nur eines Fußbreits der besetzten Gebiete erscheint der israelischen Regierungskoalition inakzeptabel. Übereinstimmung mit weiten Teilen der parlamentarischen Opposition herrscht jedoch hinsichtlich der vier Grundprinzipien israelischer Politik:

- kein vollständiger Rückzug auf die Grenzen, die vor dem Junikrieg 1967 bestanden,
- keine Rückkehr des arabischen Ost-Jerusalem unter arabische Souveränität,
- keine Zustimmung zur Errichtung eines palästinensischen Staates zwischen Israel und Jordanien,
- keine Verhandlungen mit der PLO.[7])

Die Diskussion über die amerikanischen Vorschläge ist auch in den arabischen Staaten und unter den Palästinensern entbrannt. Erstaunlich ist, daß die Pläne, die israelischen Interessen gewiß näher liegen als arabisch-palästinensischen, in den arabischen Hauptstädten im allgemeinen ein viel positiveres Echo fanden als in Jerusalem.
Ungenügend sind die amerikanischen Vorschläge vor allem in folgenden Punkten:

- die Absage an einen unabhängigen palästinensischen Staat;
- die Anbindung eines zu bildenden palästinensischen Gemeinwesens an Jordanien;
- das Aussparen einer Stellungnahme zu den schon bestehenden Siedlungen (in der Erklärung Reagans wird nur gegen neue jüdische Siedlungen Stellung bezogen);
- die Nichterwähnung der PLO.

Arabische Initiativen

So ungenügend und unklar die Erklärung des amerikanischen Präsidenten vom 1. September 1982 in entscheidenden Punkten ist, so stellt sie dennoch einen Fortschritt gegenüber früheren Verlautbarungen der US-Administration dar. Die Veröffentlichung der amerikanischen Vorschläge erfolgte nicht durch einen Zufall wenige Tage vor der mit Spannung erwarteten ersten Sitzung der arabischen Gipfelkonferenz nach dem Libanonkrieg. Grundlage für die Beratungen der arabischen Staatsoberhäupter war zum einen der sogenannte Fahd-Plan von 1981.

Zum anderen hatte die PLO wesentlichen Einfluß auf die Verhandlungen. Ihre Vorstellungen hinsichtlich einer Verhandlungslösung hatte sie zuletzt in einem Drei-Stufen-Plan 1981 konkretisiert.

8-Punkte-Friedensplan des Saudischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981

1. Rückzug Israels aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich aus dem arabischen Jerusalem.
2. Auflösung von Siedlungen, die Israel auf arabischem Land nach 1967 errichtet hat.
3. Garantie für die Freiheit des Gebiets und die Ausübung religiöser Riten für alle Religionen an den heiligen Stätten.
4. Bestätigung der Rechte des Volkes von Palästina und Entschädigung jener, die nicht zurückkehren wollen.
5. Westbank und Gasastreifen werden für eine Übergangsperiode für die Dauer einiger Monate der UN-Aufsicht unterstellt.
6. Schaffung eines unabhängigen Staates Palästina mit Jerusalem als seiner Hauptstadt.
7. Bestätigung des Rechts der Staaten der Region, in Frieden zu leben.
8. Die UN oder einige ihrer Mitgliedsstaaten tragen für die Erfüllung jener Prinzipien Sorge.

Die Erfüllung einer solchen Regelung hängt von drei realistischen und annehmbaren Bedingungen ab:
Erstens: Beendigung der unbegrenzten amerikanischen Hilfe für Israel.
Zweitens: Beendigung der israelischen Arroganz, die von Menachem Begin vertreten wird. Diese Bedingung kann automatisch nur erreicht werden, wenn die erste erfüllt wird.
Drittens: Erkenntnis, daß die palästinensische Frage, wie von Yassir Arafat bezeichnet, die grundlegende Frage des Nahostproblems darstellt.

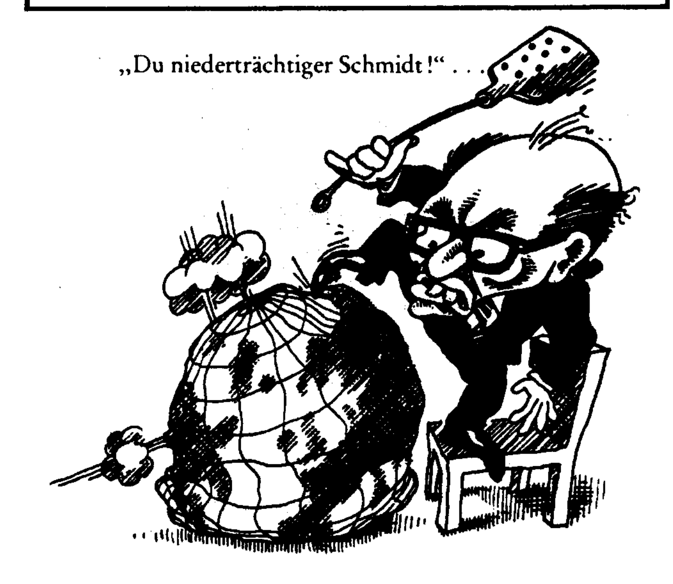
Quelle: Übersetzung des englischen Textes, der von der Botschaft Saudi-Arabiens in Bonn zur Verfügung gestellt wurde.

Drei-Stufen-Plan für einen Frieden im Nahen Osten (1981)

Afif Safieh, Berater des PLO-Vorsitzenden Yasser Arafat, schlug einen Drei-Stufen-Plan für einen Frieden im Nahen Osten vor. Der Plan wurde der Regionalen Konferenz der Vereinten Nationen (UN) zur Palästina-Frage (10. - 14. August 1981) in Sri Lanka vorgelegt:

1. Unverzüglicher Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Territorien.
2. Die Vereinten Nationen übernehmen, in Koordination mit der PLO, der einzig legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes, die Verantwortung in den evakuierten palästinensischen Territorien für eine Übergangsperiode zwischen israelischer Besatzung und palästinensischer Souveränität.
3. Eine internationale Konferenz wird unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einberufen, zu der alle betroffenen Parteien eingeladen werden, einschließlich des Staates Palästina, um über alle schwebenden Fragen Übereinstimmung zu erlangen.

Quelle: „Al Fajr" 13. – 19.9.1981.



Ergebnis der Beratungen in der marokkanischen Stadt Fes war die sogenannte „Charta von Fes", in der zum ersten Mal seit Jahren wieder eine von fast allen Staaten der arabischen Liga getragene Verhandlungslösung konzipiert ist.

Wortlaut der Palästina betreffenden Schlußerklärung der Arabischen Gipfelkonferenz von Fes, 9. September 1982

I. Zum israelisch-arabischen Konflikt
Der Gipfel würdigte den Widerstand der Kräfte der palästinensischen Revolution, des libanesischen und des palästinensischen Volkes und der syrischen Streitkräfte und bekräftigte seine Unterstützung des palästinensischen Volkes im Kampf um die Rückgewinnung seiner unveräußerlichen nationalen Rechte.
Überzeugt von der Fähigkeit der arabischen Nation, ihre legitimen Ziele zu erreichen und der Aggression ein Ende zu bereiten, ausgehend von den grundlegenden Prinzipien, wie sie von den arabischen Gipfelkonferenzen niedergelegt wurden, und angesichts des Verlangens der arabischen Länder mit jedem Mittel auf die Erzielung eines gerechten Friedens im Nahen Osten hinzuwirken, unter Berücksichtigung des Planes Seiner Exzellenz des Präsidenten Habib Bourguiba, in dem das Völkerrecht als Grundlage für die Lösung der Palästinenserfrage vorgesehen ist, und des Planes Seiner Majestät des Königs Fahd Ibn Abdelasis hinsichtlich eines Friedens im Nahen Osten sowie im Lichte der Gespräche und Darlegungen ihrer Majestäten, Exzellenzen und Hoheiten, der Könige, Präsidenten und Emire, hat der Gipfel folgende Grundsätze gebilligt:

1. Rückzug Israels aus allen im Jahre 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich El Kuds (Jerusalems).
2. Entfernung der von Israel nach 1967 errichteten Siedlungen.
3. Garantie der Freiheit des Gottesdienstes und der Ausübung religiöser Riten für alle Religionen an den heilen Stätten.
4. Bekräftigung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Ausübung seiner unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte unter der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), seiner einzigen und rechtmäßigen Vertretung, und auf eine Entschädigung all jener, die nicht zurückkehren möchten.
5. Unterstellung des Westjordanlandes und des Gazastreifens unter die Aufsicht der Vereinten Nationen für eine Übergangszeit, die einige Monate nicht überschreitet.
6. Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit El Kuds (Jerusalem) als Hauptstadt.
7. Der (UNO)-Sicherheitsrat garantiert den Frieden allen Staaten in dem Gebiet einschließlich des unabhängigen palästinensischen Staates.
8. Der Sicherheitsrat garantiert die Beachtung dieser Grundsätze.

.....
Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 11./12. September1982, inoffizielle Übersetzung von AP.



Von Bedeutung ist sicherlich, in welchen Positionen sich die Charta von Fes von den Vorschlägen des saudi-arabischen Königs Fahd und der PLO unterscheidet:

– Der Fahd-Plan verzichtete auf eine Erwähnung der PLO; in der Charta jedoch ist die Palästinensische Befreiungsorganisation als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt. Hierin manifestiert sich die politische Aufwertung der PLO nach dem Libanonkrieg, die trotz aller Vorbehalte der meisten arabischen Regierungen - im Verhandlungsprozeß nicht ignoriert werden kann.
– Im Fahd-Plan war vom Recht aller Staaten der Region in Frieden zu leben, die Rede, während in Fes lediglich eine Garantie des UN-Sicherheitsrates für den Frieden zwischen allen Staaten dieser Region gefordert wurde. Diese Abschwächung der impliziten Anerkennung des Existenzrechts Israels geht insbesondere auf die syrische Intervention zurück, denn Syrien hat sich angesichts des ungeklärten Schicksals der Golan-Höhen bisher immer am stärksten gegen eine Anerkennung Israels als Vorbedingung für Verhandlungen gewehrt. Alledings hatte Syrien aufgrund des Libanonkrieges derart an politischem Einfluß verloren, daß es die implizite Anerkennung Israels nicht verhindern konnte.
– Die vorgesehene starke Beteiligung der UN bei der Realisierung der Charta basiert im wesentlichen auf den frühen Friedensvorschlägen der PLO.

Wenn auch die Charta in Israel auf völlige Ablehnung stieß, so ist der israelischen Reaktion doch in einem Punkt zuzustimmen: Was in Fes verabschiedet wurde, ist im wesentlichen nicht neu. Die Verhandlungsbereitschaft und der Friedenswille der meisten arabischen Staaten und der PLO besteht seit Jahren und hat in den unterschiedlichsten Formen seinen Ausdruck gefunden.[8]) Das wesentliche Verfahrenshindernis bildet die israelische Regierung.

Elemente einer Friedenslösung

In der derzeitigen politischen Diskussion um aktuelle Friedensvorschläge wird ein Prozeß deutlich, der als Ergebnis der Wiederentdeckung der palästinensischen Dimension des Nahostkonfliktes bezeichnet worden ist. Der Libanonkrieg hat noch einmal gezeigt, daß

1. eine militärische Lösung des Konfliktes nicht möglich und
2. eine politische Lösung ohne Einbeziehung der Palästinenser nicht denkar ist.

Der Libanonfeldzug Israels hat sich damit für die israelische Regierung politisch als Bumerang erwiesen.
Deutlicher als zuvor ist auch geworden, daß eine friedliche Regelung im Augenblick nur möglich ist, wenn man anerkennt, daß der grundlegende zionistisch-palästinensische Widerspruch – die rivalisierenden Ansprüche zweier Völker auf ein Land – den Kern des Palästinakonfliktes darstellt. Dies erfordert von allen Beteiligten den Verzicht auf Ausschließlichkeitsansprüche. Realisierungschancen haben in dieser historischen Situation nur politische Vorschläge, die auf der Grundlage des vom jüdisch-israelischen wie vom palästinensisch-arabischen Volk beanspruchten nationalen Selbstbestimmungsrechts Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben beider Völker in dieser Region zu entwickeln vermögen.
In dem anzustrebenden Friedensprozeß müssen die historische Erfahrung der beteiligten Völker berücksichtigt und gewisse bestehende Tatsachen anerkannt werden. Unabhängig von der Frage der Beurteilung des zionistischen Kolonisierungsprozesses in palästina bleibt festzustellen, daß in dieser Region heute zwei Völker leben. Die Entwick-

lung, die zu dieser Situation geführt hat, ist grundsätzlich nicht mehr rückgängig zu machen. Entscheidendes Element der Identität der in dieser Region lebenden Menschen ist das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem Volk. Für die Identität des jüdischen Volkes sind sowohl religiöse Bindungen als auch die jahrtausendelange Erfahrung der Verfolgung, Vertreibung und Ausrottung prägend.

Für das palästinensische Volk gilt, daß es seit Jahrhunderten in Palästina lebt und seine Identität sich nicht zuletzt auch durch Vertreibung und den Widerstand gegen die zionistische Besiedlung des Landes herausgebildet hat.

Erkennt man die Identität der beiden Völker als historisches Faktum an, so muß im Rahmen einer Friedenslösung versucht werden, die aus dieser Identität resultierenden und miteinander rivalisierenden Ansprüche auf nationale Selbstbestimmung in Einklang zu bringen. Dies erscheint zur Zeit nur möglich, wenn das umstrittene Land – das historische Palästina/Eretz Israel – zwischen beiden Völkern geteilt wird. Eine Politik der Gewalt kann nicht das geeignete Mittel dafür sein, so daß beide Seiten bereit sein müssen, eine Lösung in Verhandlungen zu suchen.

Eine derartige Friedensregelung mit Aussicht auf eine gewisse Dauerhaftigkeit kann nach dem augenblicklichen Stand der Diskussion der Friedenskräfte auf israelischer wie palästinensischer Seite nur erreicht werden, wenn sie folgende wesentliche Elemente enthält.[9]):

1. Die gegenseitige Anerkennung des jüdischen wie des palästinensischen Existenzrechts als Volk
2. Die gegenseitige Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts
3. Die grundsätzliche Bereitschaft zur Territorialen Teilung des Landes, d.h. konkret
   a) Rückzug der israelischen Truppen aus den seit 1967 besetzten Gebieten und
   b) Errichtung eines – wie auch immer staatsrechtlich konzipierten – palästinensischen Gemeinwesens
4. Die Bereitschaft, in gemeinsamen Verhandlungen mit den jeweiligen Repräsentanten der anderen Konfliktpartei eine Friedensregelung auszuarbeiten.

Legt man dies als Maßstab der Beurteilung der augenblicklich diskutierten Friedensvorschläge zugrunde, so wird man die wesentlichen Defizite auf der israelischen Seite feststellen. In den Vereinbarungen von Camp David wird von der israelischen Regierung zwar zum ersten Mal die Existenz eines palästinensischen Volkes anerkannt, dem „legitime Rechte" und „gerechte Forderungen" zugestanden werden, doch in vielen Verlautbarungen und in der praktischen Politik wurden diese Zugeständnisse ihrer Substanz entleert.

Von der Anerkennung eines nationalen Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser ist die israelische Regierung – wie im übrigen auch die parlamentarische Opposition in Israel – weit entfernt. Nur konsequent ist dann die Verweigerung der Zustimmung in die territoriale Teilung des Landes und die Ablehnung von Verhandlungen mit der von den Palästinensern als ihre einzig legitime Vertretung anerkannten PLO.

Lediglich die Kommunistische Partei Israels und eine allerdings recht breite außerparlamentarische Bewegung anerkennen die genannten Grundprinzipien einer umfassenden Friedenslösung.[10])

Mit der in der Charta von Fes verankerten Forderung nach einem unabhängigen palästinensischen Staat an der Seite Israels und der Bereitschaft zu Verhandlungen sind implizit alle wesentlichen Zugeständnisse gemacht: Die Anerkennung des Existenzrechts Israels und die Bereitschaft zur Teilung des Landes. Doch gerade die Weigerung einer ausdrücklichen Anerkennung Israels und des Existenzrechts des jüdischen Volkes diente Israel immer wieder als Beweis für den mangelnden Friedenswillen der arabisch-palästinensischen Seite. Nicht zuletzt deshalb wurde in den letzten Jahren die Frage der Anerkennung Israels durch die PLO so hoch gespielt, obwohl die israelische Regierung keinen Zweifel daran gelassen hat, daß auch eine Anerkennung durch die PLO für sie kein Grund zur Änderung ihrer Politik wäre.

Trotz des von Israel und vielen westlichen Medien noch immer verbreiteten Bildes von der terroristischen und jeglichen Verhandlungslösungen abgeneigten PLO, findet die Teilstaatslösung – und die damit verbundene Anerkennung

„Ihr antisemitischen USA !" . . .



des Existenzrechts Israels – in der palästinensischen Vertretung die Unterstützung der Mehrheit. Umstritten sind besonders die Fragen der Strategie, zur Zeit vor allem das Problem der Bündnispolitik mit dem jordanischen Königshaus und der Beteiligung an den von Präsident Reagan vorgeschlagenen Verhandlungen. Der Ausgang dieses Meinungsbildungsprozesses innerhalb der PLO scheint noch ungewiß. Gewiß ist dagegen, daß die PLO bereit ist, Israel die Hand zur Versöhnung zu reichen, doch bevor sie dies tut, will sie Gewißheit, daß ihre Hand ergriffen und nicht zurückgewiesen wird.

Präsident Reagans Plan versagt den Palästinensern ebenfalls ihr nationales Selbstbestimmungsrecht. Die PLO hat ihn dennoch nicht völlig abgelehnt, weil im Zusammenwirken mit König Hussein Möglichkeiten einer jordanisch-palästinensischen Föderation geprüft werden, die u.U. auch als Übergangsstadium zu einem unabhängigen palästinensischen Staat dienen könnte.

Daß derartige Überlegungen überhaupt angestellt werden, beruht auf der Tatsache, daß der Annexionsprozeß in den besetzten Gebieten einen Grad erreicht hat, der eine Umkehr des immer weiter und schneller fortschreitenden Judaisierungsprozesses der Gebiete unmöglich zu machen droht. Gerade unter der Bevölkerung in der Westbank wird die Forderung nach einer baldigen Beteiligung der PLO an den Verhandlungen lauter, um den arabischen Charakter der Gebiete zu sichern, solange es noch etwas zu sichern gibt. Der letzte noch von der israelischen Militärverwaltung im Amt belassene prominente palästinensische Bürgermeister, Elias Freij aus Bethlehem, schrieb kürzlich: „Es ist die Pflicht aller arabischen Bewohner der Gebiete, an König Hussein und Präsident Reagan einen Notruf zu richten: Tut etwas und zwar sofort, bald wird es nichts mehr zu verhandeln geben"[11])

Die Intensität des Annexionsprozesses hat im israelischen Friedenslager vereinzelt dazu geführt, die Forderung nach einem palästinensischen Teilstaat als unrealisierbar zu bezeichnen, da die weitgehende Eingliederung der besetzten Gebiete in das ökonomische, politische und gesellschaftliche System Israels angeblich schon nicht mehr rückgängig zu machen sei. Das Gewicht der in der Westbank und im Gaza-Streifen geschaffenen Tatsachen verlange eine neue politische Strategie. Die Teilstaatslösung – bisher auch von Anhängern der Idee eines demokratischen säkularen[12] oder auch eines binationalen Staates[13] als historische Übergangslösung in Kauf genommen – sei veraltet. Vielmehr gelte es nun, im Rahmen des faktisch schon bestehenden Groß-Israel für eine Gleichberechtigung der palästinensischen Araber und damit für eine Entzionisierung des jüdischen Staates zu kämpfen.

„Du hinterhältige israelische Opposition!" . . .



Diese Diskussion macht deutlich, wie weit die Annexion bereits in allen Bereichen fortgeschritten ist. Die skizzierte politische Strategie, die bisher nur sehr wenige Anhänger im israelischen Friedenslager gefunden hat, bedeutet jedoch eine Kapitulation vor der Politik Begins und Scharons und baut auf politische Optionen, die sich sehr bald als Illusionen erweisen werden. Die völlige Judaisierung der besetzten Gebiete ist nicht ohne eine weitere massive Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung denkbar. Ohne einen massenweisen Exodus der Palästinenser nicht nur aus den besetzten Gebieten, sondern auch aus Israel, ist die Erhaltung Israels als jüdischer Staat auf Dauer nicht denkbar[14] – und darauf will in Israel kaum jemand verzichten. In den der Regierung Begin nahestehenden extremistischen Kreisen wird diese Vertreibung in der einen oder anderen Form auch unverblümt gefordert. Sollte dies aus irgendwelchen Gründen nicht in dem gewünschten Maß gelingen, so bliebe nur die völlige Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung – Verhältnisse, die an Südafrika erinnern. Daß der politische Kampf um Gleichberechtigung in der derartigen Situation mehr Erfolg verspricht, bedarf noch des Beweises. Angesichts dieser Perspektiven erscheint zweifelhaft, wie man eine solche Strategiee den Palästinensern schmackhaft machen und sie zum Verzicht auf die Teilstaatslösung bewegen will.

Die Konzepte eines demokratisch säkularen Staates in Palästina oder eines binationalen Staatswesens haben in der jetzigen historischen Situation einen bestenfalls utopischen Charakter. Unter Einbeziehung des internationalen Kräftegleichgewichts und der politischen Realitäten erscheint die Errichtung eines palästinensischen Gemeinwesens in den besetzten Gebieten neben Israel als einzig realistische Alternative zum bestehenden Zustand; ob zunächst in der Form einer jordanisch-palästinensischen Föderation wird sich wahrscheinlich im Laufe des Jahres 1983 entscheiden. Selbst wenn die fortschreitende Annexion eine Trennung der besetzten Gebiete von Israel immer schwieriger macht, unmöglich wird sie deshalb nicht.

Auch das immer wiederkehrende Argument, ein solcher palästinensischer »Ministaat« sei nicht lebensfähig, vermag nicht zu überzeugen. »Man kann nicht fragen: Könnte ein Staat in der Westbank und im Gaza-Streifen lebensfähig sein? Das ist die falsche Frage. Für dieses Gebiet, wie für jedes andere, ist die Antwort weder 'Ja' noch 'Nein'. Die einzig realistische Antwort lautet 'Nur wenn ...'«[15]. »Wirtschaftliche Lebensfähigkeit« ist ein relativer Begriff. Er wird gerade in Bezug auf einen palästinensischen Teilstaat als politischer Kampfbegriff benutzt. Hinter der scheinbar wissenschaftlich-wertfreien Prognose verbergen sich politische Wunschvorstellungen – nicht von ungefähr wird dieses Argument gerade von israelischer Seite oft ins Feld geführt. Wer die Gründung eines palästinensischen Teilstaates ablehnt, weil er ihn ökonomisch für ein totgeborenes Kind hält, muß sich fragen lassen, ob er auch die Existenzberechtigung der vielen europäischen, afrikanischen und asiatischen Kleinstaaten – nicht zuletzt die Existenz des »Ministaates« Israel – in Frage stellt.

Ein palästinensischer Teilstaat wird es ohne Zweifel sehr schwer haben. Die wirtschaftliche Verflechtung der besetzten Gebiete mit Israel wird den ökonomischen Start dieses Teilstaates ungemein erschweren. Doch die wirtschaftliche Lebensfähigkeit hängt im wesentlichen von politischen Faktoren ab, die sich heute noch nicht bestimmen lassen: Welche politische und ökonomische Struktur wird der neue Staat haben? Wie viele Flüchtlinge werden zurückkehren? In welcher Form wird er mit anderen (Nachbar-) Ländern wirtschaftlich und politisch verbunden sein? Wird es Entschädigungszahlungen für die Flüchtlinge geben? etc., etc. Obwohl in einer ganzen Reihe von amerikanischen, israelischen und arabischen Untersuchungen die Frage nach der Lebensfähigkeit eines palästinensischen

Teilstaates bejaht wird, muß der hypothetische Charakter solcher Studien angesichts der vielen offenen Grundannahmen berücksichtigt werden. »Lebensfähigkeit ist nicht angeboren, sondern muß erworben werden«[16].

Die Phase nationaler Staatenbildung wird sich auch in Palästina/Eretz Israel nicht überspringen lassen. Vor der Illusion, daß mit der Schaffung eines palästinensischen Teilstaates eine endgültige Friedenslösung für den Palästina-Konflikt gefunden sein wird, muß allerdings gewarnt werden.

Christian Sterzing

Anmerkungen

1) Vgl. dazu Metzger/Ort/Sterzing „Das ist unser Land – Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung", Lamuv-Verlag 1980, S. 206 ff.
2) Vgl. dazu Metzger/Orth/Sterzing a.a.O., S. 213
3) Frankfurter Rundschau, 31.7.1980
4) Die Welt, 16.12.1981
5) Auf die aktuelle Diskussion innerhalb der PLO wird hier nicht weiter eingegangen. Vgl. dazu R. Hesse „Die PLO nach Beirut", in blätter des iz3w Nr. 106 (Dez. 82), S. 46 ff.
6) Vgl. die diesbezügliche Kritik am Parteiprogramm aus palästinensischer Sicht durch Issam Sartawi in Le MOnde, 6.2.81
7) Eine ausführlichere Darstellung findet sich in c. Sterzing, „Wege zum Frieden in Nahost?", in: Bernstein/Hamdan/Schneider: (Hrsg.): „Der Palästinakonflikt – Geschichte, Positionen, Perspektiven", Sachon Verlag 1982, S. 298 ff.
8) Vgl. dazu Metzger/Orth/Sterzing, a.a.O., S. 233 ff. m.w.N.
9) Vgl. dazu Darstellung des Verfassers in Bernstein/Hamdan/Schneider a.a.O., S. 288 ff.
10) Vgl. dazu die ausführlichere Darstellung des Verfassers in „Israel nach dem Libanonkrieg", in: blätter des iz3w Nr. 106 (Dez. 82), S. 34 ff.
11) So in der New York Times, zit. nach Jerusalem Post, International Edition, 26.12.82 – 1.1.83
12) Das Konzept eines demokratischen säkularen Staates in Palästina, in dem Juden, Muslime und Christen gleichberechtigt leben, ist in der PLO-Charta verankert. Vgl. dazu A. Frangi, „PLO und Palästina – Vergangenheit und Gegenwart", R. G. Fischer Verlag, Frankfurt 1982, S. 156 und 196 ff.
13) Das Konzept der Binationalität wird in der BRD vor allem von Dan Diner vertreten, vgl. „Zur Kritik der zionistischen Struktur Israels", Wien o.J.
14) Vgl. dazu F. Ernst „Zur Entstehung des Palästinakonkfliktes" in: blätter des iz3w, Nr. 106 (Dez. 82), S. 22 ff.
15) Brian van Arkadie: Benefits and Burdens – A Report on the West Bank and Gaza Strip Economies since 1967, Washington D.C. 1977, S. 153 f
16) Elias Tuma/Haim Darin-Drabkin: The Economic Case for Palestine, London 1979, S. 32

„Hab ich's nicht gesagt? Die Welt haßt uns!"



Registriert mich:
Ich bin Araber.
Ausweisnummer: 50 000.
Kinder: Acht
Das neunte kommt nach dem Sommer.
Seitd ihr empört?

Schreibt hin:
Ich bin Araber.
Beschäftigt: Im Steinbruch mit Kameraden.
Für meine Kinder
Muß ich Brot, Kleider und Bücher
Aus dem Fels
Brechen.
Denn ich werde nie als Bettler
Vor eurer Tür stehen.
Seid ihr wütend?

Schreibt hin:
Ich bin Araber.
Ohne Familienname. Nur ein Vorname.
Mit unendlicher Geduld habe ich
In einem Land,
Wo alle mit dem Zorn leben,
Meine Wurzeln geschlagen,
Noch vor der Geburt der Zeit,
Vor dem Olivenbaum
Und vor der Zypresse und

Noch vor dem Wachsen des Grases.
Mein Vater: Aus der Familie des Pfluges,
Nicht aus den Kreisen der Herren.
Mein Großvater: Ein Bauer,
Ohne Herkunft und Rang.
Er lehrte mich den Aufstieg der Sonne sehn
Vor dem Lesen der Bücher.
Mein Haus: Eine Wachthütte
Aus Zweigen und Rohr.
Gefällt euch das?
So bin ich –
Ohne Familienname. Nur ein Vorname.

Schreibt hin:
Ich bin Araber.
Haarfarbe: Kohlschwarz.
Augen: Kaffeebraun.
Besondere Kennzeichen:
Kufia und Iqal auf dem Kopf.
Meine Hand ist hart wie Fels
Und kratzt den, der sie berührt.
Lieblingsspeise: Olivenöl und Thymian.

Adresse: Ich komme aus einem friedlichen, vergessenen Dorf,
Wo die Straßen keine Namen haben,
Und die Männer auf den Feldern und in den Steinbrüchen sind.
Seid ihr wütend?

Schreibt hin:
Ich bin Araber.
Ihr habt die Weingärten meiner Väter gestohlen
Und das Land, das ich bestellte,
Zusammen mit meinen Kindern.
Für uns und alle meine Enkel
Habt ihr nur diese Felsen gelassen.
Und ich habe gehört,
Daß eure Regierung
Auch die noch wegnehmen will.

Mahmoud Darwisch

Bücher zum Palästina-Konflikt

Bücher, Zeitschriften, Filme, Informationsdienste
(aktualisierte Liste aus dem IKA-Sonderheft 'Palästina')

Bücher:
Die meisten der hier im folgenden aufgeführten Buchtitel und Zeitschriften können über die einzige Orientalistik-Spezialbuchhandlung **Das Arabische Buch, Wundtstr. 13 - 15, 1000 Berlin 19** oder über den **CON Vertrieb, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1** bezogen werden. Bei Bestellungen in örtlichen Buchhandlungen oder Dritte-Welt-Läden bitte auf diese Bezugsmöglichkeiten verweisen.

Abu Ijad: Heimat oder Tod – Der Freiheitskampf der Palästinenser. Düsseldorf/Wien: Econ, 1979

Amad, Adnan, u.a.: Nahostkrise – Strukturen, Probleme, Lösungen. Basel: edition etcetera, 1976.

Bednarz, Dieter, u. Lüders, Michael: Palästina Protokolle – Bestandsaufnahme und Perspektive. Gespräche über Menschenwürde mit Israelis und Palästinensern. Hannover: Fackelträger-Verlag 1981

Reiner Bernstein/W.P. Sachon/Karlheinz Schneider/Hamdan (Hg.): Der Palästina-Konflikt – Geschichte, Probleme, Perspektiven, Bad Wörrishofen 1982.

Braunschweig, Peter: Nah-Ost-Frieden um welchen Preis? – Möglichkeiten einer kritischen Solidarität. Analysen und Gespräche. Basel: Z-Verlag, 1979

Braunschweig, Peter (Hrsg.): Nahost – einander leben lassen. Alltag im Konfliktgebiet; Friedensbemühungen auf beiden Seiten; Rolle der Schweiz, Basel: Z-Verlag, 1981

Brönner, Wolfram: Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage. Frankfurt: Verlag Marxistische Blätter, 1979

Bunzl, John (Hrsg.): Israel/Palästina – Klasse, Nation und Befreiung im Nahost-Konflikt, Hamburg: Junius 1980

ders. (Hrsg.): Der Nahostkonflikt – Analysen und Dokumente. Frankfurt: Campus, 1981

Bunzl, John: Die Vereinigten Staaten, Israel und Südafrika: Eine Untersuchung ihrer Beziehungen. Wien: Wilhelm Braumüller, 1981.

ders.: Israel und die Palästinenser. Die Entwicklung eines Gegensatzes. Wien: Wilhelm Braumüller, 1982.

Degen, Johannes: Die unsichtbare Mauer – Reisetagebuch und Berichte aus Israel und Palästina. München: Christian Kaiser Verlag, 1980

Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten: Der Frieden und die Palästinenser – Drei Jahre nach Camp David. Berlin 1982. (Tagungsbericht zu beziehen bei: Ulrike Berger, Johann-Georg-Str. 3, 1000 Berlin 31).

Deutscher, Isaac: Die ungelöst Judenfrage – Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus. Berlin: Rotbuch, 1977

Diner, Dan: „Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser". Eine historisch-politische Bilanz der Palästinafrage. Hamburg: VSA-Verlag, 1982.

Diner, Dan; Israel in Palästina – Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient. Königstein/Ts.: Athenäum, 1980.

ders.: Zur Kritik der zionistischen Struktur Israels – Für Bi-Nationalität in Palästina. Wien: Israel-Palästina-Komitee, 1981.

Ernst, Friedhelm (Hrsg.): Der schwierige Weg nach Palästina. Arbeitsheft 1 (Nahost:Stimmen der Opposition. Palästina zwischen Krieg und Staatsgründung). Darmstadt. 1981 (zu beziehen über ESG oder CON).

Flores, Alexander: Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten – Kommunistische Partei und arabische Volksbewegung in Palästina, 1919 – 1948, Münster: Periferia Verlag, 1981

Frangi, Abdallah: PLO und Palästina. Vergangenheit und Gegenwart. Frankfurt: R. G. Fischer, 1982

Hadawi, Sami: Bittere Ernte. Palästina 1914 – 1967. Rastatt: Verlag für Zeitgeschichtliche Dokumentation, 1969

Hartung, Arnold (Hrsg.): Zeittafel zum Nahost-Konflikt. Berlin: Berlin-Verlag, 1979

Hartung, Arnold: Die VN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt, Berlin 1978

Hollstein, Walter: Kein Friede um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts, Bonn 1977, Progress Dritte Welt (Nicht mehr im Buchhandel erhältlich).

IKA – Zeitschrift für Internationalen Kulturaustausch, Nr. 17: Frauen in Palästina – Projekte, Interviews, Stuttgart 1981.

Irabi, Abdulkader: Sozialgeschichte Palästinas. Basel: Lenos Presse, 1978.

Kossmann, Ingeborg; Scharenberg, Lukrezia (Hrsg.): Palästinensische Frauen. Der alltägliche Kampf. Berlin: Das Arabische Buch, 1982

Laqueur, Walter: Der Weg zum Staat Israel – Geschichte des Zionismus. Wien: Europa Verlag 1975

Lebrecht, Hans: Die Palästinenser. Geschichte und Gegenwart. Die geschichtliche Entwicklung der Palästinafrage. Frankfurt: Verlag Marxistische Blätter, 1982

Libanon am Wendepunkt. Versuch einer historisch-aktuellen Einordnung. Stuttgart: ESG, 1976

Mejcher, Helmut und Schölch, Alexander: Die Palästina-Frage, 1917 – 1948 – Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts. Paderborn: Schöningh, 1981

Metzger/Orth/Sterzing: Das ist unser Land – Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung. Bornheim-Merten: Lamuv, 1980

Nahost: Stimmen der Opposition (Gibt es eine Lösung im Nahen Osten ohne grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Ver-

änderungen). Stuttgart: Alektor Verlag. 1977

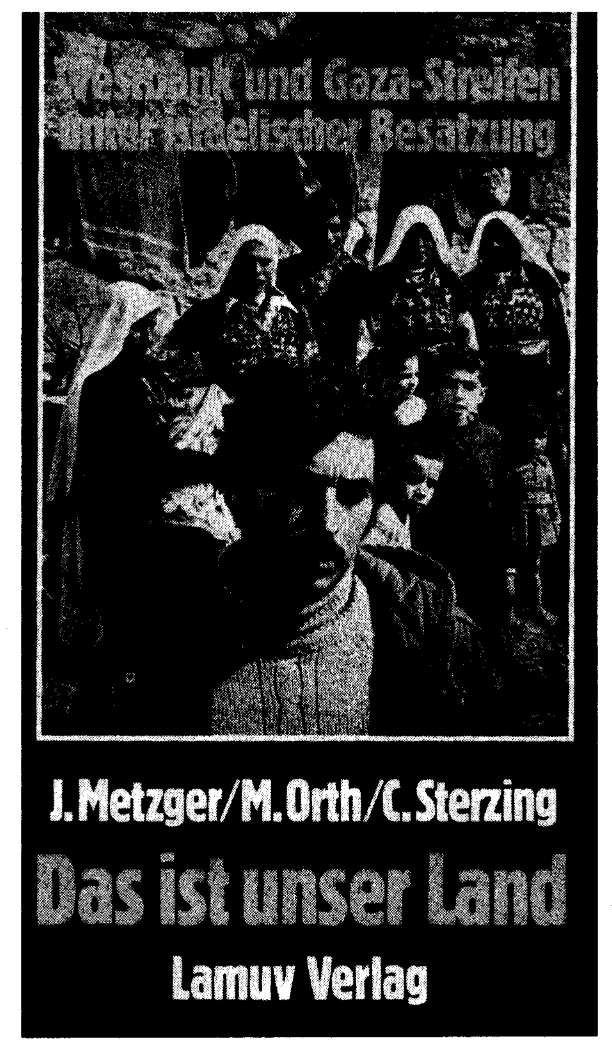
Nationale und soziale Faktoren im Emanzipationsprozeß des Nahen Ostens. Berlin: Evangelisches Bldungswerk, 1979

Offenberg, Mario: Kommunismus in Palästina – Nation und Klasse in der antikolonialen Revolution. Meisenheim: Verlag Anton Hain, 1975

Paczensky, Gert von: Faustrecht am Jordan, Basel 1978

Reinartz, Ingomar: Konflikt im Nahen Osten – Dokumente, Materialien und Abkommen zur Entstehung und zum Verlauf des Konflikts zwischen Israelis, Arabern und Palästinensern. Leverkusen: Heggen-Verlag 1979

Rokach, Livia: Israelis Heiliger Terror. Pfungstadt: Minotaurus Projekt 1982



Sayeh, F. A.: Die Vereinten Nationen und die Palästina-Frage, Palästina-Monographien 1, Rastatt 1968

Shahak, Israel: Nicht-Juden im jüdischen Staat – eine Dokumentation. Bonn: progress dritte Welt, 1977

Sirhan, Bassem: Die Generation der Befreiung – Palästinensische Kinder: Basel: edition etcetera, 1975

Spehl, Helmut: Die Fortsetzung des Behemoth – Erwägungen zu einer integralen Wiedergutmachung. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich als Ursprung des Palästinaproblems. Freiburg: Holograph Edition, 1978

ders.: Spätfolgen einer Kleinbürgerinitiative – Deutschland, Israel und die Palästinenser. Materialien und Korrespondenzen. Freiburg: Holograph Edition, 1979

ders.: Klartexte – Unter diesem Titel bringt Helmut Spehl in einer neuen Reihe Übersetzungen aus der Hebräischen Presse heraus. Erschienen sind seit 1981 folgende Titel: Okkupanten und Annexionen; Vom antisemitischen zum semitischen Antisemitismus; Israelische Oppositionsströmungen; Texte zur Fortschaffung der Palästinenser aus Palästina; Pax Hebraica, Die Scharon-Doktrin – Das Israelimperium (Bezug über CON-Vertrieb, Bremen)

Taut, Jakob u. Warschawsky, Michel: Aufstieg und Niedergang des Zionismus. Frankfurt: isp-Verlag, 1982

Tawil, Raymonda: Mein Gefängnis hat viele Mauern – Eine Palästinenserin berichtet. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1979

Tophoven, Rolf: Fedayin – Guerilla ohne Grenzen. Geschichte, soziale Struktur und politische Ziele der palästinensischen Widerstandsorganisationen. Die israelische Konter-Guerilla. München: Bernhard & Graefe Verlag für Wehrwesen, 1975 (parallel erschienen als Heft 97 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung).

Wagenaar, L., u. Spehl, Helmut: Briefe vom Anderen Israel. Freiburg: Holograph Edition, 1970

Weinstock, Nathan: Das Ende Israels? – Nahostkonflikt und Geschichte des Zionismus. Berlin: Wagenbach, 1975

Belletristik

Darwisch, Mahmoud: Tagebuch der alltäglichen Traurigkeit. Prosa aus Palästina. Berlin: Olivenbaum, 1978

Kanafani, Ghassan: 9 Bilder aus dem Leben einer Palästinenserin, Berlin: Das Arabische Buch 1981

Naoum, Jusuf: Der rote Hahn. Erzählungen des Fischers Sidaoui. Berlin: Olivenbaum, 1979

Zayyad, Tawfik: Begrabt eure Toten und steht auf! Gedichte aus Palästina. Berlin: Olivenbaum, 1977

Zeitschriften, Zeitungen

Al-Fajr-Palestinian Weekly, P.O. Box 19315, Jerusalem

Eurabia Magazin – in Verbindung mit: Eurabia Informationsbulletin. Deutsch-Arabische Gesellschaft. Adenauerallee 80, 5300 Bonn 1

ISRAELEFT-Bi-Weekly-News Service, P.O. Box 9013, Jerusalem.
Israel & Palestine, P.O. Box 130-10, F-75463 Paris Cedex 10.

The Jerusalem Post International Edition, P.O. Box 81, Jerusalem

Khamsin – Journal of Revolutionary Socialists of the Middle East, c/o D. Hecht, 118B Northchurch Road, London N 1

MERIP Reports – Middle East Research & Information Project, P.O. Box 1247, New York, NY 10025

New Outlook, 2 Karl Netter Street, Tel Aviv.

Palästina Bulletin, Kaiserstraße 237, 5300 Bonn 1

Palästina Flüchtlinge heute. UNRWA-Hauptsitz (Wien), Intern. Zentrum Wien, Postfach 700, A-1400 Wien.

Pressedienst aus Israel (Übersetzungen der Dossiers von Israel Shahak aus der hebräischsprachigen Presse). ESG TU Berlin, Carmerstr. 11, 1000 Berlin 12 – Vertrieb: CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1

Informationen

Informationsstelle Palästina, Kaiserstraße 237, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228 / 212035

UNRWA – United Nations Relief and Works Agency (Hq Vienna), Public Information Division, Internat. Zentrum Wien. Postfach 700, A-1400 Wien, Tel. 0043222/2631-4526

ESG TU Berlin, Carmerstr. 11, 1000 Berlin 12, Tel. 030/3139001. – Die ESG TU führt eine Adressenliste all derjenigen Gruppen und Einzelpersonen, die sich kontinuierlich mit der Palästina-Frage befassen. Die Liste umfaßt Adressen in der Bundesrepublik, in Westberlin und im angrenzenden Ausland. Die Adressaten erhalten regelmäßig einen Nahost-Rundbrief mit Angaben über Veranstaltungen, Veröffentlichungen etc., die in den nachfolgenden Wochen zu erwarten sind.

Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, c/o Ulrike Berger, Johann-Gerog-Str. 3, 1000 Berlin 31, – Der Arbeitskreis gibt einen monatlichen Informationsdienst, einen unregelmäßig erscheinenden Info-Service zu Schwerpunktthemen und eine Schriftenreihe heraus.

Gesellschaft Schweiz-Palästina, Postfach 126, CH - 8037 Zürich

Israel-Palästina-Komitee, c/o Susi Anderle, Mommsengasse 15/6, A-1040 Wien, Tel. 0043222/6592685

Nederlands Palestina Komitee, Postbus 10520, NL-1001 GM Amsterdam, Tel 003120/268857, 246046. – Das niederländische Komitee koordiniert die Palästina-Solidaritätsarbeit in (West-)Europa.

Filme zum Palästina-Konflikt

Zusammenstellung von Dokumentar- und Spielfilmen zur Situation in und um Palästina

Zur Unterstützung der Informations- und Solidaritätsarbeit sind hier einige 16 mm-Filme zusammengestellt. Die Gliederung in Rubriken stellt eine Empfehlung zum thematischen Einsatz in Veranstaltungen dar. Da bei den einzelnen Beschreibungen die Inhaltsangaben stark gekürzt sind und es sich lediglich um eine Auswahl von leihbaren Filmen handelt, empfiehlt sich das Nachsuchen von genaueren Informationen bei den aufgeführten Verleihen.
Die Leihmieten richten sich nach der Länge der Filme: bis 30 Min. i.d.R. 40,– bis 50,– DM, darüber 1,50 – 2,00 DM je Minute, dazu kommen jeweils noch eine Bearbeitungsgebühr und Versandspesen.

Die Palästinenser von Johan van der Keuken

1. Historischer Überblick

Der Kampf um den Boden
Bundesrepublik 1977 – Magnetton – 46 Min.

An Hand von drei Beispielen – den Dörfern Safurie und Arara und der Stadt Tel Aviv – wird die Kolonisation in Palästina durch die zionistische Bewegung dokumentiert. In den Film hat der Regisseur Archivmaterial aus der Kolonisationszeit eingearbeitet.
Der Film wendet sich sowohl an israelisches Publikum, das nichts oder nur sehr wenig über die palästinensische Vergangenheit und Gegenwart weiß. Der Film richtet sich aber gleichzeitig an die Menschen in den westlichen Ländern, die seit Jahrzehnten zionistischer Propaganda ausgesetzt sind.
Regie: Mario Offenberg
Verleih: CON, Bremen

Gelobtes Land
BRD 1973 – Magnetton – 59 Min.

Dem jüdischen Traum vom „Gelobten Land" wird die israelische Realität entgegengesetzt: der Film bringt Informationen über die Geschichte der Besiedlung Palästinas und die Entstehung des Staates Israel, über die Annexionspolitik Israels und die Mißachtung der UNO-Beschlüsse sowie Informationen über die Politik Israels in den besetzten Gebieten und über die Diskriminierung der in Israel lebenden Araber und orientalischer Juden.
Buch und Regie: M. Vosz, A. Hielscher, H.J. Weber
Verleih: Unidoc/München

Der Olivenbaum
Frankreich 1975 – Lichtton, Original mit deutschen Untertiteln – 85 Min.

„Der Olivenbaum" ist als eine umfassende Bearbeitung der Palästina-Frage bekannt. Er bezieht praktisch alle in Europa bekannten antizionistischen Positionen ein. Zudem trennt er argumentativ exakt zwischen Antizionismus und Antisemitismus.
Buch und Regie: Groupe Cinema Vincennes
Veleih: Cine Terz, Bonn

Betrug des Vertrauens
Somalia 1974 – Lichtton, Original mit deutschen Untertiteln – 59 Min.

Darstellung der politischen Entwicklung im Nahen Osten mittels historischen Film- und Fotomaterials: Anfänge der zionistischen Bewegung, die Handhabung des Völkerbundmandates durch die Briten, die Rolle der Alliierten bei den Vereinten Nationen bis zum Sechs-Tage-Krieg.
Buch und Regie: Jean Vienney
Verleih: Cine Terz, Bonn

2. Situation der Palästinenser in den Westbanks und in Israel

Für die Palästinenser – eine Israelin berichtet
BRD 1974 – Magnetton – 89 Min.

Der Film zeigt die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Bauern in den Westbanks. Geschildert werden vor allen Dingen das Verhältnis zwischen Bauern und arabischen Großgrundbesitzern, die Situation in der palästinensischen Industrie sowie die ökonomischen Folgen der israelischen Besatzung.
Buch und Regie: Edna Politi
Verleih: Freunde der Deutschen Kinemathek

Ruf des Bodens
Syrien 1976 – Magnetton – 18 Min.

Dokumentaraufnahmen zeigen das brutale Vorgehen der israelischen Militärs gegen demonstrierende Araber 1975 in den Westbanks.
Da der Film auf Fakten und Daten verzichtet, ist er für ein nichtinformiertes Publikum nicht aussagekräftig. Es empfiehlt sich allerdings als dokumentarisches Element für Informationsveranstaltungen oder in Ergänzung zu einem anderen Film.
Regie: Kaiss al – Zubaidi
Verleih: Unidoc, München; Cine Terz, Bonn

Der schwierige Weg nach Palästina
Israel/BRD 1978 – Magnetton 90 Min.

Der Film unterstreicht die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer israelisch-palästinensischen Koexistenz auf der Grundlage gerechter und egalitärer Bedingungen. Als Dokumentarfilm liefert er eine Zusammenstellung und Übersicht der unterschiedlichen Bestandteile der Opposition in Israel und den besetzten Gebieten. Der Film hat den Charakter einer Zeugenvernehmung über die Wurzeln des Palästinakonflikts. Oft unbekannte Ansätze werden eröffnet und Perspektiven für einen jüdisch-arabischen Dialog aus der Sicht des israelischen Filmemachers dargestellt.
Buch und Regie: Mario Offenberg
auszuleihen bei: Mario Offenburg, Kibitzweg 3, 1000 Berlin 33

„Im Zeugenstand: Felicia Langer, Rechtsanwältin in Israel, Angaben zu Person und Beruf
BRD/Israel 1980 – Magnetton – 34 Min.

Ein Dokumentarfilm über Felicia Langer, eine der wenigen israelischen Anwälte, die palästinensische Anklage vor zivilen und militärischen Instanzen verteidigen. Felicia Langer, selber Opfer der Verfolgung und Unterdrückung während der Naziokkupation Polens berichtet über Kindheit, Einwanderung, Studium und Beruf. Sie berichtet, warum sie als ehemalige Verfolgte für die Unterlegenen von heute Partei ergreift, und sie stellt Fälle aus ihrer Praxis vor: Häuserzerstörung in der Westbank, Häuserzumauerung, Familientrennung, Folter, Bodenbeschlagnahme, kulturelle Unterdrückung, Deportation palästinensischer Persönlichkeiten. Sie erzählt aber auch von der wachsenden Kritik in Israel selbst gegen die Okkupationspolitik.
Redaktion: Mustafa al-Kurd
Verleih: CON, Bremen



Sanaoud von Mohamed Slim Riadh

Schlacht um Jerusalem
Israel/Schweden 1980 – Lichtton – 50 Min.

In Schweden, wo der Film im Fernsehen lief, wurde er von verschiedenen Seiten stark angegriffen und verursachte eine lang anhaltende Auseinandersetzung.
Anhand streng dokumentarischer Berichterstattung über die Geschichte Jerusalems und der die Stadt umgebenden Region, schildert der Film das Schicksal einer Palästinenserfamilie in ihrem durch Repression und Schikane von Seiten der Justiz und Verwaltung gezeichneten Leben. Zum Einsatz eignet sich der Film besonders für ein Publikum mit unterschiedlichem Informationsstand und politischen Einschätzungen.
Buch und Regie: Per Holmquist und Sigbert Axelson
Verleih: Zentral-Filmverleih, Hamburg

3. Palästinenser im Exil

Palästina
BRD – 1971 – Magnetton – 43 Min.

Eine Bestandsaufnahme des Schicksals der Palästinenser nach der Vertreibung aus ihrem Land in den Kriegen 1948, 1956 und 1967. Das Filmteam reist 1971 durch Ägypten, Jordanien, Syrien und den Libanon und suchte hauptsächlich palästinensische Flüchtlingslager auf.
Buch und Regie: A. Hielscher, M. Vosz, H.J. Weber
Verleihe: CON, Bremen; Unidoc, München

Roter Halbmond
Nahost – 1979 – Lichtton – 45 Min.

Der Film zeigt die Entwicklung der für das Gesundheitswesen der PLO zuständigen Organisation.
Die Arbeit des „Roten Halbmond Palästinas", begann vor 10 Jahren mit einem winzigen Hospital und entwickelte sich mittlerweile zu einer relativ großen Gesundheitsorganisation (mit (vor der Libanoninvasion) 30 Krankenhäusern und über 100 Kliniken in den Ländern um Palästina.

Buch und Regie: Monica Maurer und Samir Nimer
Verleih: Unidoc, München

Kinder Palästinas
Nahost – 1979 – Lichtton – 35 Min.

Die von den Filmemachern im Auftrag der palästinensischen Gesundheitsorganisation „Roter Halbmond" erstellte Dokumentation schildert das Elend der palästinensischen Kinder in den Flüchtlingslagern im Libanon. Für sie, die Leidtragenden, ist die Zukunft ungewiß. Gezeigt wird auch ein Ausschnitt der konstruktiven Wirklichkeit, nämlich den humanitären Beitrag vom „Roten Halbmond": die Errichtung von medizinischen Beratungsstellen, Krankenhäusern, Kindergärten und Heimen. Der Film eignet sich auch im Einsatz mit Jugendlichen.
Buch und Regie: Monika Maurer und Samir Nimer
Verleih: Unidoc, München

Die Betrogenen
Syrien– 1973 – Lichtton – 110 Min.

Der Ägypter Tewfik Saleh, dem das realistische arabische Kino entscheidende Impulse verdankt, drehte den Spielfilm nach einer Vorlage des Romans „Männer in der Sonne" des getöteten palästinensischen Schriftstellers Chasan Kanafani.
Einmal berichtet Saleh über die historischen Ursachen der palästinensischen Situation, im anderen beschreibt er die Lebensbedingungen der Flüchtlinge im Ausland, ihre Diskriminierung, ihre Armut, das Fehlen einer politischen Organisation: Faktoren, die die individuelle Suche nach einem „verlorenen Paradies" begünstigen. Die Suche dramatisiert der Hauptteil am Beispiel dreier Palästinenser, die verschiedene Generationen repräsentieren. Sie erleiden einen nutzlosen Tod in der Wüste – abgeladen auf einer Müllhalde, in unmittelbarer Nähe von Gasfackeln der Reichtum verheißenden Ölfelder Kuweits.
Verleih: Cine Terz, Bonn; CON, Bremen

4. Palästinenser im Libanon

Eines Tages werden wir zurückkehren
BRD – 1981 – Magnetton – 43 Min.

Der Film zeigt die Lagerwirklichkeit, wie sie bestimmt ist durch die militärischen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, die die PLO seit den sechziger Jahren dort aufgebaut hatte, und die seitdem immer Ziel israelischer Angriffe waren. Vor diesem Hintergrund zeigt der Film das Leben in palästinensischen Lagern wie Al Rashediya im Südlibanon und Boury Al Barajne in Beirut. Der Film begleitet einige Jugendliche im Lager in die verschiedenen Einrichtungen und in ihre Familie. Man erfährt, mit welchem Anspruch sie erzogen und auf einen zukünftigen eigenen Staat vorbereitet werden, von welchen Hoffnungen und Erwartungen ihre Zukunftsvorstellungen bestimmt sind.
Verleih: Zentral – Film – Verleih, Hamburg

Rashidiya
BRD 1977 – Magnetton – 20 Min.

Das Palästinensische Flüchtlingslager Rashidiya lag im Süden Libanons unweit zur israelischen Grenze. Es war seit Jahren ständiges Angriffsziel zionistischer Aggression. MIt dem Überfall auf den Libanon 1978 wurde das Lager völlig zerstört. Der Film schildert die ständige Bedrohung der Flüchtlinge, ihre Selbstverteidigungsanstrengungen und materielle Not.
Buch und Regie: F. Lehnkuhl, E. Schlensag, M. Vosz
Verleihe: Unidoc, München; Cine Terz, Bonn

Fernsehfilm abgesetzt
Umstritten: Palästinenser-Beitrag

„Eine Art Gegeninformation zu der oft sehr einseitigen Berichterstattung über die Palästinenser" wollte die ZDF-Redakteurin Jutta Szostak („Fakir Baykurt") mit ihrem Film „Mit dem Stempel des Zensors" ermöglichen – dieses heimatvertriebene Araber-Volk also nicht auf das Klischee-Bild der Bombenleger und Gewalttäter reduziert, sondern vorgestellt als leidende und sensible Menschen mit einer erstaunlich vielfältigen Kultur, deren bildnerische und literarische Leistungen hierzulande weitgehend unbekannt sind. Auf diesen Film wird der Zuschauer noch warten müssen: Kulturchef Karl Schnelting kippte den Beitrag nach der internen Abnahmevorführung aus dem Programm und nahm dafür Jutta Szostaks Film „Zwei Morgenländer in Kreuzberg" herein, der im November des Vorjahres aus aktuellem Anlaß verschoben worden war.
Über die Gründe seiner Entscheidung wollte sich der Mainzer Hauptabteilungsleiter am Telefon nicht dezidiert äußern, da in den nächsten Tagen ein Gespräch zwischen ihm, der Autorin und der Redaktion angesetzt sei. Schnelting erklärte jedoch, daß der Film, „nicht sendbar sei, weil er noch der Bearbeitung bedarf" und seiner Meinung nach „die historische Darstellung und Einordnung in den arabischen Raum" vernachlässigt.
Reinhart Hoffmeister, der die Redaktion „Literatur und Kultur" seit der Erkrankung des gerade verstorbenen Leiters Hans Oelschläger kommissarisch betreut, sieht das – wie die renommierte Autorin auch – anders. Er betont, daß er den Film für „völlig korrekt, einwandfrei und fair" hält und ihm als „notwendige Ergänzung zum gängigen Medienbild der Palästinenser" ganz besondere Bedeutung beimißt. Im übrigen äußert Hoffmeister „die Hoffnung, daß sich die Ansicht der Redaktion durchsetzt und der Film doch noch unverändert ins Programm kommt"
K. W.

aus: Badische Zeitung v. 12.1.83

Adressen der Verleihe:

CON-Filmverleih
Westerdeich 38 – 2800 Bremen
Telefon: 0421 – 540012/13

Cine Terz
Buschstraße 18 – 5300 Bonn 1
Telefon: 0228 – 21 32 83

Unidoc
Postfach 45 – 8000 München 19
Telefon: 089 / 15 60 61

Zentral-Filmverleih
Friedensallee 7 – 2000 Hamburg 50
Telefon: 040 / 39 13 16

Freunde der dt. Kinemathek
Welserstraße 25 – 1000 Berlin 30

RESOLUTION
verabschiedet auf dem 6. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) am 19. 11.1982 in Mannheim

1. Der BUKO ruft seine Mitglieder auf, alles zu tun, um
– die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des arabisch-palästinensischen Volkes in seinem Heimatland, Palästina, unter der Führung seiner einzig legitimen Vertretung, der PLO, voranzubringen.
– den Dialog zwischen Arabern und Juden zu fördern mit dem Ziel der Verwirklichung einer gemeinsamen Perspektive beider Kollektive, des arabisch-palästinensichen und des jüdisch-israelischen, im historischen Palästina;
– allen antisemitischen Tendenzen in der Bundesrepublik entgegenzutreten.

2. Angesichts der bestehenden Kriegssituation im Libanon sowie der Gefahr weiterer Verfolgung, Ermordung und Vertreibung von Angehörigen des arabisch-palästinensischen Volkes ruft der BUKO seine Mitglieder auf, von der Bundesregierung zu fordern, sich einzusetzen für
– den sofortigen und bedingungslosen Rückzug Israels aus dem Libanon;
– den Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten arabischen Gebieten;
– die Freilassung aller von Israel gefangenen Palästinenser und Libanesen;
– die Garantie für einen ungeteilten, demokratischen, arabischen Libanon;
– das Selbstbestimmungsrecht des arabisch-palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf einen eigenen Staat in Palästina.

Der BUKO ruft die Bundesregierung auf, sich mit den Regierungen der anderen Länder der Europäischen Gemeinschaft darüber zu verständigen, welche wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen gegen Israel eingeleitet werden sollen, um den zuvor genannten Forderungen Nachdruck zu verleihen.
Als Sofortmaßnahmen fordern der BUKO die Bundesregierung auf
– die Entwicklungshilfe an Israel zu streichen und
– die PLO als einzig legitime Vertretung des arabisch-palästinensischen Volkes anzuerkennen.

Wir rufen die BUKO-Mitglieder dazu auf, Versuche zu unternehmen, zum Abbau der bestehenden Defizite in der Beurteilung der Situation im Vorderen Orient beizutragen. Dazu regen wir im einzelnen eine differenzierte Auseinandersetzung an mit
– dem arabisch-islamischen Kulturkreis,
– der Geschichte des arabisch-palästinensischen Volkes,
– jüdischer Kultur und Geschichte und
– der Geschichte der zionistischen Bewegung als einer Siedlungsstrategie, die in ihrer Entstehung und Förderung unter anderem auf die antisemitische Verfolgung in Europa und insbesondere in Deutschland zurückgeht.

Empfehlung für praktische Schritte:

A. Angesichts der Tatsache, daß zur Unterstützung der offiziellen Israel-Politik der Bundesregierung über offizielle Träger ein pro-zionistisches Bewußtsein verbreitet wird, schlagen wir vor
a) offizielle Bildungseinrichtungen (VHS, Landeszentralen für Politische Bildung etc.) aufzufordern, Veranstaltungen über die Probleme der Palästinenser und die Hintergründe des israelisch-palästinensischen Konfliktes durchzuführen;
b) Träger von Jugendaustauschprogrammen mit Israel und Bildungsreisen (Landesjugendringe, Gewerkschaftsjugend etc.) aufzufordern
– von ihren Partnern in Israel Stellungnahmen zur israelischen Expansions- und Annexionspolitik zu verlangen,
– statt mit zionistischen Organisationen den Jugendaustausch mit arabischen Gemeinden und Organisationen in Israel und der israelischen Anti-Kriegsbewegung zu entwickeln,
– Bildungsreisen nach Israel zur Information über die Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten und über die Probleme der arabischen Gemeinden in Israel zu nutzen;
c) das Filmmaterial der Landesbildstellen kritisch zu sichten und die Bildstellen aufzufordern, Filme über die israelische Besatzungspolitik und die Lebensbedingungen der Palästinenser unter israelischer Besatzung und im Exil in ihr Programm aufzunehmen.

B. Als Alternative zur Entwicklungshilfe an Israel sollten verstärkt Beziehungen zwischen westdeutschen/westberliner und palästinensischen Institutionen entwickelt werden und Projekte in der Westbank, in arabischen Kommunen in Israel und in palästinensischen Lagern außerhalb Israels gefördert werden (z.B. Patenschaftsvertrag zwischen Uni Bremen und Uni Birzeit, WFD-Projekt bei Ramallah).
Die Gruppen sollten verstärkt konkrete Wiederaufbau-Projekte im Libanon unterstützen (z.B. Krankenhäuser des Pal. Roten Halbmondes).

C. Angesichts der Situation, daß in der BRD und Westberlin derzeit ca. 75.000 Palästinenser leben und nach dem Libanon-Krieg die Zahl der palästinensischen Asylanten rapide steigt, fordern wir die Gruppen auf, sich verstärkt mit den Problemen der Palästinenser in der BRD und Westberlin zu beschäftigen. Dazu sollten die Gruppen

a) verstärkt Kontakte mit palästinensischen Vereinen aufnehmen, um deren Probleme kennenzulernen und sie umgekehrt mit der Situation bei uns vertraut zu machen.
b) sich einen Überblick über die Situation palästinensischer Asylanten zu verschaffen;
c) die Zusammenarbeit mit Gruppen zu suchen, die zu den Fragen Asylanten-Problematik und Ausländerfeindlichkeit arbeiten.

D. Die Gruppen sollten den Dialog mit all denjenigen demokratischen jüdischen Kräften suchen, die sich gegen die zionistische Kriegs- und Annexionspolitik wenden.

Tagungshinweise

„Dritte Welt und Frieden", 18. – 20.2.83, Frankfurt, Information und Anmeldung bei BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

* * *

Koordinationstreffen Dritte Welt-Medienverleih (für alle Gruppen, die sich am Ausbau einer dezentralen Medien-Verleihstruktur beteiligen wollen), 25. – 27.2.83, München, Information und Anmeldung: AVZ-Basismedien, Pariser Straße 7, 8000 München 80, 089-4484808

* * *

Studienreise nach Tanzania, 1. Vorbereitungswochenende für eine 4-wöchige Studienreise im Herbst/Winter '83, 18. – 20. 2. 83, Bielefeld

„Die Türkei und die NATO", 4. – 6.3.83 in 5883 Kierspe

„Gesundheitssysteme im Vergleich: BRD/ 'Dritte Welt' – können wir voneinander lernen?", 4. – 6.3.83 in 5883 Kierspe

„Mittelamerika im Umbruch (Nicaragua, El Salvador, Guatemala)", 18. – 20.3.83 in 4700 Hamm

„Marx, Malboro, Marabut-Jugend in Algerien", Studienseminar in Algerien vom 14. – 28. August 1983, Auskünfte bei: P. Schönberger, Roopstr. 8, 4500 Osnabrück

Information und Anmeldung für die o.g. Tagungen: AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

* * *

„Wir sind zurück – was nun?" (Reihe 'Reisen in die Dritte Welt'), „Haus am Schüberg", Wulfsdorfer Weg 33, 2071 Ammersbek-Hoisbüttel

* * *

Gründung der deutschen Sektion des 'European Research Committee Against Racism', 19.2.83, 14 h, Bonn, Theaterstraße 10 (Geschäftsstelle des Verbandes der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit)

* * *

Workshop zu Perspektiven für Entwicklungsprojekte im Bereich Technik und Gewerbe, 13. – 15.6.83, Beutelsbach bei Stuttgart, Information und Anmeldung: DÜ, Gerolstraße 17, 7000 Stuttgart

* * *

Entwicklungspolitisches Hearing zur Bundestagswahl, 26.2.83, KHG, Kardinal v. Galen-Ring 45, 4400 Münster (Veranstalter: Informationszentrum Solidarische Welt Münster)

* * *

Workshop **„Spiele als Medien entwicklungspolitischer Informationsarbeit"**, 4. – 6.3.83, Bonn

„Welthandel und Internationale Arbeitsteilung – am Beispiel Baumwolle/Textilien", 18. – 20.3.83 Berlin

„Bewußt kochen –Planung eines Volkshochschulkurses", 6. – 8. 5.83, Bückeburg

„Probleme mit der interkulturellen Kommunikation", 27. – 29.5.83, Bergisch-Gladbach

„Malaysia – Probleme auf dem Weg zum Schwellenland", 1. – 3.7.83, Gelnhausen

Information und Anmeldung für die o.g. Seminare: Kübel-Stiftung, Darmstädter Straße 100, 6140 Bensheim 1

Mappe zur Friedenserziehung

Seit einiger Zeit gibt es nun unsere Friedensmappe aus dem Kinderhaus Hamburg – eine erste Zusammenstellung von Artikeln, Protokollen und Materialien über Friedenserziehung im Kinderhaus. Wir berichten unter anderem über:

- Kriegs-„Spielzeug". (Kommentar und Aktionen)
- Antifaschistische Erziehung im Kinderhaus (Besuch in Bergen-Belsen u.a.)
- Aktionspgrogramm Sinti (Planungsvorschlag)
- Aktionen zu Südafrika
- Aufbau und Solidaritätsaktionen zu Nicaragua
- Wir pflanzen einen Friedensbaum (Protokolle und Fotos)
- und Gedichte („Sag nein..."), Filme („Wotans Erben...", Lieder („Mein Vater wird gesucht...").

Wir stehen mit unserer Arbeit erst am Anfang und sind sehr an einem Erfahrungs- und Artikelaustausch sowie Tausch-Abo mit anderen in dieser Richtung arbeitenden Kinder-, Jugend- und Friedensinitiativen interessiert.

Die Friedensmappe ist als Ergänzungsmappe (mögl. zweimonatlich) angelegt (Format A 4, Hefter) und kostet 5,– zuzüglich Porto. Sie wird bei Vorauszahlung auf unser Konto (6,40 DM) Vereins- und Westbank Hamburg, BLZ 200 300 00, Kto. Nr. 33/71 762 auf Anforderung zugeschickt.

Kinderhaus e.V., Heinrichstr. 14a, 2000 Hamburg 50, Telefon: 040/433949

BRD

Der schwarze Minister und die braune Schokolade

Verbot der Dritte-Welt-Kinderfibel an Baden-Württembergs Schulen

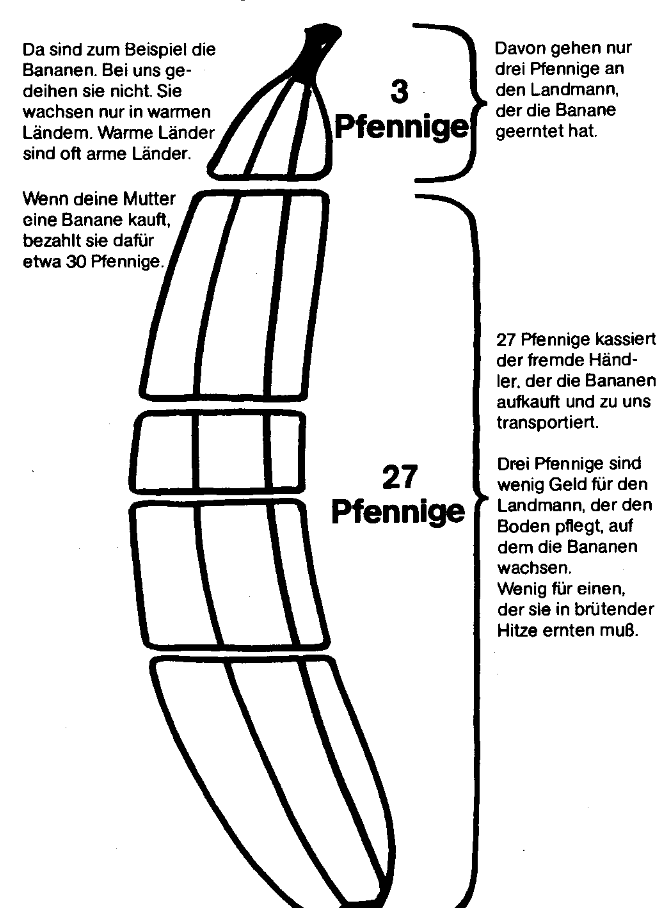
Baden-Württemberg steht schulpolitisch mal wieder an vorderster Front. Sein agiler Kultusminister Mayer-Vorfelder hat ideologisch einseitigen und klischeehaft vereinfachenden Darstellungen der Dritte-Welt-Problematik den Kampf angesagt. Opfer dieses an sich begrüßenswerten Vorhabens wurde die „Kinderfibel", die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit noch unter sozialdemokratischer Leitung herausgegeben und in etwa 200.000 Exemplaren vertrieben hat. Diese aus dem Norwegischen übersetzte Broschüre war in erster Linie für den Kindergarten bestimmt, sie wurde aber auch in Grundschulen eingesetzt. Die Kinderfibel vergleicht, wie die wichtigsten Grundbedürfnisse in Industrie- und Entwicklungsländern erfüllt (bzw. nicht erfüllt) werden und gibt in einigen knappen Sätzen auch Ursachen für die schlechte wirtschaftliche Lage in der Dritten Welt an: Sehr niedrige Preise für die Rohstoffe und Handelsbeschränkungen für verarbeitende Produkte der Entwicklungsländer (siehe Faksimile).
Dies mußte politische Kräfte auf den Plan rufen, denen jede klischeehafte Vereinfachung schon immer zuwider war. Schon unser derzeitiger Entwicklungsminister hat sich noch vor seinem überraschenden Amtsantritt anhand der Kinderfibel in seinen neuen Wirkungsbereich eingearbeitet und gegen die Fibel Stellung bezogen; es war übrigens seine einzige Stellungnahme zu entwicklungspolitischen Fragen vor Amtsantritt. Mittlerweile hat das BMZ den Vertrieb der Fibel eingestellt.
Die baden-württembergischen Kämpfer gegen die Vereinfachung waren nicht weniger gründlich. Mayer-Vorfelder ließ seinen Lehrern die Verwendung der Kinderfibel in den Schulen des Landes verbieten. Zwar fällt – so der Staatssekretär des Kultusministeriums im baden-württembergischen Landtag – die Beurteilung von Broschüren, die im Unterricht eingesetzt werden, in die pädagogische Verantwortung des Lehrers. Wenn allerdings ein Lehrer seiner Verantwortung so wenig gerecht wird,daß er eine Broschüre auswählt, die nicht die Meinung seines Ministers beinhaltet, so muß auf Erlaßwege der Rahmen für die pädagogische Verantwortung abgesteckt werden.
Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus dem unkorrigierten Protokoll der Fragestunde des baden-württembergischen Landtags vom 9.12.1982. Red.

Abg. Heimann, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
– Kinderfibel – ein Bilderbuch zum Mitdenken. Ich frage die Landesregierung:
1. Aus welchem gegebenen Anlaß und mit welchen inhaltlichen Gründen hat das Ministerium für Kultus und Sport die Verwendung der Kinderfibel im Unterricht untersagt?
2. Woran kann ein Lehrer erkennen, ob die Verwendung von ministeriellen Broschüren im Unterricht im Einzelfall vom Ministerium für Kultus und Sport genehmigt ist oder nicht?

Präsident Erich Schneider: Das Wort zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage erteile ich dem Herrn Staatssekretär im Ministerium für Kultus und Sport.
Staatssekretär Dr. Balle: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:
Zu 1: Das Ministerium für Kultus und Sport ist von mehreren Seiten auf die ideologische Einseitigkeit der Kinderfibel

(Zuruf von der SPD: Von welchen Seiten?)

– Es melden sich immer verschiedene Personen, die sich mit dem Kultusministerium ins Benehmen setzen, und da war eine ganze Reihe darunter, die darauf aufmerksam gemacht hat, was übrigens auch mein Eindruck war, daß es sich hier um eine ideologische Einseitigkeit und eine ausgesprochene Dümmlichkeit handelt.
Eine Prüfung der Broschüre im Ministerium bestätigte die gerügten Mängel. Daraufhin wurde den Oberschulämtern mitgeteilt, daß die Broschüre im Unterricht an Grundschulen nicht verwendet werden darf. Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist gleichzeitig mitgeteilt worden, daß in der Broschüre „die Probleme der Entwicklungshilfe ideologisch einseitig und vielfach klischeehaft vereinfacht dargestellt werden." Das Bundesministe-



rium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat dem Ministerium für Kultus und Sport daraufhin mitgeteilt, daß eine Neufassung der Broschüre erstellt und dem MKS zu gegebener Zeit vorgelegt werden wird.
Es war noch das Ministerium der alten Bundesregierung. Inzwischen entnehme ich heute der Presse, daß das neue Bundesministerium die Auffassung teilt.
Zu Frage 2: Die in frage stehende Broschüre war nach Auskunft des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit für Kindergärten gedacht und ist nur vereinzelt in Schulen verwendet worden. Hätte das Bundesministerium diese Broschüre für die Schule vorgesehen, so hätte es entsprechend einer ständigen Übung das zuständige Kultusministerium um Zustimmung gebeten, die in diesem Fall nicht erteilt worden wäre.
Im übrigen gibt es für Broschüren kein Zulassungsverfahren.
(Abg. Moser, SPD: Nur ein Verbotsverfahren!)
Ihre Verwendung geschieht in der pädagogischen Verantwortung des Lehrers.
Präsident Erich Schneider: Das Wort für eine Zusatzfrage hat Herr Abg. Heimann.
Abg. Heimann, GRÜNE: Herr Staatssekretär, Sie sagen, es gibt kein Zulassungsverfahren. Sie führen aber aus, daß es dennoch die übliche Praxis ist.
Es gibt über 50 Schriften im Zusammenhang mit der Bundeswehr. Ist bei allen diesen Schriften im Rahmen dieser Praxis geprüft worden, ob sie ideologisch einseitig sind oder nicht?
Staatssekretär Dr. Balle: Herr Kolle Heimann, Sie haben zwei Dinge durcheinander gebracht. Die Übung ist, daß ein Bundesministerium, wenn es irgendwelche Publikationen für die Schule herstellt, diese vorher den Kultusministern der Länder zustellt und um ihre Zustimmung bittet, weil die Kulturhoheit bei den Ländern liegt. Soweit Broschüren in der Schule verwendet werden, geschieht das im Rahmen der pädagogischen Verantwortung des Lehrers.
(Abg. Brechtken, SPD: Gibt es auch . . .?)
– Natürlich. Wenn Broschüren allerdings beanstandet werden von Eltern, von Lehrern,
(Abg. Brechtken, SPD: Vom Staatssekretär!)
– unter Umständen natürlich auch von Staatssekretären –,
(Abg. Dr. Roth, CDU: Von Staatsbürgern!)
dann gehen wir diesen Beanstandungen nach. Wenn wir der Auffassung sind, daß diese Beanstandung berechtigt ist, werden wir natürlich veranlassen, daß diese Broschüre nicht im Schulunterricht verwendet wird.
Präsident Erich Schneider: Zu einer Zusatzfrage erhält Herr Abg. Wintruff das Wort.
Abg. Wintruff, SPD: Herr Staatssekretär, können Sie uns für die von Ihnen behauptete ideologische Einseitigkeit ein Beispiel aufzeigen?
(Staatssekretär Dr. Balle: Ich habe die Kinderfibel mitgebracht!). . .
Staatssekretär Dr. Balle: . . .
Das ist leicht darzustellen. Ich will nur eines herausgreifen. Da heißt es:

Schokolade wird aus Kakaobohnen gemacht.
Das weißt du längst.

– Ich sage „du", weil es hier so steht.
(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

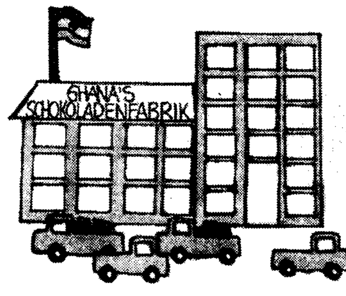
Weißt Du aber auch, wo Kakaobohnenbäume wachsen?
In den Ländern, die wir Entwicklungsländer nennen.
Trotzdem essen dort die Kinder kaum Schokolade.
Auch die Großen bekommen keine, obwohl sie doch den Kakao anbauen, bearbeiten und ernten.
Ist das nicht seltsam?

Jetzt kommt die Antwort:

Wo der Kakao wächst, sollte auch die Schokolade gemacht werden. In solch einer Schokoladenfabrik könnten viele Menschen arbeiten und guten Lohn verdienen.



Schokolade wird aus Kakao-Bohnen gemacht. Das weißt du längst.
Weißt du aber auch, wo Kakaobohnen-Bäume wachsen? In den Ländern, die wir Entwicklungsländer nennen.
Trotzdem essen dort die Kinder kaum Schokolade. Auch die Großen bekommen keine, obwohl sie doch den Kakao anbauen, bearbeiten und ernten.
Ist das nicht seltsam?
Die Menschen, bei denen Kakao wächst, verkaufen ihn an andere Länder. Aber was er kosten soll, dürfen sie nicht bestimmen. Das legen die anderen fest – ausgerechnet die, die Schokolade nur aufessen.



Wo der Kakao wächst, sollte auch die Schokolade gemacht werden.
In solch einer Schokoladenfabrik könnten viele Menschen arbeiten und guten Lohn verdienen.





Am Steuer des Schoko-Lasters könnte genau so gut einer aus dem Kakaoland sitzen. Auch der Schokoladenhändler könnte aus dem Kakaoland sein.
Dann gäbe es überall für alle Kinder Schokolade.
Und sie würde bestimmt genau so gut schmecken wie bisher.

(Abg. Wintruff, SPD: Was ist daran falsch?)
Am Steuer des Schokolasters könnte genausogut einer aus dem Kakaoland sitzen. Auch der Schokoladenhändler könnte aus dem Kakaoland sein.
(Abg. Wintruff, SPD: Richtig!)
Dann gäbe es überall für alle Kinder Schokolade und sie würde bestimmt genausogut schmecken wie bisher.
(Lachen bei der SPD – Abg. Wintruff, SPD: Was ist denn da ideologisch?)

Ich will es vorsichtig ausdrücken: Das ist eine Vereinfachung der Entwicklungshilfeproblematik, die nicht mehr überboten werden kann.
(Abg. Wintruff, SPD: Das ist nicht für Staatssekretäre geschrieben, sondern für Kinder!)
– Ja, das nehme ich an.
Sehen wir uns jetzt das Beispiel mit der Banane an:
Von einer Banane gehen drei Pfennig an den Bananenpflücker, 27 Pfennig kommen noch dazu, wenn wir hier eine Banane kaufen wollten!
(Abg. Wintruff, SPD: Was ist daran falsch?)
Drei Pfennig sind wenig für den Landsmann, der den Boden pflegt, auf dem die Bananen wachsen, wenig für einen, der sie in brütender Hitze ernten muß.

Nun muß man sich einmal überlegen, gnädige Frau, ob denn die drei Pfennige – das müßte man zum Beispiel den Kindern deutlich machen; aber das kann man nicht – in dem Land, in dem die Bananen gepflückt werden, genausoviel wert sind, wie etwa hier in Baden-Württemberg. Man müßte sich überlegen – darüber steht kein Wort drin – wo denn die 27 Pfennig herkommen. Dann müßte ja der, der die Bananen pflückt, diese selber essen, wenn es nicht Unternehmungen gäbe, die Schiffe bauten, um mit diesen Schiffen die Bananen aus den Bananenländern hierher zu transportieren.
Mit anderen Worten: Es ist hier in sehr klischeehafter Weise das Thema Entwicklungshilfe abgehandelt. Ich meine, das Thema ist so ernst, daß es so nicht geschehen darf...
Abg. Schremm, SPD: Herr Staatssekretär, nachdem Sie diese einfache Sprache verdammt haben: Sind Sie der Auffassung, daß man kleinen Kindern am besten eine Vorlesung über Volkswirtschaft oder Nationalökonomie in dieser Art halten sollte, damit es die Kleinkinder vielleicht dann besser verstehen?
Staatssekretär Dr. Balle: Ehe man kleinen Kindern etwas Falsches sagt, sollte man ihnen lieber gar nichts sagen.
(Abg. Schremm, SPD: Was ist denn daran falsch?) . . .

(Der ungekürzte Wortlaut der Fragestunde ist abgedruckt in: Lehrerzeitung, GEW Baden-Württemberg, Nr. 1/2, 15.1.1983.)



Ulrich Delius

Tahiti - Französisch Polynesien - Südseeparadies unter dem Atompilz

Reihe pogrom 1008, 173 S., 1982, DM 7,80 (Bestellung bei: Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 159, 3400 Göttingen)

Die Auswirkungen friedlicher und unfriedlicher Nutzung der Atomenergie auf die Dritte Welt interessieren Ökologie-, Friedens- und Internationalismusbewegung. Die Solidaritätsarbeit mit der Dritten Welt hat hier ein Arbeitsfeld, in dem sie in größere politische Bewegungen ihre Ansätze vermitteln kann.
Die Neuerscheinung der pogrom-Reihe zeigt auf, daß die Atomwaffen, deren drohende Anwendung hier die Friedensbewegung mobilisiert, von Frankreich in Polynesien bereits angewandt werden: zuerst überirdisch, dann unterirdisch wurden auf dem Moruroa-Atoll Atombombe, Wasserstoffbombe und Neutronenbombe getestet, zuletzt im Jahre 1982. Zahlreiche Informationen über die radioaktive Verseuchung der Umwelt und Strahlenkrankheiten bei den Polynesiern sickerten trotz französischer Versuche, die Vorgänge geheim zu halten, durch. Immer stärker werden Proteste und Gegenaktionen von Nachbarstaaten und Umweltschutzorganisationen.
Robert Jungk weist im Vorwort darauf hin, daß von Auswanderung in den Südpazifik träumende Europäer sich irren, wenn sie meinen, dort noch ein nicht atomar bedrohtes Fleckchen Erde zu finden: das „Traumparadies" der „Südsee" ist längst von der Atomrüstung betroffen.
Eine der Ursachen hierfür ist, wie das Buch darlegt, Frankreichs konsequente Atomrüstungspolitik. Alte, wie neue, „sozialistische" Regierung halten an einer unabhängigen französischen Atomstreitmacht fest. Da liegt es nahe, die Tests nicht in Frankreich, sondern weit weg auf der anderen Seite des Globus durchzuführen, denn dort leben auf ungefähr 130 weit verstreuten Inseln nur 136.000 von Frankreich abhängig gehaltene Einwohner.
Die Kolonisierung bedeutete für die Polynesier des französischen Südpazifik soziale und politische Umwälzungen, die sie dezimieren und aus dem Gleichgewicht brachten. Abgedruckte Zeugnisse der Betroffenen belegen dies. Heute wird das Gebiet politisch weiterhin von der Kolonialmacht Frankreich, wirtschaftlich von eingewanderten Chinesen beherrscht. Ansätze zu einer Entwicklung auf wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit hin werden konsequent von Frankreich vereitelt. Hier wie auf Neukaledonien hält Frankreich letzte koloniale Bastionen im Südpazifik.
Delius behandelt auch, daß es beim Festhalten an der kolonialen Situation nicht nur um eine atomare Müllkippe geht, sondern auch um Meeresbodenschätze. Durch die UNO-Seerechtskonvention (vgl. „blätter" Nr. 106, S. 11) avanciert Frankreich nach den USA zum zweitgrößten Inhaber einer exklusiv genutzten Meereszone. Schon längst bereitet die westdeutsche Industrie zusammen mit der Bundesregierung eine Zusammenarbeit mit Frankreich vor, um Manganknollen auszubeuten. Kommt es zu einer Förderung in Französisch Polynesien, wird auch deutsches Kapital an der Aufrechterhaltung des kolonialen Status mitwirken und voraussichtlich schwere ökologische Schäden verursachen.
Der Band, herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Greenpeace, Aktion Sühnezeichen und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, führt auch in Geschichte und Struktur Französisch Polynesiens ein. Auch auf die Rolle des Südpazifiks als Testgebiet für andere Atommächte wird hingewiesen. Vieles konnte bei dem

beschränkten Umfang des Taschenbuches leider nur kursorisch behandelt werden. Eine tiefere analytische Bearbeitung des Stoffes und die Darstellung mancher Hintergründe kommt zu kurz. Die durchweg sehr wichtigen Materialien bilden recht unverbunden hintereinander gereihte Kapitel. Die Entwicklung der letzten Jahre wird, auch soweit der polynesische Widerstand angesprochen wird, nur chronologisch aufgelistet. Ärgerlich sind Übersetzungen von „Schnaps" mit „Lebenswasser" und „Geschlechtskrankheiten" mit „Venenkrankheiten". Wer sich weiter mit dem Thema befassen möchte, findet einige Adressen und Literaturhinweise.

as

Dialog Dritte Welt;
Drei Verlage bieten Abonnement einer Literaturreihe an

Drei Verlage (Lamuv, Peter Hammer, Unionsverlag) haben es sich zum Ziel gesetzt, „über die Literaturen aus Afrika, Asien und Lateinamerika... Verständnis für die Menschen und Kulturen dieser Kontinente" entstehen zu lassen. Mit vier Neuerscheinungen ist die erste Jahresproduktion der Reihe auf dem Markt. Autoren aus Bolivien, Kenia, Ägypten, Guadeloupe, Ecuador, Curacao, Marokko, West-Samoa, Guatemala, Palästina, China, El Salvador und anderen veranschaulichen, wo Sachbücher mit trockenen Zahlen und Fakten auf der Strecke bleiben: Dialog mit der Dritten Welt – so die Verlage – beginnt beim Begreifen einzelner Schicksale: Literatur ermöglicht den individuellen Zugang, erzeugt Betroffenheit.
Diese „Art alternative Bibliothek der Weltliteratur" wird von den Verlagen als Abonnement angeboten. Abonnenten erhalten eine Schallplatte mit Musik aus Ländern der Dritten Welt sowie ein Materialheft für die Verwendung der Reihe in der Bildungsarbeit kostenlos dazu. Preis pro Buch aus der Reihe „Dialog Dritte Welt": 12,80 DM und 19,80 DM, je nach Umfang.

Peter Hammer Verlag, Föhrenstraße 33-35, 5600 Wuppertal 2, Telefon: 0202 /50 50 66

Ester Boserup:
Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika
ist da: übersetzt von Suse Bouché, deutsche Erstausgabe (mit Unterstützung der Aktion Selbstbesteuerung), ca. 240 Seiten, 22,80 DM.
Ester Boserup, dänische Ökonomin mit weiter internationaler Erfahrung, behandelt in diesem Buch die Rolle der Frauen in der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer.
Ester Boserups Buch gehört zu den Standardwerken für alle jene, die sich mit Problemen der Entwicklungsländer, der Industrialisierung, der Einflüsse der Industrienationen auf Kultur und vor allem die Rolle der Frauen in diesen Prozessen befassen.
Viele Tabellen und Schaubilder und ein umfangreiches Literaturverzeichnis machen das sehr verständlich geschriebene Werk zu einer wichtigen und unentbehrlichen Helferin (nicht nur der Frauenbewegung und der Dritte-Welt-Gruppen).

„Krauts erobern die Welt,
der deutsche Imperialismus in Südamerika",
von Gaby Weber, erschienen bei Libertäre Assoziation e.V., Hamburg 1982, 284 Seiten, 25,– DM

Wer sich über die Dimensionen des deutschen Imperialismus in Südamerika genauer informieren will, dem sei dieses Buch von Gaby Weber – wenn ihm 25 DM nicht zu teuer sind – empfohlen.
Es bietet dem Leser einen Überblick über die deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen seit dem 15. Jahrhundert und über die kulturelle und soziale Situation der Deutschstämmigen in Südamerika.
Die Autorin verarbeitet nicht nur eine Fülle von historischen Quellen, sondern bringt darüber hinaus eine Auswertung vieler Interviews, die sie während einer Südamerikareise im letzten Winter in den „deutschen Kolonien" Brasiliens, Paraguays, Chiles und Argentiniens vor Ort machte.
Die Thematik des Buches befaßt sich mit dem deutschen Imperialismus in Südamerika sowie mit der politischen, ökonomischen Bedeutung der deutschen Siedler für die deutsche Politik und innerhalb der südamerikanischen Gesellschaft.
Das Buch zeigt deutlich auf, daß die Bedeutung der Deutschstämmigen weit über das hierzulande bestehende Bild harmloser antiquierter Deutschtümler oder einzelner geflüchteter Nazis hinausgeht.
Die politisch meist rechts orientierten „deutschen Kolonien" waren und sind seit mehr als 100 Jahren eine wertvolle Stütze für die deutsche Politik in Südamerika.
Was Nichtkenner der südamerikanischen Geschichte sicher überrascht, ist die enge Verflechtung der Deutschen mit den Konquistadoren bei der Eroberung Lateinamerikas, die von Fuggern und Weber von Anfang an Kredite erhielten.
Die Verfasserin zeigt ferner an vielen historischen Beispielen auf, daß die Deutschen – sei es bei der ökonomischen Ausbeutung nach der Eroberung, der religiösen und kulturellen Unterdrückung und Ausrottung der Indios sowie bei der militärischen Schulung südamerikanischer Armeen nach dem 18. Jahrhundert – immer kräftig mitmischten. Bei der Betrachtung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den südamerikanischen Ländern nach deren Unabhängigkeit bis heute gelingt es der Autorin gut darzustellen, wie kontinuierlich das ökonomische Interesse des deutschen Imperialismus an diesem Kontinent ausgeprägt ist; man erfährt hier viel über die Handelspolitik des III. Reichs, untergetauchte Gestapo-Offiziere und den Einfluß des westdeutschen Kapitals.

Der Wert dieses Buches liegt nicht nur an der mit Literaturhinweisen gespickten historischen Analyse, sondern auch in den Erfahrungsberichten Gaby Webers von den wichtigsten deutschen Siedlungen, wie z.B. Colonia Independencia und der Mennonitenkolonie in Paraguay.

Aus den Reportagen geht hervor, wie sehr bei den Deutschstämmigen rassistisches, nationalistisches bis nationalsozialistisches Gedankengut verankert ist.
Dadurch wird auch klar, wieso sie so widerspruchslos mit den herrschenden diktatorischen Regimen in Lateinamerika zusammenarbeiten.

Insgesamt kann dieses Buch, das noch weitere Informationen über die enge Verflechtung zwischen Deutschstämmigen, südamerikanischen und deutschen Militärs und BRD-Politikern bringt, durchaus weiterempfohlen werden.

Wolf-Mathias Gall

ZUR REZENSION EINGETROFFENE BÜCHER:

Ursula Drahtschmit: „**Portugiesischer Kulturimperialismus in Angola**". Ein halbes Jahrtausend „christlichen Imperiums"
Heft 71: Sozialwissenschaftl. Studien zu internationalen Problemen Hrsg. Prof. Dr. Diether Breitenbach
Verlag Breitenbach Publishers, Saarbrücken, Fort Lauderale 1982

* * *

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden „**Handbuch der Friedensarbeit**" (c) Jugenddienstverlag, Wuppertal 1982

* * *

Burghard Luber: „**Bedrohungsatlas – BRD**", Jugenddienst Verlag, Wuppertal 1982

* * *

„**Mittelamerika: Flüchtlingspolitik – Politik mit Menschlichem Elend**", Hrsg.: „Koordinationsgruppe für Flüchtlinge in Zentralamerika" (ein Zusammenschluß von ESG, DÜ und Solidaritätsgruppen) mit der „Christl. Initiative El Salvador e.V." und der „ila". Bonn und Münster im Dezember 1982

* * *

Gaby Weber „**Krauts erobern die Welt**" Der deutsche Imperialismus in Südamerika. Verlag: Libertäre Assoziation, Hamburg 1982

* * *

Raymond Barrio: „**Pflaumenpflücker**" Reihe: Minderheitenliteratur Band 1, Nexus Verlag, Frankfurt

* * *

„**Ökologische Konzepte**" Nr. 16, Halbjahresschrift, Georg Michael Pfaff Gedächtnisstiftung, Kaiserslautern, Herbst 1982

* * *

„**Widerstand gegen Krieg und Militarismus in Österreich und Anderswo**". Hrsg.: Forum Alternativ, Wien, Dezember 1982

* * *

Psychosozial 16 „**In deutscher Fremde**" Zur Lage unserer Gastarbeiter, rororo 1982

* * *

Alternative Konzepte 40 „**Die Ökologische Landwirtschaft**" Hrsg.: Reinhold Kickuth, Verlag C. F. Müller, Karlsruhe

* * *

Jonathan Fryer „**Ein Recht auf Nahrung**" Nutzen und Mißbrauch der Nahrungsmittelhilfe im Kampf gegen den Welthunger „texte" zum kirchlichen Entwicklungsdinst 28

Ron O'Grady „**Ein Beitrag zur Tourismus-Kritik**" bearbeitet von G. F. Pfäfflin, „texte" zum kirchlichen Entwicklungsdienst 27

Nat Coletta / Everett Rogers / Joseph Mbindyo „**Soziale und Kulturelle Einflüsse auf Entwicklungsprogramme**" Ein internes Arbeitspapier der Weltbank, „texte" zum kirchlichen Entwicklungsdienst 25

Verlag Otto Lembeck, Frankfurt / M.

* * *

links pocket Band 10 „**Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln**" Erfahrungen aus der Bewegung gegen die Startbahn West

Widersprüche Heft 4/5 „**Spaltung der Gesellschaft / Packeis und Seelenwärme**"

Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

* * *

Ester Boserup „**Die Ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika**" aus dem englischen von Suse Bouche ed. co. edition cordeliers, Stuttgart 1982

* * *

Wyss, Tamara „**Die Frauen von Achada Leitao**" Amilcar Cabral Gesellschaft, Broschürenreihe Nr. 13, Okt. 1982

* * *

Tamene Bitima, Jürgen Steuber „**Die ungelöste Nationale Frage in Äthiopien**" Verlag Peter Lang, Frankfurt/Bern 1983

* * *

African bulletin - 30, Hrsg. Universität Warschau, Geograph. Institut, 00-325 Warszawa, Polen

* * *

Informationen für Mitarbeiterin der sozialen Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, Hrsg. DRK, Friedrich-Ebert Allee 71, 5300 Bonn

* * *

„**DSE – Studienführer 3. Welt**" Juni 1982, Hrsg. DSE, H. Böcklerstr. 5, 5300 Bonn

* * *

Gudrun Lachmann „**Primary Health Care And Basic-Needs Orientation In Developing-Countries**" Berlin 82, Occasional Papers of the German Development Institute No. 69

* * *

Volker Brandes „**Den letzten Calypso tanzen die Toten**" – Eine Revolutionsromanze. Päd.-Extra-Verlag 1982

* * *

K. Fabig, T. Franz u.a. „**Rüstungsökonomie und Militärstrategie**" Tatsachen – Analysen – Meinungen, Haag & Herchen Verlag, Frankfurt 1982



„Schnelle Eingreiftruppe" in blätter des iz3w, Nr. 105, November 1982

Liebe iz3w-Redaktion,
die beiden Artikel zur RDF („Rapid Deployment Force") in den blättern Nr. 105 (wie auch die anderen Beiträge) fand ich sehr aufschlußreich und nötig.
Ich möchte hier nur darauf aufmerksam machen, daß neben der militärischen Drohung auch eine langfristige ökonomische Strategie gegen die OPEC läuft, die bereits erste Resultate zeigt. Die derzeitige offensichtliche Schwäche der OPEC – Preisverfall für Rohöl, mangelnde Produktions- und Preis"disziplin", usw. – ist natürlich zurückzuführen auf den starken Nachfragerückgang in den westlichen Industrieländern. Woher rührt dieser jedoch? Die weltweite Rezession ist ein oft gehörtes, allein jedoch nicht überzeugendes Argument.
Denn obwohl weltweit die Rohölproduktion zurückgeht, steigt sie in manchen Produktionsgebieten dennoch an. Mit anderen Worten: eine in den 60er Jahren bereits begonnene Verlagerungsstrategie der Ölkonzerne weg von OPEC beginnt nun ihre Auswirkungen zu zeigen. Ein deutlicher Ausdruck dessen ist, daß Mexiko im Mai 1982 größter Öllieferant der USA geworden ist (21 % der gesamten US-Ölimporte) und Saudi Arabien auf den zweiten Platz verwies.
Und das wird wahrscheinlich auch so bleiben: die USA haben Mexikos Finanzkrise dafür nützen können, sich (gegen wahrlich nicht zu großzügige Finanz"hilfe") zusätzliche mexikanische Öllieferungen (mit Preisbegrenzung) zu sichern. Mexiko, dessen Ölreserven die fünftgrößten der Welt, jedoch die größten der kapitalistischen Welt außerhalb der OPEC sind, wird sicherlich weiterhin einer der bedeutendsten Ölimporteure der USA bleiben, vor allem wenn die Finanzkrise weiterhin mit (billigen) Ölexporten finanziert wird.
Was für die USA Mexiko ist, ist für Westeuropa die Nordsee. Großbritannien produziert inzwischen (seit 1980) mehr Rohöl, als es selbst benötigt, und die BRD z.B. bezieht immerhin schon 20 % ihrer Importe von dorther. 1973 betrug die Rohölproduktion Mexikos und Großbritanniens nur wenig mehr als 1 % der gesamten Produktion in der kapitalistischen Welt, 1981 waren es bereits 9,8 %! Die kapitalistischen Zentren bedienen sich in gestiegenem Maße von den „vor ihrer Haustüre liegenden" Energiequellen.
Vielleicht noch ein Aspekt, der selten deutlich gemacht wird: Die Ölpreissteigerungen seit 1971, aber besonders die seit 1973, nützen vor allem den USA, die dadurch ihre eigenen Ölreserven profitabel ausbeuten und die Erschließung anderer Energiequellen, an denen sie äußerst reich sind (Kohle, Ölschiefer, Uran) langfristig finanzieren können.
Nun ist das sicherlich keine völlig „rationale" und widerspruchsfreie Strategie, weil die stark energieabhängigen Teile des US-Kapitals die Rechnung mit begleichen müssen. Die Bejahrung von militärischer Intervention im Mittleren Osten findet wohl auch eher bei diesen Kreisen Zustimmung.
Aber dennoch ist für die USA ein Vorteil in der innerkapitalistischen Konkurrenz möglich: billigere Energie (und das heimische US-Energiepreisniveau ist niedriger als das des Weltmarktes) verschafft in energieintensiven Produktionszweigen Kostenvorteile vor der Konkurrenz aus Westeuropa und Japan. Vor allem Frankreich und Japan waren denn auch bisher eifrig bemüht, durch direkte Regierungskontakte oder nationale Ölfirmen billigeres Öl zu beziehen. Und es steht zu erwarten, daß sich der innerwestliche Konkurrenzkampf in Zukunft stärker darauf richten wird, Energie rationeller zu verwenden.
Um zur RDF zurückzukommen: sollte die OPEC langfristig geschwächt bleiben, so sind innere Konflikte (evtl. Unzufriedenheit mit der Ölpolitik der Regime) durchaus verstärkt denkbar. Gegen soziale Veränderungen in den Produktionsländern der Dritten Welt (die trotz Mexiko und Nordsee wichtig für den Westen bleiben) wäre dann, aus imperialistischer Sicht, die RDF wohl das „passende" Mittel. – Schon vor über 60 Jahren sagte Clemenceau, Öl sei so notwendig wie Blut (man möchte hinzufügen: für den Imperialismus).

Mit freundlichen Grüßen
Michael Renner

Anmerkung zur Bolivien-Chronik in blätter des iz3w, Nr. 106, Dezember 1982

Liebe Freunde,
Eu er Bericht über eine Gruppe von Neonazis (die „Verlobten des Todes") in Bolivien hat eine Pointe, die ich in der Dezembernummer der „links" lang und breit dargestellt habe und die von dort trotz zahlreicher Bemühungen den Weg in die offizielle Presse nicht gefunden hat.
Der bundesdeutsche Neonazi Joachim Fiebelkorn hat sich nicht nur zur Zeit des Putsches von Garcia Meza in Bolivien aufgehalten, sondern war aktiv an seiner Vorbereitung beteiligt. Die „Verlobten des Todes" organisierten den härtesten Teil der Unterdrückung, nämlich die paramilitärischen Entführungskommandos. Fiebelkorn war nicht nur in den Rauschgifthandel und den Putsch verstrickt, sondern auch V-Mann des Bundeskriminalamtes. Aber wen interessiert es schon, daß ein V-Mann des BKA einen Putsch weiß der Teufel wo organisiert... Mehr dazu in „BKA und rechter Terror", „links" Dez. 82, Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Dieter Maier

Kenya – Kenia in blätter des iz3w, Nr. 105, November 1982

Liebe Freunde,
ich habe gerade Euren Artikel über „Kenia" noch mal gelesen, und muß mich danach doch mal aufraffen, Euch einen Leserbrief zu schreiben. Was mich an Eurer ansonsten sehr guten Zeitschrift schon lange stört, ist Euer Umgang mit fremden Eigennamen. Weshalb z.B. verwendet Ihr nicht die offizielle Schreibweise Kenya? Noch schlimmer ist die Landkarte zu dem Artikel, die wohl aus einem drittklassi-

gen französischen Reiseführer abkopiert ist (Nakourou statt Nakuru). Und der Turkana-See wird in unschöner alter Kolonialistenmanier als Rudolf-See bezeichnet.
Zum Schluß noch ein paar Anmerkungen zu dem Artikel über Kenya: Er macht den Eindruck, als sei er eine Sammlung von Fakten, am Schreibtisch in der BRD aus europäischen Zeitungen herausgesucht und verbunden durch übergestülpte allgemeine Theorien darüber, wie es in den Entwicklungsländern so läuft. Ich war '78 während des Todes von Kenyatta für drei Monate in Kenya und habe dort ein ganz anderes Land gefunden, als Ihr beschreibt. Zumindest muß man sagen, daß der Artikel nicht die Ansprüche erfüllt, die ich an einen derartig grundsätzlich angelegten Artikel stellen würde.
Kenya ist ein Vielvölkerstaat, es gibt immer noch keine gemeinsame Sprache und die Lebensbedingungen der einzelnen Völker sind unvorstellbar unterschiedlich. Sie reichen von Nomaden, von denen manche sicher nicht einmal wissen, daß es den Staat Kenya gibt, bis zu der Elite der Kikuyu und Luo, die in Nairobi ein total europäisiertes Leben führen. Die Existenz der Inder (Asiaten), die große Teile des Zwischenhandels beherrschen, wird gar nicht erwähnt. Ihre Bedeutung wird vielleicht klar, wenn man sich an die Vertreibungsaktion Idi Amins gegen die ugandischen Inder erinnert. Interessant wäre z.B. inwieweit sich die Plünderungen nach dem Putschversuch gegen indische Läden richteten.
Es ist natürlich schwer, solche Probleme zu behandeln, ohne den Eindruck zu erwecken, die Schwarzen müßten nur endlich ihre Stammesfehden beenden, dann wäre alles in Ordnung. Aber das alles unter den Teppich zu kehren, ist auch nicht die richtige Lösung. In Kenya wird die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse durch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk (den Kikuyu) eben ziemlich erleichtert, um es mal vorsichtig auszudrücken.
Es stimmt auch nicht, daß staatliche Förderungsmaßnahmen sich auf Kaffee und Tee konzentrieren. Es gibt durchaus ernstzunehmende Ansätze zur Importsubstitution und Exportdiversifizierung. Ein wichtiges Exportprodukt ist Pyrethrum (ein pflanzliches Insektenvernichtungsmittel) und zunehmend auch Ananas, Blumen und tropische Früchte. Schon Kenyatta stampfte eine Zuckerindustrie aus dem Boden, die das Land auf diesem Sektor autark machte. Die sozialen Folgen auf dem Land sind allerdings erschreckend und müßten genauer untersucht werden.
Soweit erst mal. Eure Zeitung finde ich trotzdem noch gut.

Mit solidarischen Grüßen
Joachim Boller

„Mittelamerika-Magazin" löst „Guatemala-Nachrichten ab.

Mit der Nummer 9/82 wurde nun auf Beschluß des Bundestreffens der Guatemala-Komitees die Zeitschrift „Guatemala-Nachrichten" eingestellt. Die Berichterstattung über aktuelle Ereignisse, Hintergrundanalysen und Nachrichten aus der Solidaritätsbewegung setzen die herausgebenden Guatemala-Gruppen in der Zeitschrift „Mittelamerika-Magazin" fort.
Das „Mittelamerika-Magazin" erscheint seit Juni 1982 als Nachfolgezeitschrift von „Nicaragua aktuell". Da auch die bisher in Wuppertal erscheinenden "Nicaragua-Nachrichten" zum Jahresende eingestellt werden, bedeutet dieser Beschluß der Guatemala-Gruppen einen qualitativen Fortschritt in der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit aller Mittelamerika-Solidaritätsgruppen.
Das Mittelamerika-Magazin wird im Jahre 1983 zehnmal erscheinen. Es kostet 2,50 DM, im Abo 15,– DM/6 Hefte und kann bezogen werden beim: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Initiativgruppe 3. Welt Neuss übernimmt Herausgabe des FORUM

Zur neuen Herausgeberin des FORUM wählte der 6. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) im November in Mannheim die Initiativgruppe 3. Welt Neuss. Sie löst nach fünf Jahren die Initiativgruppe 3. Welt Kiel in dieser Aufgabe ab.

Das FORUM hat jetzt folgende Adresse:
FORUM-Büro
Broichstraße 12, 4040 Neuss, Tel.: 021101/544196
Das Büro ist Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10.30 bis 14.00 Uhr und Montag ab 19.30 Uhr besetzt.

FÖRDERKREIS FÜR DIE blätter des iz3w

Einen Überblick über unsere gegenwärtige finanzielle Situation haben wir auf Seite 3 gegeben. Auch nach der Erhöhung der Abonnentpreise müssen wir 1983 noch mit einem Defizit von ca. 30.000 DM rechnen. Um dieses Defizit abzubauen, sind neben einem verstärkten Verkauf unserer Zeitschrift und unserer sonstigen Publikationen und einigen Einsparungen auch Spenden nötig. Deswegen bitten wir alle Leser, die hierzu finanziell in der Lage sind, uns im Rahmen des „Förderkreises" durch einen Dauerauftrag zu unterstützen (ab monatlich DM 5,– bzw. vierteljährlich DM 15,–).
Mit dem Beitrag zum Förderkreis ist das Abonnement bezahlt. Ein Formular zur Einrichtung eines Dauerauftrages, das Sie Ihrer Bank schicken können, haben wir nebenstehend abgedruckt. Inhaber von Postscheckkonten erteilen einen Dauerauftrag auf dem Hauptteil des Überweisungsvordruckes. Bitte informieren Sie auch das iz3w.

Wir danken allen, die durch eine Spende unsere Arbeit finanziell absichern.

An die Aktion Dritte Welt e.V.
Postfach 5328
7800 Freiburg

Ich bin dem Förderkreis des iz3w beigetreten und überweise am .... jeden Monats /
am .... jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM .... an die Aktion Dritte Welt e.V.

Ich bin bereits Abonnent: ja – nein

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

An

. . . .
(Bank)
Bitte überweisen Sie von meinem Konto Nr. . . . . am . . . . . . jeden Monats / am . . . . jeden

ersten Monats eines Vierteljahres DM . . . .

an Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg

Postscheckamt Karlsruhe Nr. 148239 - 755 (Bankleitzahl 660 100 75)*

Dieser Auftrag gilt bis zum Widerruf.

. . . .
(Ort und Datum) (Unterschrift)

* Für Abonnenten in der Schweiz: Postscheckamt Basel, Nr. 40 - 35899,
Für Abonnenten in Österreich : Österreichische Postsparkasse, Nr. 2377.047

SONDERDRUCKE

von Themenblöcken aus den „blättern des iz3w"

je Heft 2 DM + Porto

____ Unterdrückung der Indios, 20 Seiten — Juni 77
____ Landwirtschaft in der 3. Welt (1), 40 S. — Dez. 77
____ Landwirtschaft in der 3. Welt (2), 40 S. — Feb. 78
____ Indien, 32 S. — Nov. 78
____ Mexiko, 32 S. — Nov. 78
____ Mozambique, 20 S. — Dez. 78
____ Sri Lanka, 20 S. — Feb. 79
____ UNCTAD 5 — Entwicklung für wen, 20 S. — März 79
____ Kolumbien, 32 S. — Mai 79
____ Patenschaften i. d. 3. Welt, 20 S. — Juni 79
____ Ausländer i. d. BRD, 20 S. — Juni 79
____ ASEAN — Südostasien, 32 S. — Mai 80
____ Frauen in der 3. Welt, 32 S. — Aug. 80
____ Angepasste Technologie, 32 S. — Sept. 80
____ alle Sonderdrucke zusammen z. Preis von 20 DM (14 Hefte) incl. Porto und Verpackung

THEMENPAKETE

enthalten Zusammenstellungen von verschiedenen Ausgaben der „blätter des iz3w"
Die „Themenpakete" sind um mind. 20 % ermäßigt und inklusive Porto und Verpackung

____ **ASIEN** — Malaysia, Indien, Sri Lanka, Indochina, Afghanistan, ASEAN, China, 7 Hefte **15 DM**
____ **Afrika** — Zimbabwe, Tanzania, Mozambique, Eritrea, Guinea-Bissau, 5 Hefte **10 DM**
____ **Lateinamerika** Landreform in Kolumbien, Widerstand in Chile, Repression in LA, Indios, Argentinien, Chile, Mexiko, Kolumbien 8 Hefte **15 DM**
____ **Gesundheit/Ernährung/Ökologie/Technologie** Medizin, Landwirtschaft (2), Angepaßte Technologien, Pflanzengifte, Pharmakonzerne, 6 Hefte **15 DM**
____ **Ökonomie / Rüstung / Entwicklungspol. / Tourismus,** Multis, Ausbau in befr. Ländern, UNCTAD 5, Tourismus (2), Rüstung f. d. 3. Welt, 6 Hefte **15 DM**

JAHRGÄNGE

Die Jahrgänge von 1978 – 80 sind noch vollständig lieferbar, die Preise sind um 30 % ermäßigt und inklusive Porto und Verpackung.

____ **Jahrgang 1978** (davon 6 Sonderdrucke) **12 DM**
____ **Jahrgang 1979** (3 Sonderdrucke) **21 DM**
____ **Jahrgang 1980** (davon 2 Sonderdrucke) **21 DM**

BÜCHER, BROSCHÜREN

Stück	Autor / Titel	Einzelpreis DM
____	Hg.: iz3w und OK Südl. Afr., **„Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst",** Dokumente und Materialien der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) Juli 1976, 52 S.	1,50
____	Eduardo Fereirra, **Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung und die Hintergründe seiner Ermordung,** 12 S.	-,60
____	S. Gervasi, **Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika** (UNO-Bericht) 1972, 124 S.	1,—
____	**Ökonomischer Völkermord in Chile,** Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman von André Gunder Frank. Hg.: iz3w Sept. 1977, 65 S.	2,—
____	iz3w, **Einführung in die Dritte-Welt-Problematik für Schüler der Sekundarstufe I,** Mai 1978, 41 S.	1,50
____	Rudolf H. Strahm: **„Überentwicklung — Unterentwicklung".** Ein Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut; 4. Auflage 1980, 136 S.	8,—
____	Frances Moore Lappé und Joseph Collins, **Zehn Legenden um den Hunger in der Welt „Food First" Comic,** 1977, 94 S.	3,50
____	iz3w, **Entwicklungpolitik, Hilfe oder Ausbeutung?** Die entwicklungspolitische Praxis in der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, Oktober 1978, 320 S.	10,80
____	Bernauer / Freitag, **Poder popular in Chile am Beispiel Gesundheit,** 1974, 168 S.	6,80
____	Plakat **„Rohstoffe in der Dritten Welt"**	2,—
____	Plakat **„Welthandel"**	2,—
____	Plakat **„Ordnung muß sein"**	2,—

Vorname. Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

Zeitschriftenübersicht

EPK 5/82 „Kinderarbeit"
mit Beiträgen über: Ausmaß, Formen und ökonomische Bedeutung der Kinderarbeit • Beispiele aus Brasilien, Kolumbien, Ägypten, Bangladesh, Indien, Thailand, Sri Lanka • Kinderarbeit in der europäischen Peripherie: Italien • Kinderarbeit in den USA (Immigranten) • Kinderarbeit in der Bundesrepublik • Kinderarbeit historisch (Dokumente) • Kampf gegen die Kinderarbeit (ILO, TdH, ...)
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19, Preis: 4,- DM

Mittelamerika Magazin 24 (Dez. 1982)
Nicaragua - Honduras: Vom verdeckten zum offenen Krieg? – Isolierung Nicaraguas stößt auf Hindernisse – Offener Brief an Genscher und Warnke – Standard Fruit zieht sich zurück • El Salvador: Regierung in Zugzwang • Guatemala: Die wirtschaftliche Lage – Die Fundamentalisten und die Armee • Rückblick: „Modell Guatemala" – Auch für Nicaragua • Solidaritätsarbeit: Mord in den USA – CDU-Büros besetzt • Kultur: Herr Teufel und der Cardenal – Kurzgeschichte von Hermann Schulz – Bücher
Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1
Einzelheft 2,50 DM, Abo 15,– DM/ 6 Hefte, Förderabo 25,– DM DM

Lateinamerika Anders Nr. 20, September 1982, 58 Seiten, öS 25,–/DM, sfr. 4,–
Hrsg. Informationsgruppe Lateinamerika IGLA, Postfach 697, A-1061 Wien
Inhalt: Schwerpunkt URUGUAY (Die Revolution des Jose Artigas, Statistische Daten, Vom Bürgerkrieg zur Modernisierung, Die „Schweiz Lateinamerikas", Der Untergang des demokratischen Kapitalismus, Vom Plebiszit zur „Öffnung", „Urlaub" in Montevideo, Die Politik des „großen Bruders") • Chile: Von den Nöten des großen Diktators und seiner Chicago-Boys • Falkland: Ein Nachruf, Falkland ohne Folgen? • Kolumbien nach den Wahlen • Guatemala: Die Lage der guatemaltekischen Flüchtlinge in Mexico • Paraguay: Alfredo Alcorta gestorben • Weiteres: Buchbesprechungen, Stimmen aus Lateinamerika, Zeitschriftenschau

---

AIB – Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 1/ Januar 1983
AIB-Aktuell: 1983 – Jahr der Raketenstationierung o El Salvador: Gespräch mit Jorge M., Die FMLN erkämpft Positionsverbesserungen • Dialogvorschlag der FMLN/FDR • Nicaragua: N. Biver, Von der stillen zur offenen Invasion • Friedensinitiative Mexikos und Venezuelas • Kuba: Th. Meier, Ist Kubas Wirtschaft bankrott? • Brasilien: P. Carcia, Kongreßwahlen im Schatten der Militärs • Uruguay: A. Gonzales, Volksvotum für eine echte Demokratisierung • Indochina: R. Ward, Die revanchistische Allianz China – USA (2) • Register 1982 • Naher und Mittlerer Osten / Indischer Ozean. W. Brönner, Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagan-Administration (2). Die Dauerbelagerung des Persischen Golfs • Auszug aus dem Leitlinien-Dokument des Pentagon • Bahrein: N. Barahi, Das Khalifa-Regime in Bedrängnis • Türkei: R. Geffken, Die neue Verfassung der Junta • BRD – Dritte Welt: W. Brönner, Neue Akzente auf dem 6. BUKO • Kultur: J. Weber, Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez – der „magische Realismus" • Rückblick: Der Mord an Amilcar Cabral • Rezensionen: Neuerscheinungen zu El Salvador • Infodienst • Kurzinformationen • Kommentar: Apropos Seerecht
Einzelheft 2,50 DM, Jahresabo 25,– DM; Bezug: AiB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

---

AIB – Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 2/1983
AIB-Aktuell: Testfälle vor der Bonner Märzwahl • Südliches Afrika: L. Schmitz, Südafrika Krieg gegen den ANC • ANC-Stellungnahme zu Koeberg • Brief aus Lesotho • Südafrika: Y. Dadoo, Die Krise des Apartheid-Systems – Ansporn für die Befreiungskämpfer • Lesotho: L. Ferreira, Königreich von Pretorias Gnaden? • A. S. Minty, Gefahren der militärisch-atomaren Aufrüstung Südafrikas • Mocambique: R. Falk, Innerer Wandel im Zeichen äußeren Drucks. Zur Diskussion um „Befreiungsbewegungen an der Macht" (1) • Libanon: M. Helminen, Das ausgeklügelte Zerstörungswerk der Israelis • Fathi Arafat, Israels Krieg gegen unser Volk ist noch nicht zuende • Guatemala: d. Mies, Rios Montts „ehrenwerter" Krieg gegen die „Subversiven" • Nikaragua: Tomas Borge, Unser Volk ist einsatzbereit • Kolumbien: P. Garcia, Die Guerilleros bleiben kampfbereit • Rückblick: das Erbe Suche Bators • Rezension: Geschichte des Widerstandes in Palästina • Infodienst • Kurzinformationen • Kommentar: Die Gesellschaft für bedrohte Völker und der „Eurozentrismus"

Solidarität Nr. 73, 8 Jgh. (Dezember 1982), Herausgeber SKAAL, 24 Seiten, sFr. 2.50
Hauptthema: Firedenspolitik und die Dritte Welt – Zum Zusammenhang von Entwicklungs- und Friedenspolitik – Aufrüstung in der Dritten Welt: Militarisierung statt Entwicklung – Zentrales Thema der Friedenspolitik: Kampf um Rohstoffe – Krieg und Unterernährung im südlichen Afrika: Der Wolf als Ziegenhirt • Weitere: Augenschein in Beirut – Interview zum OSLO-Hearing über den Libanon-Krieg – Zu einem UN-Seminar in Genf über die Rolle der Schweizer Multis in Südafrika – Zum Bild des Weissen aus der Sicht ehemals kolonisierter Völker – Dossier Schweiz - Trikont – Bücher
Redaktion Solidarität, Postfach 2009, 4001 Basel